

Sand im Getriebe 143

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Mail: sig@attac.de

Global denken Lokal handeln

UN-Klimakonferenz COP 26	
Das COP26-Abkommen – ein „Todesurteil“ aus Sicht Indigener Völker	3
COP26: Proteste, Alternativen - Joseph Purugganan, Focus on the Global South: Gebrochene Versprechen - Oxfam-Studie: Verursacher und Leidtragende der Klimaerwärmung - Susann Scherbarth, BUND: "Mit Krediten setzen wir die Muster der Kolonisierung fort" - Attac Frankreich: COP26: ein kriminelles, ungerechtes und neoliberales Abkommen	5
Klimagerechtigkeit oder Profite von Unternehmen? Lobbyismus / Energiecharta-Vertrag kündigen! / Energiedemokratie / Bayer & Co. vs. Biden	7
Widerstand gegen Umweltzerstörungen in Lateinamerika	
Mexiko: Nein zum „Tren Maya“ Powershift zum EU-Mexiko-Abkommen	9
Ecuador: Erfolge bei der Verteidigung des Amazonas-Regenwaldes	10
Auswirkungen des Kohleabbaus in Kolumbien	11
Global Witness: Meiste Morde an Umweltschützer*innen in Kolumbien	12
Powershift zu den Handelsabkommen EU – Kolumbien, Peru & Ecuador (2013)	13
Brasilien: Mit Tierfett gegen den Klimawandel?	14
Präsidentschaftswahlen in Chile	15
Lokale Kämpfe	
Frankreich: Wer tritt da als David gegen Goliath an?	16
W. Hajek: Selbstverwaltung und wie sie entstehen kann / Abbruch eines Amazon-Projekts im Gard	17
Serbiens Regierung macht einen Rückzieher bei ihrem Lithiumminenprojekt	18
	19

Indien: Rücknahme der „Reform“ der Landwirtschaft	19
Deutschland, Lützerath: Raus aus der Kohle! Alle Dörfer bleiben!	20
Nick Reimer, Toralf Staud: Wie Wasser in Deutschland zum umkämpften Gut wird	21
German Foreign Policy Die Humanität der EU Pro Asyl zum Koalitionsvertrag Stoppt Kinderrechtsverletzungen! Assange freilassen!	25
German Foreign Policy: Mehr Kalten Krieg wagen!?	27
Bundesausschuss Friedensratschlag zum Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP	28
Corona-Pandemie	
Europäisches Attac-Netzwerk: Die Impfstoff-Apartheid zeigt, dass wir jetzt eine neue Wirtschaft brauchen / Attac Österreich: WTO-Gipfel zu Patentfreigabe / Patente töten CEO: Covid-Medikamente? Bitter Pill	29
N. Dearden: Der Markt kann die Krise nicht lösen	30
Katja Maurer: Rückfall in den Nationalismus?	31
Mehr Armut in der Corona-Pandemie	31
Pflegenotstand / Kontroversen um das Impfen	32
Ampelkoalition	
Christoph Butterwege: Kein Fortschritt in Sicht U. Schneider, H.-P. Urban: Falsche Weichenstellungen / Weitere Stimmen	33
Attac France: Nachruf für Alo Noël LEMOU, Attac Togo	36
Attac Deutschland: Fatima Zahra Ould Belaid (Attac Marokko) freilassen!	36

Vorwort

„Das COP26-Abkommen ist ein „Todesurteil“ aus Sicht Indigener Völker“ (**Guardian**), ein „kriminelles, ungerechtes und neoliberales Abkommen“ (**Attac Frankreich**).

In Glasgow haben die 500 Lobbyisten von privaten Unternehmen ganze Arbeit geleistet. „Der in Paris geschmiedete, ohnehin völlig unzureichende Plan wurde in Glasgow noch weiter verwässert. (...) Es liegt es wieder an uns alle, die radikaleren Maßnahmen anzuführen, die zum Abwenden einer drohenden Katastrophe notwendig sind.“ (**Joseph Purugganan, Focus on the Global South**).

Während die reichsten 1% der Menschheit 30mal zu viel CO2 verursachen und Energiedemokratie (**TUED**) ablehnen, während DAX-Konzerne hohe Dividende ausschütten statt im ökologischen Umbau zu investieren (**Oxfam**), während mit Hilfe vom Energiecharta-Vertrag „horrende Schadensersatzforderungen gestellt werden, wenn Regierungen ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen wollen“ (**Powershift**), treffen die Folgen der Klimaerwärmung, der umweltschädigende Abbau von Rohstoffen, die Zerstörung und der Raub von landwirtschaftlichen Flächen und Wäldern „Arme und marginalisierte Gemeinschaften“ am stärksten.

Auch in Deutschland „wird Wasser zum umkämpften Gut“ (**Nick Reimer, Toralf Staud**)

Trotz der vielen Morde an Umweltschützer*innen flammt in **Lateinamerika** der Widerstand gegen Umweltzerstörungen immer wieder auf: zur Verteidigung der Wälder, gegen den Kohleabbau in Kolumbien, die Erdölgewinnung in Ecuador, den „Tren Maya“ in Mexiko. Aber zunehmend auch gegen „naturbasierten Lösungen“ und für eine längst fällige Entschädigung statt weiterer Kredite. „Mit Krediten setzen wir die Muster der Kolonisierung fort“ stellt **Susann Scherbarth** fest.

Wie in der Klimakrise stellt sich auch in der Corona-Gesundheitskrise die existentielle Frage: Entfalten sich Kooperation, Solidarität, Achtsamkeit und Sorge um einander – oder wird der Wettlauf um Profit, um die besseren Plätze auf diesem ramponierten Planeten herrschen? „Rückfall in den Nationalismus“ (**Katja Maurer**), „Impfstoff-Apartheid“ (**Europäisches Attac-Netzwerk**), Festhalten an Patenten für Impfstoffe und Medikamente (**Corporate Europe Observatory**), Abschottung und Ausgrenzung (auch in der EU-Festung) – oder Humanität und gleiche Rechte für alle? „Die wachsende Ungleichheit ist das Kardinalproblem unserer Gesellschaft“ (**Christoph Butterwege**). Er befürchtet, „dass SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP der Armut nur zögerlich entgegentreten und den sich immer stärker bei wenigen Familien konzentrierenden Reichtum gar nicht antasten.“ In der Außenpolitik setzt die neue deutsche Regierung „auf weitere Aufrüstung, eine teilweise Verschärfung der Machtkämpfe gegen Russland und China und eine Abschiebeoffensive“ (**German Foreign Policy - mehr Kalten Krieg wagen?**).

Bei so vielen Bedrohungen können die Analyse und die Beschreibung vieler lokalen Kämpfe hilfreich sein. (**David gegen Goliath**) Als „Zutaten für den Sieg“ werden aufgelistet: „Gründlichkeit, harte Arbeit und Heranziehen von Rechtsmitteln. Inklusivität und Respekt für alle Kampftaktiken. Radikalität in den Aktionsformen. Vor allem aber Einfallsreichtum, Humor und Freude, gespickt mit einer gehörigen Portion Geduld und Aufopferung.“
Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Neues Jahr!

(mdv)

„Leben in Zeiten des Corona-Virus“ - Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit

Das **SiG-Dossier** wird weiter geführt. – **Thematische Übersicht**; SiG-Sondernummern (1. bis 25. April 2020: **Nr.1**; 26. April bis 24. Mai: **Nr.2**; 25. Mai bis 30. Juni 2020: **Nr. 3**); Weitere Artikel zu diesem Thema ab SiG 136



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).

Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. **Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Marie-D. Vernhes, Werner Horch (Attac Deutschland), und viele, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Das COP26-Abkommen - ein „Todesurteil“ aus Sicht Indigener Völker

Am 16. November 2021 berichtete der [Guardian](#) über die Reaktionen von Sprecher*innen indigener Völker angesichts der Beschlüsse der Weltklimakonferenz in Glasgow (<https://ukcop26.org/>) - Übersetzung: SiG-Redaktion

Indigene Gemeinschaften, die infolge des COP26-Abkommens mit zunehmendem Landraub, Wasserknappheit und Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind, haben den führenden Politikern der Welt vorgeworfen, sie zu opfern, um sinnvolle Klimaschutzmassnahmen hinauszuschieben und Unternehmensgewinne zu schützen.

Emissionshandel ist keine Lösung

Die Vereinbarung von Glasgow schafft einen regulierten globalen Emissionshandelsmarkt – ein Schritt, der von den größten Umweltverschmutzern der Welt, einschließlich der USA, weitgehend unterstützt wird – , was es Ländern ermöglicht, ihre Klimaziele teilweise zu erreichen, indem sie Gutschriften kaufen, die Emissionsreduktionen durch andere darstellen.

Kritiker warnen davor, dass CO₂-Märkte Länder und Konzerne veranlassen, Emissionen, die für die globale Erwärmung verantwortlich sind, zu kompensieren – statt diese zu reduzieren, indem sie in Monokulturen für Biodiesel und Staudämme zur Stromerzeugung investieren, die in Verbindung mit Umweltzerstörung, Zwangsvertreibung, willkürlichen Verhaftungen und sogar Mord stehen.

Darüber hinaus stützen sich solche Emissionsgutschriften häufig auf die Beschlagnahme von Land, Wäldern und Flüssen, auf die indigene und lokale Gemeinschaften angewiesen sind, um Nahrung, Wasser, Medizin und spirituelle Traditionen zu sichern. Es gibt auch wenig Hinweise darauf, dass Emissionsbonds zu einem wirklichen Rückgang der Emissionen führen.

Tatsächlich sind die globalen Emissionen weiter angestiegen, seit im Rahmen des freiwilligen Kyoto-Protokolls 1997 erstmals Emissionsgutschriften eingeführt wurden, ebenso wie die Missbräuche gegen indigene und ländliche Gemeinschaften, die Landrechte und natürliche Ressourcen verteidigen.

Nun fürchten indigene Gemeinschaften, was als Nächstes kommt, da der Umfang und die Größe des neuen globalen CO₂-Marktes – eingeführt in Artikel 6 des Pariser Abkommens – viel größer sind. Weitaus mehr Länder und Industrien, darunter die USA, Saudi-Arabien und die Zivilluftfahrt, werden beteiligt sein.

«Die führenden Kräfte auf der COP26 unterzeichneten ein Abkommen, das das Opfer der indigenen Völker fest verankern wird . . . [aber] es versäumt, echte Lösungen für das Klimachaos zu finden, mit dem viele unserer indigenen Gemeinden an vorderster Front konfrontiert sind», sagte Thomas Joseph vom Hoopa-Stamm, der in Kalifornien lebt. «Diese führenden Kräfte, die auf marktorientierte Lösungen und die Kommodifizierung unserer Mutter Erde drängen, unterzeichnen ein Todesurteil. »

Andrea Xieu, Sprecherin des mexikanischen Kollektivs [Futuros Indígenas](#) bezeichnete den Deal als eine Peinlichkeit, die den undurchsichtigen Einfluss der fossilen Brennstoffunternehmen in Glasgow veranschaulichte.

Lobbyisten hatten Zutritt, indigene Völker nicht
[Mehr als 500 Lobbyisten für fossile Brennstoffe](#), die mit einigen der größten Öl- und Gasunternehmen der Welt verbunden sind, erhielten Zugang zu Cop26 – mehr als jede einzelne Landesdelegation. Indigene Bevölkerungsgruppen wurden inzwischen größtenteils [ausgeschlossen](#), und ihr traditionelles Wissen über nachhaltiges Land- und Wassermanagement wurde an den Rand gedrängt.

„Indigene Nationen waren nicht an den Verhandlungen beteiligt, obwohl 80 % der Biodiversität unseres Planeten in unseren Territorien überlebt. Das Problem ist nicht nur das Blah Blah Blah der Politiker, sondern das Peng, Peng, Peng des Greenwashing, das weiterhin unser Leben und unsere Territorien zerstören wird», sagte Xieu.

Mindestens 1.005 Umwelt- und Landrechtsverteidiger wurden seit Unterzeichnung des Pariser Abkommens vor sechs Jahren ermordet, so die internationale Non-Profit-Organisation Global Witness. Einer von drei Getöteten waren Indigene. Unter den Toten, die Führerin der Lenca, [Berta Cáceres](#), Gewinnerin des renommierten Goldman-Preises für Verteidiger der Umwelt, die im März 2016 in ihrem Haus in Honduras erschossen wurde, weil sie sich gegen den Bau eines international finanzierten Staudamms wehrte.

Netto-Null ist ein Betrug

Der CO₂-Emissionshandel ist eine der so genannten naturbasierten Lösungen für die Klimakrise, die von den grossen Verursachern auf der COP26 als Wunderwaffe propagiert wird, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, ohne dass die Menschen im globalen Norden leiden müssen.

Kritiker sagen jedoch, dass die Kompensation von CO₂ eine falsche Lösung ist, da sie es den Verursachern ermöglicht, die Umwelt weiter zu verschmutzen, und daher ist Netto-Null eigentlich nicht Null.

«Netto-Null ist ein Betrug. Es dient als Vorwand, um eine tatsächliche Umstellung von fossilen Brennstoffen zu verhindern und weiterzumachen wie bisher, indem man sich auf unerprobte CO₂-Abscheidungstechnologien und -Kompensationen stützt», sagte Sebastien Duyck, Senior Attorney des Centre for International Environmental Law (CIEL) und offizieller Beobachter.

In letzter Minute halfen AktivistInnen, eine Handvoll neuer Schutzmaßnahmen für Artikel 6 zu sichern, wie etwa einen unabhängigen Beschwerdemechanismus. Aber laut Duyck bleiben die CO₂-Märkte kontraproduktiv und grundsätzlich

schädlich. Investoren werden weiterhin Anreize erhalten können, ohne internationale Abkommen einzuhalten, die eine angemessene Konsultation der indigenen Bevölkerung vorschreiben. «Artikel 6 schafft eine Möglichkeit für öffentliche und private Investoren, das Pariser Abkommen zu Gunsten der Profite auf Kosten der lokalen Gemeinschaften und Rechten der indigenen Völker zu nutzen», fügte Duyck hinzu.

Eine weitere naturbasierte Lösung, die bei Umweltverschmutzern beliebt ist, ist die Schaffung von Kohlenstoffsenken durch massive **Wieder- bzw. Neuaufforstungsprogramme**.

Obwohl nicht Teil des offiziellen COP26-Deals, haben sich die Länder einigen Berechnungen zufolge gemeinsam verpflichtet, genügend Bäume zu pflanzen, um eine Landmasse von der Größe Australiens zu bedecken. Dies bedroht jedoch die Lebensgrundlagen, die Ernährungssicherheit und die heiligen Traditionen der indigenen Gemeinschaften und der Kleinbauern, die einen großen Teil des für Baumpflanzungen vorgesehenen Landes nutzen.

«Naturbasierte Lösungen klingen gut, aber sie werden die Klimakrise nicht lösen, selbst wenn man bereit ist, indigene Völker und lokale Gemeinschaften zu opfern», sagt Sophie Grig von Survival International. «Netto Null ist unehrlich und eine Ablenkung von dem, was jetzt getan werden muss: Stoppt die Verbrennung fossiler Brennstoffe und schützt indigene Landrechte.»

Auch die **30-mal-30-Initiative der Vereinten Nationen** – ein Plan, 30 Prozent der Land- und Meere der Erde bis 2030 zu schützen – durch Schutzmaßnahmen wie die Verdoppelung von Naturschutzgebieten, die Joe Biden im Rahmen seiner [Klimastrategie](#) versprochen hat, gewinnt an Zugkraft. Tom Goldtooth, Geschäftsführer des Indigenous Environmental Network, sagte letzte Woche in Glasgow, dass 30 mal 30 der größte planetarische Raub der Geschichte sein würde, der zur Vertreibung von Millionen von Menschen führen würde.

Einrichtung eines Schaden- und Verlustfonds abgelehnt

Eine weitere große Sorge für indigene Gemeinschaften ist das Versäumnis von COP26, den Menschen an der Front zu helfen, sich zu erholen, wieder aufzubauen und sich an die globale Erwärmung anzupassen.

Reiche Verschmutzerländer konnten die Einrichtung eines Schaden- und Verlustfonds verhindern, um Gemeinden zu entschädigen, die bereits ihre Häuser und ihre Existenzgrundlage durch Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und steigende Meeresspiegel verloren haben. Nach fast 15 Jahren Diskussion und Verzögerungen bei Verlusten und Schäden sieht der Vertrag von Glasgow die Notwendigkeit weiteren Dialogs vor.

„Unsere Lösungen müssen gehört werden!“

«Die Ergebnisse dieses COP sind keine Überraschung, aber sie repräsentieren den Zustand der Regierungen und ihre Gefühle, die in völligem Widerspruch zu der breiteren Zivilgesellschaft stehen, die konkrete Aktionen und dringen-

de Massnahmen fordert», sagte Calfin Lafkenche, ein Mapuche-Organisator der Minga-Bewegung, einem indigenen Solidaritätsnetzwerk.

Als Reaktion auf die Taten und Unterlassungen der COP26 erklärten die Frauen des indigenen Volkes der Kichwa aus Sarayaku, Ecuador, den Ausnahmezustand.

In einer Erklärung sagten die Frauen: «Indigene Völker widersetzen sich der Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit unserem Körper, mit unserem Leben. Unser Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels muss anerkannt werden. Unsere Lösungen müssen gehört werden.»



iNO to Nature-Based Solutions!

257 Organisationen aus 61 Ländern (u.a. GRAIN, Via Campesina, Focus on the Global South, Friends of the Earth International (FoEI), Indigenous Environmental Network (IEN), World March of Women (WMW), Attac Frankreich, ... sagen: **Nein zu den „naturbasierten Lösungen“** - [Text](#) [mehr](#)

Der UN-Menschenrechtsrat hat eine gesunde und nachhaltige Umwelt zum Menschenrecht erklärt

Oktober 2021 - Das Leben in einer sauberen, gesunden und [nachhaltigen Umwelt](#) ist nun ein grundlegendes Menschenrecht. Das hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mit einer gemeinsamen Resolution erklärt. Gleichzeitig ernannte der Rat einen Sonderberichterstatter, der sich zukünftig mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Menschenrechte befassen soll. Diese Entscheidungen sollen ökonomische, soziale und umweltpolitische Maßnahmen antreiben, die Mensch und Natur schützen.

Mit einer deutlichen Mehrheit (43 von 47 Stimmen, vier Enthaltungen) stimmte der Menschenrechtsrat für die Resolution. Bereits seit den 1990er-Jahren wurde ein entsprechender Beschluss diskutiert.

Die Entscheidung sei daher ein **„historischer Durchbruch“**, [so der UN-Sonderberichterstatter für Umwelt und Menschenrechte, David Boyd](#): „Die Zukunft der Welt sieht heute ein bisschen heller aus. Die Resolution wird Verfassungsänderungen und stärkere Umweltgesetze nach sich ziehen, die sich positiv auf Luftqualität, sauberes Wasser, gesunde Böden, nachhaltig produzierte Lebensmittel, grüne Energien, Klimawandel, Biodiversität und die Nutzung giftiger Substanzen auswirken werden.“

Mit 47 Mitgliedsstaaten ist der UN-Menschenrechtsrat ein Nebenorgan der UN-Generalversammlung, in der alle Mitgliedstaaten vertreten sind. Er soll den weltweiten Schutz der Menschenrechte fördern und Empfehlungen zum Umgang mit Menschenrechtsverletzungen geben. Rechtlich bindend sind seine Resolutionen allerdings nicht. Sie gelten allerdings als wichtige moralische Instanz.

<https://goodnews-magazin.de/vereinte-nationen-ernennen-saubere-umwelt-zum-menschenrecht/>

COP26: Proteste, Alternativen



Weltweit dezentrale Aktionen (z.B. in [Frankreich](#))

Bündnis

<https://cop26coalition.org/>

In Glasgow: Proteste, Alternativgipfel, 100 000 demonstrieren am 6. November:

[Marsch](#) für das Klima;

[bbc-Bericht](#);

CEO: [Bilder/Videos der Proteste](#)



bild: focusweb

Einige kritische Dossiers über die COP26:

<https://focusweb.org/category/issues/climate-environment/>

<https://corporateeurope.org/en/COP26>

<https://www.foei.org/what-we-do/climate-justice-and-energy>

<https://www.klimareporter.de/tag/cop-26>

<https://germanwatch.org/de/cop26>

Joseph Purugganan, Focus on the Global South Von Paris nach Glasgow: Gebrochene Versprechen, falsche Lösungen und der anhaltende Kampf um Klimagerechtigkeit

Auszug aus einer ausführlichen Analyse

Bereits vor sechs Jahren warnten Klimaschutzler in Paris, dass das Pariser Abkommen trotz seines ehrgeizigen Ziels, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, nicht ausreicht, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden, und dass das Abkommen, das angeblich die Welt retten soll, am Ende sogar den Planeten verbrennen könnte.

Heute, im Jahr 2021, müssen wir feststellen, dass der in Paris geschmiedete, ohnehin völlig unzureichende Plan in Glasgow noch weiter verwässert wurde. Angesichts des anhaltenden Versagens der Staaten, sich der existenziellen Herausforderung des Klimawandels zu stellen, liegt es wieder an uns alle, die radikaleren Maßnahmen anzuführen, die

zum Abwenden einer drohenden Katastrophe notwendig sind.“

Was bedeutet das für die Graswurzelbewegungen?

- Wenn es nicht gelingt, die Klimakatastrophe abzuwenden, werden arme und marginalisierte Gemeinschaften am stärksten betroffen sein.

- Die Entwicklungen zeigen den enormen Druck von Konzernen und Staaten für "Wege", die auf marktorientierten, "Business as usual"-Lösungen beruhen.

- Dies ist ein entscheidender Moment für den Kampf für Klimagerechtigkeit, um echte Lösungen voranzutreiben.

Was können wir tun?

- Kampagnen vor Ort gegen Bergbau, Extraktivismus und Großstaudämme führen, als wichtige Bestandteile des Widerstands gegen nicht nachhaltige Klimapfade.

- Stärkere Verbindungen und Konvergenz mit breit angelegten Kampagnen gegen falsche und naturbasierte Lösungen und für eine stärkere Rechenschaftspflicht der Unternehmen herstellen.

- Kampagnen auf kommunaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, um sich gegen politische Maßnahmen und Projekte zu wehren, die die Klimakrise verschärfen, und weiterhin die Forderungen nach radikalen Klimaschutzmaßnahmen verstärken.

Quelle: [Focus on the Global South](#)

Oxfam-Studie: Verursacher und Leidtragende der Klimaerwärmung

Die reichsten ein Prozent leeren mit großen Schritten das verbleibende CO2-Budget. Ihr CO2-Fußabdruck ist größer als der Verbrauch der ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung

„Allein die Emissionen der wohlhabendsten 10 Prozent könnten dazu führen, dass wir in den nächsten neun Jahren das vereinbarte Limit überschreiten.

Dies hätte katastrophale Folgen für einige der schwächsten Menschen auf der Erde, die bereits mit tödlichen Stürmen, Hunger und Not zu kämpfen haben.“

CO2 Emissionen pro Kopf pro Jahr

Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad sollten die Pro-Kopf-Emissionen **max. 2,3 Tonnen** pro Jahr betragen

Reichstes 1%: 70 Tonnen Co2	30mal zu viel
Reichste 10%: 21 Tonnen	9 mal zu viel
Mittlere 40% : 5 Tonnen	2 mal zu viel
Ärmste 50% : 1 Tonne	unter der Hälfte

Quelle: [Oxfam](#)

Ungleichheiten in der EU: [Oxfam-Untersuchung](#)

Mehr: [Energiezukunft](#) ; [Tagesspiegel](#)

Ungleichheiten weltweit: <https://inequalitylab.world/en/>

COP26: "Mit Krediten setzen wir die Muster der Kolonisierung fort"

Was ist mit dem Bekenntnis von 190 Staaten, in den 30er Jahren **aus der Kohle auszusteigen**?

(...) Vorherige Zustimmungen wurden mit eingerechnet und als neu verkauft. Das ist ein Paradebeispiel für das, was hier als Erfolg angepriesen wird. Ja, es gibt deutliche Zeichen in den Verhandlungen, dass die fossile Industrie sich einem Ende nähert, wie zum Beispiel mit der BOGA (Beyond Gas and Oil Alliance). Solange die Industrievertreter*innen jedoch direkt mit am Verhandlungstisch sitzen, kann es keinen wirklichen Wandel geben. Es wurde bekannt, dass etwa 500 von ihnen bei der COP dieses Jahr mit dabei waren. [...]

Immerhin: Es wurde zum ersten mal Kohle als Verursacher mit in das Abschlussdokument ("*Glasgow Klimapakt*", Anm. d. Red.) genommen. Leider hat es die Staatengemeinschaft nicht geschafft, sich auf alle fossilen Brennstoffe zu einigen und auch nicht darauf, dass der reiche Norden vorlegen muss.

Nach einer **Oxfam-Studie** verursachen Superreiche zigfach mehr Treibhausgase als der Rest der Menschheit. Was bedeutet das für die Klimapolitik?

Es zeigt deutlich, wie wichtig es ist, den Wandel gleichzeitig sozial, ökologisch und ökonomisch anzugehen. Nicht erst in 30 Jahren sondern innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre. Wir sehen überall auf der Welt wachsende Diskrepanzen zwischen arm und reich.

Die Corona-Gesundheitskrise hat gezeigt, was uns auch in der Klimakrise ereilt: Die Menschen und Staaten, die keine Ressourcen haben, um sich zu schützen, sind am stärksten betroffen, leiden am meisten und werden am wenigsten unterstützt.

100 Milliarden US-Dollar sollen die reichen Industriestaaten ärmeren Ländern pro Jahr für die Bekämpfung des Klimawandels zahlen.

Die versprochenen Milliarden sind bisher noch nicht erreicht worden. Zudem wissen wir bereits, dass diese Zahl für

die echten Bedürfnisse der Länder des Globalen Südens viel zu niedrig ist. Um eine nachhaltige Entwicklung in Würde und Respekt zu verfolgen, reicht es nicht. (...) Die COP26 hat es nicht geschafft ausreichend Geld für die Anpassung und für die Kompensation von Schäden und Verlusten durch die Krise bereitzustellen.

Deutschland hat zwar Geld auf den Tisch gelegt, aber auch hier muss genau hingesehen werden. Denn das Geld muss neues Geld sein und darf nicht in Form von Darlehen und Krediten gegeben werden. Kredite schaffen neue Abhängigkeiten, gehen häufig mit politischen Bedingungen einher und müssen meist mit Zinsen zurückgezahlt werden. So fließt letztlich mehr Geld aus dem globalen Süden in die ohnehin reicheren Länder. Mit Krediten setzen wir die Muster der Kolonisierung fort."

Susanne Scherbarth ist BUND-Expertin für Internationale Klimapolitik - [BUND-News](#), 26.11.2021

Attac Frankreich

COP26: ein kriminelles, ungerechtes und neoliberales Abkommen

15. November 2021

Quelle: [Attac Frankreich](#)

Auf der soeben in Glasgow zu Ende gegangenen COP26 sollte der Fahrplan zur Umsetzung des Pariser Abkommens beschlossen werden, um die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf weniger als 1,5 °C zu begrenzen.

Sie war in jeder Hinsicht ein Misserfolg. Die Staaten gehen davon aus, dass ihre Verpflichtungen, von denen wir noch nicht einmal wissen, ob sie eingehalten werden, zu einem Anstieg von mehr als 2,7 °C führen werden, was Katastrophen verursachen, die Ökosysteme zerstören und Millionen von Menschen vertreiben wird.

Diese Vereinbarung ist kriminell ...

Während jeder IPCC-Bericht die Verschärfung des Klimawandels bestätigt, haben die Staaten, die die Umwelt am meisten verschmutzen, und Industrielobbyists dafür gekämpft, den Geltungsbezug des Glasgower Klimapakts einzuschränken. Die Erwähnung fossiler Brennstoffe wurde zwar als Schritt nach vorn begrüßt, doch sind keine konkreten Maßnahmen, kein Zeitplan für den Ausstieg aus ihnen vorgesehen. Die Treibhausgasemissionen werden daher unaufhaltsam weitergehen.

... ungerecht und unverschämt

Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Zerstörungen werden derzeit für die Länder des Globalen Südens auf 500 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 geschätzt. Im Jahr 2009 hatten sich die Staaten verpflichtet, 100 Milliarden Euro pro Jahr an diese Länder zu zahlen. Diese Zusage wurde nicht eingehalten und ihre Umsetzung wird erneut verschleppt. Wie können wir an das neue, sehr unzureichende Versprechen glauben, die speziell für die Anpassung an die Auswirkungen der globalen Erwärmung bereitgestellte Hilfe bis 2025 zu verdoppeln? Wie können wir glauben, dass der geplante Dialog über die Finanzierungsmodalitäten zu konkreten Verpflichtungen führen wird? Die alten Industriemächte tragen die historische Verantwortung für den Klimawandel, aber sie, allen voran die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, haben sich dagegen gewehrt, auch nur einen Cent mehr für die am stärksten betroffenen Völker zu zahlen.

Dieses Abkommen stärkt die Marktmechanismen

Die Staaten schaffen es nicht, verbindliche Maßnahmen zur Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen zu ergreifen,

und ziehen es vor, unwirksame und gefährliche Mechanismen zu verstärken. Der Klimapakt von Glasgow bestätigt den CO₂-Markt als wesentlichen Hebel für nationale Klimaschutzmaßnahmen und als wichtigstes Mittel zur Erreichung der CO₂-Neutralität. Dies kann nur ein weiterer Freibrief dafür sein, für die weitere Verschmutzung zu zahlen, eine Einladung an die schädlichsten multinationalen Unternehmen, ihre Produktionssysteme ja nicht tiefgreifend zu verändern.

Vincent Gay, Mitglied des Attac-Vorstands: „Die COP in Glasgow erweist sich also als Klimatort. Sie offenbart einmal mehr die Weigerung der größten Umweltverschmutzer der Welt, zu handeln. Die Klimagerechtigkeit wird auf dem Altar des Profits multinationaler Konzerne geopfert. Wegen dieser Verbrecher liegt die Hoffnung nicht in den engen Räumen der internationalen Verhandlungen, sondern in den vielfältigen Bewegungen für Klimagerechtigkeit, die sich weltweit ausbreiten. Am 6. November 2021 fanden überall auf der Welt koordinierte Aktionen gegen zukunftszerstörende Projekte statt. Lassen Sie uns diese Bewegungen fortsetzen und ausweiten. Lassen wir den Zug des klimaschädlichen Produktivismus entgleisen.“

Klimagerechtigkeit oder Profite von Unternehmen?

Kurzinfos - Links zu ausführlichen Analysen

Global Justice Now

„Die nächste COP muss eine Abrechnung mit der fossilen Brennstoffindustrie und den reichen Ländern sein, die die Klimakrise verursacht haben. Alles andere wird uns ins Verderben stürzen.“ [Text](#)

"BlackRock führt die Greenwascher an"

in: [W. Rügemer: BlackRock und Co. enteignen!](#), S. 149ff

Mit dem Energiecharta-Vertrag werden Klimaschutzmaßnahmen ausgebremst

Unternehmen, die fossile Brennstoffe einsetzen, verklagen Regierungen in aller Welt auf 13 Milliarden Pfund, da die Klimapolitik ihre Gewinne bedroht. Die meisten Fälle werden im Rahmen des Energiecharta-Vertrags vorgebracht und vom Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, einer Zweigstelle der Weltbank, betreut. [Mehr](#)

Attac Frankreich – Global Justice Now und AITEC: Wie die Industrien der Fossilen Energien Klimaschutzmaßnahmen mit Hilfe von Schiedsgerichten (ISDS) ausbremsen. - [Report](#)

Powershift: Energiecharta-Vertrag stoppen – Energiewende retten!

Der deutsche Energiekonzern RWE will von den Niederlanden 1,4 Milliarden Euro Entschädigung für den Kohleausstieg und klagt deshalb vor einem internationalen Schiedsgericht. Möglich wird dieser Angriff auf den Klimaschutz durch den **Energiecharta-Vertrag**. Er gibt Energiekonzernen die Möglichkeit horrenden Schadensersatzforderungen zu stellen, wenn Regierungen ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen wollen. [...]

[Neue Untersuchungen haben gezeigt](#), dass fossile Investitionen von fast 350 Milliarden Euro in der EU, Großbritannien und der Schweiz durch den Energiecharta-Vertrag vor Klimaschutzmaßnahmen geschützt werden. Das ist mehr als das Doppelte des jährlichen EU-Budgets. Wenn die europäischen Länder jetzt ihre Klimaziele verschärfen, droht eine Klagewelle.

Doch jetzt gibt es eine Chance aus dem Vertrag auszustiegen. [...] Frankreich und Spanien ziehen offen einen Austritt in Erwägung. Im Europaparlament mehrten sich die Stimmen derer, die aus dem Vertrag aussteigen wollen. [Mehr als 460 Klimaexpert*innen](#) haben öffentlich ein Ende des Energiecharta-Vertrags gefordert. Aber die deutsche Bundesregierung zögert und positioniert sich nicht klar.

Mit der Kampagne machen wir Druck für einen schnellen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag. [...]

Diese Kampagne wird getragen von über 29 Organisationen in ganz Europa, darunter Attac Deutschland, Campact, Forum Umwelt und Entwicklung, NaturFreunde Deutschland, Netzwerk Gerechter Welthandel, PowerShift e.V., Umweltinstitut München, Urgewald, Avaaz und WeMove.

[Petition: Aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen und Energiewende einleiten!](#)

Siehe auch [SiG142](#), S. 30-31, [SiG140](#), S. 16; [attac DE](#)

Corporate Europe Observatory: Lobbyisten überschwemmen die Konferenz in Glasgow

<https://corporateeurope.org/en/climate>

Mindestens 503 Lobbyisten, die mit einigen der größten umweltverschmutzenden Öl- und Gasriesen der Welt verbunden sind, haben Zugang zur COP26 erhalten und überschwemmen die Konferenz in Glasgow mit Unternehmenseinfluss. [mehr](#)

COP26: the biggest finance greenwash event in history - mehr; [32-seitige Analyse](#) von CEO und TNI

Oxfam Deutschland: Gewinne statt Klimaschutz

Die Gewinne der 30 großen DAX-Konzerne fließen zunehmend an Aktionär*innen, wie der [neue Bericht](#) von Oxfam und der Bürgerbewegung Finanzwende zeigt:

Die Ausschüttungen legten zwischen 2009 und 2020 mit 85 Prozent fast doppelt so stark zu wie die Gewinne, die um 48 Prozent stiegen. Einzelne Unternehmen (RWE, E.On und ThyssenKrupp) überwiesen sogar in Verlustjahren ihren Anteilseigner*innen Geld.

Die Allgemeinheit hat das Nachsehen.

Gleichzeitig hapert es beim Klimaschutz:

Oxfam und Finanzwende haben pro Sektor berechnen lassen, welche Investitionen die Konzerne jährlich tätigen müssten, um ihre Geschäftsmodelle bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Das Ergebnis: **Alle Unternehmen investieren zu wenig, dabei wären viele dazu problemlos in der Lage – und zwar ohne staatliche Subventionen oder Steuererleichterungen.** [Gesamter Text](#)

Energiedemokratie

TUED (<https://unionsforenergydemocracy.org/>) ist ein globaler Zusammenschluss von Gewerkschaften, die sich gemeinsam für die Förderung von Lösungen im Bereich des Klimawandels und für Energiedemokratie einsetzen. Im Rahmen der TUED haben sich die **Internationale Transportarbeiterföderation**, die ihr angeschlossenen Gewerkschaften und andere globale Gewerkschaftsverbände zum Ziel gesetzt:

- Umweltschäden zu verhindern
- grüne Arbeitsplätze für Verkehrsbeschäftigte zu schaffen
- für Klimagerechtigkeit einzutreten.

Quelle: ITF- [Klimagerechtigkeit!](#)

TUED Global Forum IPCC Report (15.10.21):

[Video-Aufnahme](#) der Konferenz

[PPP über den 6. Bericht von IPCC](#)

TUED und TNI (Okt. 2021) – Studie:
Energietransition oder Energieexpansion?

„Die Energie in der ökologischen Transition“

Dossier in „Les possibles“ (Herbst 2021),

vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich herausgegeben

German Foreign Policy Bayer & Co. vs. Biden

Gegen den "Build Back Better Act"

In den Vereinigten Staaten beteiligen sich mehrere DAX-Unternehmen vehement an dem Versuch, den "Build Back Better Act" der Biden-Administration zu stützen. Airbus, BASF, Bayer, Boehringer, Fresenius, Siemens und T-Mobile haben dazu die knappen Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress genutzt und die Gegner des Vorhabens innerhalb der Demokratischen Partei durch hohe Geldzuwendungen gestärkt. So ist es ihnen gemeinsam mit anderen Konzernen und Unternehmensverbänden gelungen, weitreichende Änderungen an dem Gesetzespaket durchzusetzen.

Ein 150 Milliarden US-Dollar umfassendes Anreizprogramm zum Umstieg auf erneuerbare Energien fiel ebenso Streichungen zum Opfer wie eine Methanabgabe, bezahlte Elternzeit, subventionierte Bildungsangebote und ein besserer Krankenversicherungsschutz für Angestellte. Pläne zur Reduzierung der Arzneimittelpreise und zur Stärkung der staatlichen Gesundheitsfürsorge dürften - wenn überhaupt - allenfalls in stark geschrumpfter Form überleben.

Zudem steht in Frage, ob die von Biden avisierte Teilrücknahme der von seinem Amtsvorgänger Donald Trump vorgenommenen Unternehmenssteuersenkung wie geplant durchgeführt werden kann. Der Etat des "Build Back Better"-Plans, der die sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie mindern und gleichzeitig die Weichen für eine klimaschonendere Wirtschaft stellen sollte, sank durch die Einschnitte von 3,5 Billionen US-Dollar auf nur noch 1,75 Billionen.

Hohe "Wahlkampfhilfen"

Die Hauptgegner des "Build Back Better Act" unter den Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat erhielten im laufenden Jahr allein von bundesdeutschen Firmen insgesamt rund 50.000 US-Dollar.[1] An die Blue Dog Coalition, einen Zirkel konservativer Demokraten, der schon Barack Obamas Gesundheitsreform entscheidend ausdünnte, flossen noch einmal 20.000 US-Dollar. Die Moderate Democrats erhielten 5.000 US-Dollar. Insgesamt sammelten "Build Back Better Act"-Opponenten allein im August rund 150.000 US-Dollar an Spenden. Zudem starteten Interessenverbände, zu deren Mitgliedern auch die erwähnten deutschen Unternehmen gehören, scharfe Kampagnen. Die US Cham-

ber of Commerce etwa erklärte, "alles in unserer Macht stehende" zu tun, um den "Build Back Better Act" in seiner ursprünglichen Form zu verhindern. Sie bewarb dafür unter anderem die abtrünnigen Demokraten auf Facebook massiv.

Big Pharma macht mobil

Zu den größten Geldgebern zählten die Pharmaceutical Research & Manufacturers of America (PhRMA). Hintergrund ist, dass die Biden-Administration beabsichtigte, zur Gegenfinanzierung ihrer Reformen die Arzneimittelpreise zu senken, die in den USA um bis zum Vierfachen über denjenigen in anderen Ländern liegen. Dazu wollte die Regierung der staatlichen Gesundheitsagentur Medicare das Mandat erteilen, mit den Herstellern Preisrabatte auszuhandeln.

Das Congressional Budget Office - die Finanzabteilung des US-Kongresses - ermittelte dabei ein Einsparpotenzial von 456 Milliarden US-Dollar über die nächsten zehn Jahre. Die PhRMA hingegen behauptete, die Regierungspläne würden "das gleiche innovative Ökosystem zerstören, das uns lebensrettende Impfstoffe und Therapien zur Bekämpfung von COVID-19 brachte".[2] Das von ihr unterstützte American Action Network sah gar eine "sozialistische Übernahme der Industrie für verschreibungspflichtige Arzneien" nahen und verbreitete diese Behauptung in einer fünf Millionen US-Dollar teuren Anzeigenkampagne.[3] Die Lobbyorganisationen initiierten sogar eine eigene Coalition Against Socialized Medicine.

Als ihren verlängerten Arm in Washington bauten sie Kyrsten Sinema auf, die sich binnen kurzer Zeit von einer engagierten Kämpferin für erschwingliche Medikamente zu einer entschiedenen Streiterin für Big Pharma wandelte. Die Branche schaltete auf allen medialen Kanälen Werbung für die ehemalige Grüne Sinema.

Blockade dauert an

Trotz des schon um die Hälfte gekürzten "Build Back Better"-Budgets geben die Partei-Rechten ihre Blockadehaltung bisher nicht auf. So musste Joe Biden bereits ohne ein fertiges Maßnahmenpaket zur Treibhausgasreduktion zum Klimagipfel nach Glasgow reisen. Zur verlorenen Gouverneurswahl in Virginia trug der interne Streit ebenfalls bei. Das bewog die Partei-Linke, die - in Reaktion auf den Widerstand gegen den "Build

Back Better Act" - bis dahin die Zustimmung zu Bidens Infrastrukturgesetz verweigert hatte, diesbezüglich einzulernen. Ihre Hoffnung, parallel zur endgültigen Verabschiedung des Infrastrukturgesetzes auch den "Build Back Better Act" seine erste parlamentarische Hürde nehmen zu lassen, trog:

Kurz vor der Abstimmung am 5. November meldete die von der Industrie geförderte Partei-Rechte noch Klärungsbedarf an. Das Congressional Budget Office, das bereits beim Infrastrukturgesetz eine Deckungslücke von rund 250 Milliarden US-Dollar entdeckt habe, solle alles erneut durchrechnen, hieß es zur Begründung. Weitere Kürzungen beim "Build Back Better Act" sind daher nicht ausgeschlossen.

Massive Kritik

Die Lobbyarbeit der Konzerne, die die Spaltung der Demokratischen Partei vorantreibt, stößt auf massive Kritik. Das Maßnahmenbündel gebe den gemäßigten Demokraten die seltene Gelegenheit, "lebensverändernde Investitionen" mit auf den Weg zu bringen, erklärt etwa Kyle Herrig von der Antikorruptionsinitiative Accountable.US.: "Es darf nicht sein, dass corporate money diesen Prozess kontaminiert."

Der linke Demokrat Bernie Sanders spricht von Gier auf Seiten der großen Konzerne: "Mir ist klar, dass die Pharmaindustrie die Republikaner-Partei besitzt und dass kein Republikaner für ein solches Gesetz stimmt, aber es gibt keine Entschuldigung für einen Demokraten, es nicht zu unterstützen".[4]

In der Bundesrepublik protestiert die Coordination gegen BAYER-Gefahren gegen die Interventionen auch der deutschen Großunternehmen: "BAYER und die anderen Konzerne kaufen sich ihre Politik nach Belieben. Diese Praxis muss ein Ende haben. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert ein Verbot aller Spenden an Politiker*innen in den USA und anderswo".[5]

Quelle: [German Foreign Policy](#)

[1] Federal Election Commission. fec.gov.

[2] PhRMA Statement on Democrats' Drug Pricing Deal in Reconciliation Package. phrma.org.

[3] Pro-GOP group takes aim at House Dems over Pelosi's "socialist drug takeover plan". fox-news.com 06.05.2021.

[4] Big Pharma's Demokrats. dailyposter.com 15.09.2021.

[5] Bayer & Co. gegen Bidens Klima- und Sozialgesetze. cbgnetwork.org 03.11.2021.

Widerstand gegen Umweltzerstörungen in Lateinamerika

Mexiko: Nein zum „Tren Maya Made in Germany“

Die vollständige Recherche, Übersetzungen und weitere Materialien sind jederzeit abrufbar unter: ya-basta-netz

Der sogenannte „Maya Zug“ (Tren Maya) ist ein Infrastrukturprojekt im Südosten Mexikos, welches eine 1.500 Kilometer lange Strecke von Palenque bis Cancún umfassen wird und damit die Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatan und Quintana Roo verbindet. Es soll angeblich die (lokale) Wirtschaft und den Tourismus fördern und ca. 150 Milliarden Pesos (über 6 Milliarden Euro) kosten. Gleichzeitig wird der Tren Maya vom Ausbau der Autobahninfrastruktur begleitet. Allein, dass dieses und weitere Mega-Projekte unter Führung der mexikanischen Armee stehen soll, lässt auf beunruhigende Motive hinter dem Tren Maya schließen. Die katastrophalen Auswirkungen für Mensch und Natur werden seit jeher verschwiegen.

Umweltzerstörung

Das Ausmaß der Umweltzerstörung lässt sich für das riesige Gebiet kaum vollständig darstellen. „Studien kommen zu dem Schluss, dass der Maya-Zug zur Degradierung, Fragmentierung und Abholzung von dreiundzwanzig Naturschutzgebieten führen wird, darunter [UNESCO]Welterbestätten“, so Greenpeace Mexiko. Allein für den ersten Bauabschnitt sollen 11 Millionen Bäume gerodet werden. Unterwasser-Höhlensysteme mit kultureller Bedeutung für die indigene Bevölkerung sind durch den Bau gefährdet – während von den dortigen Wasserströmen andere Ökosysteme abhängig sind. Zudem sind die größten Grundwasservorkommen des Landes bedroht. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde mit Mängeln und ohne den Einbezug der indigenen Völker durchgeführt:

Missachtung indigener Rechte und Bedrohung von Aktivistinnen*

„Der Konsultationsprozess der indigenen Bevölkerung zum Maya-Zug hat nicht alle internationalen Menschenrechtsstandards erfüllt“, so das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte. „Die [Konsultationsprozesse werden] oft in Kontexten von Bedrohungen, Kriminalisierung und Schikanen durchgeführt, was ihren freien Charakter untergräbt“, betont das UN-Komitee gegen Rassendiskriminierung.

Gleichzeitig begeben sich Aktivistinnen*, die sich dem Projekt gegenüber negativ äußern, in Lebensgefahr. Die, die sich gegen den Tren Maya aussprachen, erhielten Morddrohungen, berichtet die NGO Front Line Defenders. Allein im vergangenen Jahr wurden in Mexiko dreiundzwanzig Menschenrechts- und Landverteidigerinnen* getötet.

Militarisierung und Migration

Die mexikanische Armee soll einen Großteil des Tren Maya verwalten und zudem Gewinne aus dem Projekt erhalten. Gleichzeitig bedeutet diese Übertragung von Befugnissen an die Streitkräfte die weitere Militarisierung einer der konfliktreichsten Regionen des Landes: Im südlichen Bundesstaat Chiapas führt die mexikanische Armee seit Jahren einen Krieg „niederer Intensität“ gegen die autonomen Gemeinden der Zapatistas. (1) Auch das immer aggressivere Vorgehen der mexikanischen Regierung gegen Geflüchtete aus ganz Mittelamerika, ausgeführt durch das Militär, ist mit dem Projekt eng verflochten: „Stellt man die verschiedenen Megaprojekte und Infrastrukturvorhaben auf der Landkarte dar, sieht man, dass sie Bausteine für eine ‚Migrant*innensperre‘ sind, mit der man die geopolitischen Interessen der USA bedienen will“, meint Dr. Sergio Prieto Díaz, Dozent am Colegio ECOSUR.“

Urbanisierung und Öffnung für (globales) Kapital

Bereits jetzt steigt der Wert des Landes auf und an der geplanten Zugstrecke enorm. Vertreibung und Enteignung der bisherigen Bewohner*innen sind die Folge. Eine rasche Urbanisierung und Marktöffnung wird in der Region auch zu mehr Kriminalität, etwa Drogen- und Tierhandel, führen. Ein Blick auf frühere Mega-Infrastrukturvorhaben im Süden Mexikos zeigt, dass die Erschließung der Region vor allem die Öffnung für ausländische Investitionen bedeutet: Das Projekt ist das Einfallstor für Militär, Staat und Kapital und droht, die bisherige, auf Subsistenzwirtschaft und Gemeineigentum beruhende Lebensweise und Kultur der betroffenen Bevölkerung nachhaltig zu zerstören.

DB Consulting & Engineering – Schattenbetreiber

Als sogenannter Shadow Operator ist das Tochterunternehmen der DB u.a. in Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, China, Brasilien oder Kolumbien aktiv. In Mexiko hat sich die DB als Teil eines Konsortiums mit zwei weiteren staatlichen Unternehmen aus Spanien den Zuschlag für die Begleitung und Beratung des Projekts gesichert. „FONATUR, [die Behörde] des mexikanischen Ministeriums für Tourismus, [hat] die DB Engineering & Consulting GmbH mit der Beratung zu eisenbahnbetrieblichen Entscheidungen innerhalb des Projekts „Tren Maya“ beauftragt. [...] Der Vertrag wurde zum 1. Dezember 2020 geschlossen und läuft bis Dezember 2023. Er umfasst eine Auftragssumme von 8,6 Millionen Euro.“, bestätigte der parlamentarischer Staatssekretär Ferlemann.

Dass über die Beteiligung von Seiten der DB zumindest in Deutschland kaum ein Wort verloren wird, mag mit dem grünen Image und der klimafreundlichen Außendarstellung der DB zusammenhängen. (...) Die Klima- und Umweltfreundlichkeit erweist sich als Lüge und koloniale Auslagerung: Ein Viertel des gesamten deutschen Bahnstroms wird aus dem Kohlekraftwerk Datteln IV geliefert. Dort wird Kohle aus Kolumbien verbrannt, wo Menschen vertrieben und ermordet werden, um die „Blutkohle“ abbauen und exportieren zu können. Wenn die DB „offiziell“ Ökostrom verbraucht, handelt es sich um erkaufte Zertifikate – nur eine weitere Facette in der enormen Greenwashing-Welt der DB.

SIEMENS Mobility –

Es wäre ein Privileg,

Teil des Tren Maya zu werden

SIEMENS hat bereits 2018 eine Beteiligung am Tren Maya-Projekt angeboten, von der Energieerzeugung und -übertragung, über Elektrifizierung, Signaltechnik und Automatisierung bis zu den Zügen an sich. Das Interesse besteht auch 2021 – und trotz erster Zuschläge für das französische Unternehmen Alstom – weiterhin. [...]

TÜV Rheinland – Zertifikate des Elends

Genau wie SIEMENS hat auch das deutsche Unternehmen TÜV Rheinland bereits 2018 Interesse am Tren Maya-Projekt gezeigt und eine Beteiligung bereits angeboten, bevor konkretere Pläne oder Studien etwa zu den Umweltproblematiken vorlagen. Die Aufgaben, für die der TÜV Rheinland im Tren Maya-Projekt zur Verfügung steht, wirken dabei ähnlich umfangreich wie bei der DB oder SIEMENS: Die Direktorin der Geschäftsentwicklung von TÜV Rheinland Rail Mexiko, Sandra Alamo „[sagte] [2018], dass sie [der TÜV] von der Vor-konzeption des Projekts, der Vormachbarkeit, der Durchführbarkeit, der Entwicklung von Materialien und allem, was notwendig ist, bis hin zur Prüfung und Ausführung der Arbeiten teilnehmen können.“ Der „Technische Überwachungs-dienst“ hat in Mexiko ähnliche Aufgaben für die Metrolinie 12 in Mexiko-Stadt übernommen, die im Mai 2021 einstürzte. Dabei kamen über 20 Menschen ums Leben. Auch außerhalb Mexikos nimmt der TÜV fragwürdige Überprüfungen vor. Bei einem Staudammbruch in Brasilien starben über 250 Personen, nachdem der TÜV Süd den Damm für sicher erklärt hatte.

Die deutsche Rüstungsindustrie und der Tren Maya

Bei einer Darstellung der Beteiligung deutscher Unternehmen am Tren Maya-Projekt darf man Akteure, die nur auf den ersten Blick nichts mit dem Projekt zu tun haben, nicht vergessen. Die mexikanischen Streitkräfte, welche das gesamte Infrastrukturprojekt verwalten und die Gewinne erhalten sollen, sind ein häufiger Kunde bei europäischen, und insbesondere auch bei deutschen Rüstungsunternehmen. Obwohl Konzerne wie Heckler & Koch in illegale Waffen-geschäfte mit Mexiko verwickelt sind, genehmigte die deutsche Bundesregierung auch im vergangenen Jahr Rüstungsexporte in das Land. Ein Großteil der deutschen Waffen gelangen in besonders stark militarisierte Regionen, so nach Chiapas, wo das Militär in vielen Basen rund um die Autonomiegebiete der Zapatistas präsent ist.

Das ILO 169 Abkommen

Die Konvention Nr. 169 der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) der UN ist das einzige internationale Rechtssystem zum Schutz indigener Rechte.

Herzstück der ILO-Konvention 169 sind die Konsultations- und Partizipationsverfahren, um Beteiligung und Mitsprache indigener Völker an Projekten zu gewährleisten, die sie betreffen. Deutschland hat am 15. April 2021 nach Jahrzehnten das Abkommen ratifiziert. Da es sich bei der Deutschen Bahn um ein staatliches Unternehmen handelt, fordern wird die konsequente Umsetzung des ILO Abkommens und damit einen Ausstieg der DB und ihrer Tochterfirmen aus dem Tren Maya – Vorhaben! Lasst uns gemeinsam handeln. Bleibt auf dem Laufenden.

Widerstand

Formen des Widerstands gegen dieses und weitere Großprojekte sind u.a.
- juristische Verfahren: [...] mehrere Beschwerden vor der Nationalen Menschenrechtskommission. (...)
- Petitionen: (...) Auf „Salva la Selva“ (Rettet den Regenwald) wurden Online bereits über 270.000 Unterschriften gesammelt.
- Straßenaktionen: Z.B. der Marsch, der an der Remate de Montejo, Mérida, Yucatán, begann, wo sie von der Bundesregierung die Aussetzung des Projekts forderten.
Auch gegen das im Zuge des Tren Maya mitfahrende Autobahnprojekt leistet die lokale Bevölkerung Widerstand und versucht, u.a. durch Waldbesetzungen, den Bau der Autobahn zu unterbinden.

Bevölkerungsumverteilung

Diese Megaprojekte werden von mindestens zwei Prozessen der Bevölkerungsumverteilung begleitet. Auf der einen Seite die Vertreibung derjenigen, die in diesen Gebieten leben, und auf der anderen Seite die Anziehung einer anderen Bevölkerungsgruppe, die nicht in diesen Gebieten lebt, aber kommt, um zu arbeiten oder zu investieren oder die in diesem Fall kommt, um ein bestimmtes Modell von „Entwicklung“ zu vertreten. [...] Der Tren Maya bedeutet einen tiefgreifenden Wechsel vieler Paradigmen in der Landfrage und auch in der kollektiven Erfahrung innerhalb der Dörfer - denn es gibt diejenigen, die für das Projekt sind und diejenigen, die dagegen sind - und diese Spaltung ist eine Taktik. Die Nutznießer des Projekts müssen nicht alle, sondern nur einige Wenige von dem Projekt überzeugen, dann arbeiten die Teilung und der Konflikt bereits für sie.

(1) s. [ya-basta-netz](#) und [SiG 142](#)

Powershift

Attac Deutschland,

Attac Frankreich,

Attac Österreich u. v. m.

EU-Mexiko-Abkommen: Weiterer Schritt in Richtung eines intransparenten und undemokratischen Handels

Die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko (2000) sind für Mexiko eher zu vernachlässigen. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit zwischen 2000 und 2018 von 2,8 auf 3,6 Prozent gestiegen, und der Lebensstandard hat sich nicht verbessert. [...] Die Modernisierung des Abkommens sieht eine Öffnung der mexikanischen Agrarmärkte für europäische Produkte wie Fleisch, Milch und Zucker vor. Die Zuckerexporte aus der EU werden schätzungsweise um 1200 Prozent steigen, obwohl Mexiko einer der führenden Zuckerproduzenten der Welt ist. Auf der anderen Seite wird Europa seine Märkte für Hähnchen und Geflügel aus Mexiko öffnen. Beide Seiten haben sich darauf geeinigt, Kontrollen zu reduzieren, um den Handel zu erleichtern. Die Modernisierung sieht auch einen erleichterten Rohstoffabbau in Mexiko sowie geringere Beschränkungen für Gas- und Ölimporte in die EU vor. Insgesamt würde das Abkommen wirtschaftliche Aktivitäten, die auf Umweltzerstörung beruhen und eine hohe Klimabelastung mit sich bringen, profitabler machen.

Während die Macht der Investoren durch den exklusiven Zugang zu einem privaten Rechtssystem (dem Investitionsgerichtssystem - ICS) gestärkt werden soll, würden europäische Investoren auch Zugang zu Aufträgen des öffentlichen Beschaffungswesens von Mexiko bekommen.

Wie PowerShift, das Transnational Institute, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Attac lehnt eine wachsende Zahl von NGOs sowohl in Europa als auch in Mexiko die Ratifizierung des Abkommens ab.



UE-MEXIQUE

Tout le pouvoir aux... investisseurs?!

Ecuador: Verteidigung des Amazonas-Regenwaldes Wie die Waorani-Indianer gegen die Öllndustrie gewannen

In Ecuador überlässt die Regierung den Urwald nach und nach den Ölgesellschaften. Um ihre Region Pastaza vor der Abholzung und den damit verbundenen Umweltzerstörungen zu bewahren, hat eine **Gemeinschaft von Waorani-Indianern** die Regierung verklagt.

Im Juli 2019 errang sie vor Gericht einen historischen Sieg: Sie konnte die Versteigerung ihres Territoriums verhindern.

In Ecuador wird die territoriale Souveränität der indigenen Gemeinschaften gesetzlich anerkannt, doch der Staat bleibt Eigentümer des Untergrunds. Die Regierung hat den Dschungel in Blöcke aufgeteilt, die sie nach und nach der Öllndustrie anbietet. Im Jahr 2019 war Block 22 an der Reihe, in dem Stämme der Waorani-Indianer leben. Doch dank der Hartnäckigkeit einer jungen Frau leistete die Bevölkerung Widerstand gegen das Vorhaben des Staates - und gewann.

Nemonte Nenquimo, alias Nema, hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese

Tausende Hektar Regenwald zu schützen. Was die junge Frau verteidigen will, ist auch eine autarke Lebensweise. In diesem Dschungel ohne Internet und Telefon lebt man vom Jagen und Fischen - von dem, was die Natur bietet.

Bevor ein Land versteigert wird, muss der Staat laut Gesetz die Zustimmung der Bevölkerung durch eine Befragung einholen. Die junge Frau war nicht im Dorf, als 2012 Regierungsbeamte ka-



men, um die Bewohner Dokumente unterschreiben zu lassen. Diese verstanden nicht, dass sie ihr Land abgaben ... gegen eine Handvoll Süßigkeiten und Versprechungen von Schulen und Krankenhäusern.

Nach ihrer Rückkehr brauchte sie ihre ganze Energie, um die Dorfbewohner zu einer Klage zu bewegen. Nema und seine Gemeinde konnten schließlich durchsetzen, dass der Betrug ihnen gegenüber zugegeben wurde.

Entscheidend vor Gericht war auch die kolossale Arbeit, die Nema und sein Bruder geleistet hatten, um mit Hilfe zweier NGOs die Naturschätze der Region zu kartografieren.

(<https://www.alianzaceibo.org/mapas/waorani/>) Fünf Jahre lang durchstreiften sie den Wald, um die Flora und Fauna zu erfassen - Wasserschweine, Jaguar, Tapir, Charapa-Schildkröten, Karachama-Fische... Sie brachten sogar Kameras in den Bäumen an, um den Lauf der wilden Tiere festzuhalten. Wesentliche Elemente, sagt Nema, "damit die Welt den Reichtum unseres Dschungels wahrnimmt und erkennt, dass er nicht zerstört werden darf".

Auszug aus einer Reportage von [France2](#) (veröffentlicht am 04/06/2021).

Siehe auch: Urteilsspruch zugunsten des Amazonenvolks der Sapara ([npla](#))

Ecuador „Weg mit den Gasfackeln!“ Neun Mädchen haben mit ihrer Klage Erfolg

(Quito, 29. Januar 2021, [radiomundo-rea - npla](#)).- Einem Gerichtsurteil zufolge dürfen im Zusammenhang mit der Erdölförderung im Amazonasgebiet keine neuen Gasfackeln mehr genehmigt werden.

Der Provinzgerichtshof von Sucumbíos hat somit dem Antrag von neun Mädchen stattgegeben, die vom Staat verlangten, die Errichtung der sogenannten „Mecheros“ künftig zu verbieten. „Wir betrachten das als großen Erfolg. Jetzt geht es darum zu erreichen, dass das Urteil auch umgesetzt wird“, kommentierte Rechtsanwalt Pablo Fajardo, Vertreter der Union der Texaco-Geschädigten (UDAPT), die Entscheidung des Gerichts. „Keine Ölfirma kann nun ohne die Genehmigung des ecuadorianischen Staates im Amazonasgebiet eine solche Gasfackel aufstellen“, erklärte Fajardo. Laut der Entscheidung der Richter in Sucumbíos habe „der Staat die Rechte der Mädchen verletzt. Somit wurden umfassende Wiedergutmachungsmaßnahmen angeordnet“.

53 Jahre lang verbrannten im Zuge der Erdölförderung erst Texaco, dann der Konzern Petroamazonas sowie ausländische private und öffentliche Unternehmen Milliarden Kubikmeter Gas. Bei der Gasverbrennung werden hochgradig krebserregende Partikel wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAKs) und Benzol freigesetzt.

Laut einer Untersuchung des Verbands UDAPT waren im Januar 2020 im ecuadorianischen Amazonasgebiet 447 Gasfackeln in Betrieb, die die Luft, das Wasser und den Boden verschmutzen und schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen zur Folge haben wie z.B. eine erhöhte Krebsrate in Orellana und Sucumbíos.

Der Verband der Texaco-Geschädigten, der in der Initiative „Weg mit den Gasfackeln, die das Leben verbrennen“ engagiert ist, betonte, die Klage sei nicht nur angestrengt worden, um gegen eine illegale und gefährliche gewerbliche Praxis zu protestieren, son-

dern um „die Entfernung aller Gasfackeln aus dem Amazonasgebiet zu fordern.[...]

Tausende von Todesfällen und ein wirtschaftlicher Schaden in Milliardenhöhe gehen auf ihr Konto. Es gilt, die rechtliche Verantwortung derjenigen zu ermitteln, die fahrlässig zugelassen haben, dass dieses Vorgehen sich zum modus operandi entwickeln konnte.

Außerdem wäre eine Untersuchung durch den Obersten Rechnungshof fällig, um herauszufinden, wer in all diesen Jahren von der Rohstoffgewinnung profitiert hat.“

Entwaldung am Amazonas für den Green Deal in Europa

Mit der zunehmenden Ausrichtung auf erneuerbare Energien steigt auch die Zahl der Windparks und mit ihr die Nachfrage nach Balsaholz. Eine Spur der Zerstörung ist das Ergebnis. [npla, 14.12.2021](#)

Auswirkungen des Kohleabbaus in Kolumbien

Auszüge aus „[Factsheet Kohle](#)“ von Attac DE und einem Artikel von [npla](#)

Die Profiteure des Kohleabbaus sind hauptsächlich einige wenige internationale Konzerne. El Cerrejón, das Bergwerk in La Guajira, gehört zu gleichen Teilen den Konzernen Anglo American, BHP Billiton und Xstrata. In Cesar fördern die Unternehmen Drummond, ein familiengeführtes US-Unternehmen, und Prodeco, ein kolumbianisches Unternehmen, das eine 100 prozentige Tochter der Schweizer Firma Glencore ist.

Umsiedlung/Vertreibung: Der offene Tagebau, wie er in Cesar und La Guajira durchgeführt wird, erfordert immer wieder neue Landflächen. Ist das Kohleaufkommen in einer Grube erschöpft, werden neue Gruben geöffnet. Die Menschen, die in der Nähe der Mine wohnen, müssen in diesen Fällen ihren Wohnsitz verlassen und anderswo hinziehen. Oft erhalten die Betroffenen keine oder nur unzureichende Entschädigung.

In vielen Fällen sind die neuen Wohnbedingungen schlechter als vorher, ohne ausreichende Wasserquellen oder Anbaufläche für die Landwirtschaft. Außerdem kommt es wiederholt zu Vertreibung, Einschüchterungen und Mord, sollte sich die Bevölkerung gegen die Umsiedlung wehren.

Umwelt: Vor allem in der Dürrregion La Guajira hat der Kohleabbau dramatische Auswirkungen auf die Wassernutzung der Bevölkerung. Es werden nicht nur große Mengen des ohnehin knappen Wassers verbraucht. Hinzu kommt, dass die entnommenen Wassermengen unzureichend gefiltert werden und Rückstände von Kohle und Schwermetallen das verbliebene Wasser unbrauchbar machen.

In der Provinz La Guajira im Nordosten Kolumbiens sind in den letzten Jahren über 5.000 Kinder gestorben; nicht nur an den Folgen der hohen Feinstaubbelastung, sondern auch an Wasser- und Nahrungsmangel. Das Wasser des Flusses Ranchería sowie das Grundwasser der Region wurden vom [Bergbau](#) geradezu verschluckt. El Cerrejón verbraucht am Tag schätzungsweise 45 Millionen Liter Wasser, während der Bevölkerung in La Guajira heute im Schnitt weniger als ein Liter Trinkwasser pro Person zur Verfügung steht. Die indigene Aktivistin Sindy Bouriyuu berichtet: „*Wir sind abhängig vom Wasser, damit wir anbauen können, was wir zum Leben brauchen. Frü-*

her reichte das. Aber jetzt haben wir kein Wasser mehr.“

Gewalt: Vor allem in der Region Cesar hat der Kohleabbau den bewaffneten Konflikt weiter angeheizt. Hier hat das Unternehmen Drummond jahrelang die paramilitärische Einheit Juan Andrés Alvarez (JAA) finanziert, die im Gegenzug die Infrastruktur des Unternehmens schützte. Unter anderem war die JAA an der Ermordung mehrerer führender Gewerkschafter beteiligt.

Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung: Fast die Hälfte der Bevölkerung in La Guajira ist indigen oder afrokolumbianisch. Laut Völkerrecht (UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker und ILO-Konvention 169) kommt den indigenen Gruppen bei Großprojekten auf ihrem Land das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu (free, prior and informed consent; consulta previa).

Nach der kolumbianischen Verfassung verfügen auch die afrokolumbianischen Gemeinschaften über Sonderrechte hinsichtlich ihres Territoriums. In einigen Fällen wird ihnen das Recht jedoch von vornherein verwehrt, da die afrikanische Herkunft der Gemeinschaft nicht anerkannt wird. Entgegen ihren Rechten sind die indigenen und afrokolumbianischen Gruppen im Zusammenhang mit dem Kohleabbau immer wieder erzwungenen Umsiedlungen und gewaltsamen Vertreibungen ausgesetzt.

Während einige europäische Energiekonzerne Konsequenzen aus den Menschenrechtsverletzungen gezogen haben und die Geschäftsbeziehungen zu Drummond und Prodeco abgebrochen haben, halten die meisten deutschen Unternehmen an Kohle aus der Region Cesar in Kolumbien fest. Besonders in der Kritik steht die EnBW, der größte Energieversorger in mehrheitlich öffentlicher Hand. (EnBW sieht es anders, [Bericht](#) von Juli 2019)

Kurzer Erfolg: Consultas Populares

Wie kann es gelingen, dass keine weiteren Konzessionen mehr vergeben und bestehende Kohlereserven nicht mehr gefördert, sondern in der Erde belassen werden? Wirtschafts- und Strukturpolitikforscher Felipe Corral berichtet von Volksent-

scheiden, den sogenannten Consultas Populares, die rechtsverbindlich über die Landvergabe entscheiden konnten. Doch das war nur kurzzeitig erfolgreich. Da wo sie durchgeführt wurden, wurde Bergbau gestoppt. Daraufhin waren Consultas Populares nur mit eigener Finanzierung möglich, ohne öffentliche Mittel. Auf Grund verschiedener Klagen aus der Wirtschaft wurde die rechtliche Bindung der Consultas Populares schließlich aufgehoben.

Im Oktober 2018 entschied das kolumbianische Verfassungsgericht dann endgültig, dass Consultas Populares nicht über Landvergabe entscheiden können. Politisches Instrument bleiben sie trotzdem, sagt Felipe Coral und sieht vor allem eine Chance, wenn sich die Bevölkerung selber organisiert.

Aus dem Jahresbericht der Kohleimporteure:

Kolumbien ist der **fünftgrößte Kohleexporteur der Welt**, und Steinkohle ist dort nach Erdöl der zweitgrößte Devisenbringer.

In Europa reduzierten sich 2020 die Einfuhren aus Kolumbien um 37,3 % auf 23,9 Mio. t. Damit blieb Europa auch im vergangenen Jahr die bedeutendste Destination (23,9 Mio. t bzw. 45,8 %). Dabei entfielen allein 14,8 Mio. t auf die **Türkei**.

In Deutschland haben sich die Einfuhren aus Kolumbien in Höhe von 1,9 Mio. t (2019: 1,8 Mio. t) gegenüber 2018 mehr als halbiert.

Diego Mesa Puyo, Minister für Bergwerke und Energie, setzt darauf, dass Kohleexporte nach **Asien** auf absehbare Zeit eine wichtigere Rolle für Kolumbien spielen werden.

SOS Columbia: Kohleimporte und die deutsche Umweltverantwortung gegenüber Kolumbien

„*Der Friedensaufbau in Kolumbien gelingt nur, wenn bei allen Maßnahmen und Projekten die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung einbezogen werden und ihre Territorien und Lebensgrundlagen nicht zerstört werden,*“ kommentiert Margaret Buslay von pax christi und erinnert an die gewaltigen Schäden durch den Abbau von Kohle und Gold. [PM, Nov. 2021](#)

Global Witness

Meiste Morde an Umweltschützer*innen in Kolumbien

(Lima, 13. September 2021, [servindi](#)).- Die Ermordung von Umweltschützer*innen hat einen neuen Höchststand erreicht. In ihrem aktuellen Bericht zählt die Nichtregierungsorganisation Global Witness im Jahr 2020 [weltweit 227 Opfer](#), die meisten davon in Kolumbien und Mexiko.

Fast drei Viertel aller Taten geschahen in Lateinamerika. Allein in Kolumbien waren es 65, was nahezu einem Drittel aller Morde entspricht und das Land bereits das zweite Jahr in Folge zum gefährlichsten Ort für Umweltaktivist*innen weltweit macht. Weitere Länder mit einer hohen Zahl registrierter Fälle sind Mexiko (30), die Philippinen (29), Brasilien (20) und Honduras (17). [...]

„Die Umweltschützer*innen sind unsere letzte Verteidigungslinie gegen den Klimakollaps. Dass Menschen auch nach Jahren der Gewalt weiterhin für ihre Heimat, für unseren Planeten kämpfen, ist ein Grund zur Freude. Denn in jedem widerständigen Akt gegen den Diebstahl und den Verkauf von Land durch große Unternehmen, gegen Verschmutzung und Umweltkatastrophen steckt auch die Hoffnung, dass wir die Krise aufhalten und lernen können, im Einklang mit der Natur zu leben. Bis dies der Fall ist, wird allerdings auch die Gewalt weitergehen“, heißt es im Bericht von Global Witness.

Bedrohung für Waldschützer*innen

Mehr als ein Drittel der Angriffe auf Aktivist*innen stehen in Zusammenhang mit der Ausbeutung von Ressourcen wie der Holzgewinnung, dem [Bergbau](#) und der Ausweitung der Agrarindustrie sowie der Errichtung von Staudämmen und anderer Infrastruktur.

[...] Wenn Aktivist*innen zu Opfern wurden, weil sie für den Erhalt bestimmter Ökosysteme gekämpft haben, ging es in 71 Prozent der Fälle um den Schutz von Wäldern vor [Abholzung](#) und industrieller Entwicklung.

Indigene und Frauen besonders stark betroffen

Mehr als ein Drittel der registrierten Fälle waren Angriffe auf Indigene. Eine unverhältnismäßig hohe Zahl, denn diese machen nur fünf Prozent der Weltbevölkerung aus. Ein Beispiel aus Mexiko, wo die Fallzahl im vergangenen Jahr um 67 Prozent gestiegen ist: Die indigene Ge-

meinschaft der Kumeyaay protestierte in Südkalifornien gegen die Abzweigung der regionalen Wasservorräte durch ein Brauereiunternehmen. Der Anführer des Protests, Oscar Eyraud, wurde im September 2020 erschossen. Bei fünf von sieben im Bericht als Massenmord klassifizierten Delikten waren indigene Gruppen betroffen.

Wie auch in den vorhergehenden Jahren waren fast neun von zehn Todesopfern Männer. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Umweltaktivistinnen weniger gefährlich leben. Sie erfahren genderspezifische und somit auch sexuelle Gewalt. Ohnehin ist der Alltag dieser Frauen von zwei Konflikten geprägt: dem öffentlich sichtbaren Kampf für den Umweltschutz, den sie aber oft nur führen können, nachdem sie sich das Recht dazu innerhalb ihrer Gemeinschaften – und unbemerkt von der Öffentlichkeit – erstritten haben.

Die Verantwortung der Unternehmen

[...] Der Bericht für das Jahr 2020 trägt die Überschrift „**Die Klimakrise verursachende Industrien und Angriffe auf Umweltschützer*innen**“. Die Sektoren, mit denen die meisten Mordfälle in Verbindung stehen, sind die Holzindustrie (23 Fälle), der Bau von Staudämmen (20), die Agrarindustrie (17) und der Bergbau (17). „*Das Verlangen nach größtmöglichem Profit, [...] nach möglichst geringen Kosten führt anscheinend zu der Ansicht, dass alle, die sich dem in den Weg stellen, verschwinden müssen*“, schreibt der US-amerikanische Umweltschützer Bill McKibben im Vorwort.

Die mächtigen Unternehmen treiben somit nicht nur die Klimakrise, sondern auch die Tötung von Aktivist*innen voran. In vielen Ländern, in denen reiche natürliche Ressourcen und gleichzeitig eine für das Klima wichtige [Biodiversität](#) vorkommen, operieren Unternehmen oftmals straffrei. Wenn die Machtverhältnisse zugunsten der Konzerne ausgerichtet sind, wird kaum jemand für einen Mord an Aktivist*innen zur Rechenschaft gezogen. Und falls es doch dazu kommt, sind die Angeklagten diejenigen, die den Abzug gedrückt oder die Waffen bereit gestellt haben, nicht jedoch diejenigen, die im Hintergrund direkt oder indirekt in die Verbrechen verwickelt sind.

Die Regierungen sollten die Gewalt aufhalten

Global Witness kommt zu dem Schluss, dass die Regierungen der im Bericht genannten Länder versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen und einer ihrer Kernaufgaben, der Wahrung von Menschenrechten, nicht nachkommen. Zum Teil seien es sogar die Regierungen selbst, von denen die Gewalt ausgeht. In anderen Fällen wird zumindest eine Komplizenschaft von Regierungen und Unternehmen vermutet. Die Situation hat sich im vergangenen Jahr noch verschlimmert, als viele Staaten die Corona-Pandemie genutzt haben, um harte Maßnahmen zur Kontrolle ihrer Bürger*innen durchzusetzen und der Zivilgesellschaft weniger Raum zu geben.

Empfehlungen

Global Witness spricht sich dafür aus, dass die Vereinten Nationen das „*Recht auf eine gesunde Umwelt formal anerkennen*.“ Dies würde eine eklatante Lücke in der Gestaltung internationaler Menschenrechte füllen. Dabei sollte die Organisation sicherstellen, dass auch bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens Menschenrechte eingehalten werden. Weiterhin sollten alle Empfehlungen der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Situation von [Menschenrechtsverteidiger*innen](#) und der Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt werden. Auf nationaler Ebene fordert Global Witness alle Staaten auf, Aktivist*innen zu schützen, indem sie solide Umweltschutzgesetze erlassen und Gesetze, die Aktivismus kriminalisieren, für nichtig erklären. Für Unternehmen sollten sie eine Sorgfaltspflicht einführen, die in den globalen Geschäftsbeziehungen die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz garantiert. Zusätzlich sei die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der Gewalttaten notwendig.

Quelle: [npla.de](#)

Über die Situation in Kolumbien:

- <https://www.npla.de/country/kolumbien/>
- <https://amerika21.de/geo/kolumbien>
- <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-verwaister-friedensprozess-in-kolumbien/>
- <https://www.ila-web.de/ausgaben/446/es-bedarf-dringend-eines-dialogs>

Powershift Handelsabkommen EU - Kolumbien, Peru & Ecuador (2013)

Reiseführer von Bettina Müller und Jeremy Oestreich

Armutverstärker oder Weg aus der Armut? Seit 2013 besteht zwischen der EU und Peru, Kolumbien ein Handelsabkommen. Ecuador ist dem Abkommen 2017 beigetreten. PowerShift hat in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den drei Andenländern einen neuen Reiseführer erstellt, der einen Überblick geben soll über die Auswirkungen des Abkommens, die mittlerweile deutlich wahrnehmbar sind. Handelsabkommen werden von der Europäischen Kommission oft mit großen Versprechen angepriesen, während die Zivilgesellschaft zumeist schwere Bedenken äußert. Deshalb geht es in unserem neuen Reiseführer der Handelsabkommen-Serie auch um die Frage, welche Voraussetzungen sich bewahrt haben: Konnten Wohlstand und Diversität der Wirtschaft gesteigert werden oder hat das Abkommen zu mehr Ungleichheit und Umweltproblemen geführt?

Attac Deutschland – Factsheet Handelsabkommen mit Kolumbien

Seit 2013 ist das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru in vorläufiger Anwendung. Im Vorfeld hatte es intensive Aufklärung und Kritik seitens der kolumbianischen und europäischen Zivilgesellschaft gegeben, die etwa auf tausende ermordete Gewerkschafter*innen oder auf die negativen Konsequenzen eines solchen Abkommens für das Menschenrecht auf Nahrung in Kolumbien hinwies. Selbst die EU-Kommission stellte in einer Folgeabschätzung fest, dass das Abkommen die sozialen und ökologischen Folgeschäden im Bergbau intensivieren und Probleme für die kleinbäuerliche Landwirtschaft verschärfen dürfte. ([oeiew](#))

Dennoch wurde das Abkommen am 11.12.2012 vom Europaparlament ratifiziert, am 23.3.2013 vom Bundestag und am 3.5.2013 vom Bundesrat angenommen.

Es handelt sich um ein "gemischtes Abkommen", das trotz fehlender Rati-

fizierung für Kolumbien in einigen europäischen Staaten seit 1.8.2013 vorläufig in Kraft ist. Damit können Agrarprodukte oder auch Rohstoffe wie Steinkohle zu wesentlich günstigeren Konditionen auf den europäischen Markt gelangen.

Das Abkommen enthält zwar Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsabschnitte, bei Verstößen sind jedoch keine Sanktionen vorgesehen. Somit sind diese Kapitel zahnlos. Daran änderte auch die [Resolution des Europaparlaments](#) vom 13. Juni 2012 nichts, welche diesen Punkt zwar kritisiert, das Abkommen jedoch mehrheitlich absegnet. In der Resolution wird lediglich "bedauert", dass das Abkommen keinen Mechanismus enthält, wirksam gegen Menschenrechtsverletzungen etc. vorzugehen. Doch statt das Abkommen abzulehnen, verweist die Resolution auf positive Bemühungen bei allen Beteiligten und lädt die Zivilgesellschaft ein, die Handelsbeziehungen zwischen EU und Kolumbien weiterhin zu kontrollieren und kritisch zu begleiten.

(aus Factsheet von Attac, 2018)



Bild: [pax Christi](#)

Bild: [nodal](#)



Naira Hofmeister/ Repórter Brasil - DGB Bildungswerk Mit Tierfett gegen den Klimawandel?

DGB-Bildungswerk, 30.11.21 (Auszüge)

Bei seinem Auftritt auf der COP26 in Glasgow lobte Brasiliens Bergbau- und Energieminister, Bento Albuquerque, die Bemühungen seines Landes, Benzin und Diesel durch Biokraftstoffe zu ersetzen. Das entsprechende Programm namens RenovaBio helfe, die Treibhausgasemissionen des größten lateinamerikanischen Landes zu senken, indem Unternehmen für die Herstellung von Biokraftstoffen CO2-Zertifikate erhalten und auf dem Emissionsmarkt verkaufen können. Auf den ersten Blick ist RenovaBio vielversprechend. In nur zwei Jahren ermöglichte das 2017 eingerichtete Förderprogramm der Regierung, 40 Millionen Tonnen Treibhausgase einzusparen. Doch ein zweiter Blick offenbart eine Schwachstelle, von der ausgerechnet jener Sektor profitiert, der am meisten Treibhausgase verursacht: die Landwirtschaft. Vor allem die großen, international agierenden Fleischkonzerne, wie JBS und Minerva, deren Aktivitäten eng mit Regenwaldrodungen verbunden

sind, fahren durch die Förderung zusätzliche Gewinne in Millionenhöhe ein. Der Clou besteht darin, dass RenovaBio den Fleischkonzernen ermöglicht, neben Fleisch und Wurst auch Biodiesel auf Basis von Tierfett, das die Fleischproduzenten über ihre Schlachthöfe gewinnen, zu produzieren und sich diesen Beitrag zur Einsparung fossiler Kraftstoffe im Emissionshandel vergolden zu lassen. Auf diese Weise konnte der Fleischmulti JBS mit der Produktion von Biodiesel im vergangenen Jahr 430.000 CO2-Zertifikate ausgeben, was einer Einsparung von 430.000 Tonnen Kohlenstoff entspräche. Bei dem damaligen Durchschnittspreis von 7,50 Euro pro CO2-Zertifikat steigerte der weltgrößte Produzent tierischer Proteine damit seinen Gewinn um weitere 3,3 Millionen Euro. Darin ist der Gewinn aus dem Verkauf des Biodiesels noch nicht mitgerechnet. Die Möglichkeit, dass das Schlachtvieh von Weideflächen stammt, für die zuvor Wald gerodet wurde, ist sehr groß. Denn Fakt ist, dass 90 Prozent der gerodeten

Flächen im Amazonasgebiet anschließend in Weideflächen umgewandelt werden.

Auch im Jahr 2020 führte die Entwaldung mit einem Anteil von 46 Prozent der freigesetzten Treibhausgase das Ranking der Klimasünder in Brasilien an. Darauf folgte die Tierzucht, bei der wiederum die Rinderzucht mit 62 Prozent den größten Anteil an Emissionen verantwortete.

Überschüssiger Talg und Fett gelten als industrielle Abfallprodukte in der Fleischproduktion. Diese Regelung lässt die Lieferkette der Viehzucht völlig unberücksichtigt, so als ob die Herkunft der Tiere der Schlachthof und nicht die Farm ist. Auf Behördenebene ist dieser Widerspruch bekannt. "Das wäre eine Verdrehung, die wir nicht gerne sehen würden. Es entspricht aber den derzeitigen Bestimmungen der RenovaBio", bestätigt Felipe Bottini, der im Auftrag der Bundesbehörde für Erdöl, Erdgas und Biokraftstoffe die Zertifizierungen für RenovaBio durchführt.

Malte Seiwert (amerika21)

Stichwahl um Präsidentschaft in Chile am 19. Dezember 2021

(20.12.2021: Die Wahl wurde von Boric mit über 55% der Stimmen gewonnen! [Amerika21](#); [npla](#))

Das Schreckgespenst vieler Linker ist wahr geworden: In der ersten Runde der **Präsidentschaftswahlen** führt ein offener Anhänger der Militärdiktatur von Augusto Pinochet (1973–1990). Mit 27,9 Prozent liegt **der ultrarechte José Antonio Kast** vorn. Er wird am 19. Dezember zur Stichwahl gegen den Zweitplatzierten, den **Linksreformisten Gabriel Boric** antreten, der auf 25,8 Prozent gekommen ist.

An dritter Stelle steht mit knapp 13 Prozent der politische Außenseiter Franco Parisi, ein Kandidat, der seine Kampagne per Zoom aus seiner Wahlheimat USA geführt hat. Die beiden Kandidat:innen der bisher dominierenden Mitte-Links-Koalition und der Rechten sind abgeschlagen mit jeweils um die zwölf Prozent auf dem vierten und fünften Platz.

Bei den **Parlamentswahlen** sieht die Lage ähnlich aus: Zwar konnten die ehemaligen großen Blöcke Teile ihrer Sitze beibehalten, jedoch sind die Mitstreiter:innen von Kast und Parisi die Sieger:innen der Stunde. [...]

Es ist ein Epochenwechsel, doch anders als es sich bei der Wahl zum Verfas-

sungskongress abzeichnete, führt die Unzufriedenheit der letzten Jahre nicht zwingend zu einem Linksrutsch.

[...] **Kast** ist ein Vertreter der reichen Oberschicht, sein Wahlerfolg beruht auf dem Versprechen, Ordnung zu schaffen. Er will mit purer Staatsgewalt die Drogenkriminalität, aber auch die regelmäßig aufkommenden Proteste eindämmen. Sein Wahlprogramm ist eine Mischung aus erzkonservativen Werten und neoliberaler Wirtschaftspolitik und stellt ein Revival der ehemaligen Militärdiktatur dar.

Boric vertritt eine progressive linke Mittelschicht. Er hat es jedoch nicht geschafft, das Vertrauen der ärmeren Bevölkerung zu gewinnen. Gerade außerhalb von Santiago schnitt der ehemalige Studierendenführer sehr schlecht ab. In mehreren Regionen kam nicht er, sondern Parisi auf Platz zwei bei der Wahl.

Ein Wahlsieg von Kast würde nicht nur soziale Aktivist:innen gefährden und die Rechte von Frauen massiv einschränken, sondern auch den verfassungsgebenden Prozess. Derzeit schreibt ein **linksdominierter Konvent eine neue Verfassung** nach einem Referendum von Oktober

2020. Kast war von Beginn an gegen diesen Prozess, der ein Ende der noch aus der Zeit der Diktatur stammenden Verfassung bedeuten würde.

[...] Alle Kandidat:innen der politischen Mitte und der Linken machten klar, Boric in der zweiten Runde zu unterstützen. Der Präsident der Sozialistischen Partei, welche die fünftplatzierte Christdemokratin Yasna Provoste unterstützte, sprach von einer sofortigen Unterstützung "ohne Verhandlungen". Der sechstplatzierte Marco Enríquez-Ominami fordert die Bildung eines Bündnisses, "um gemeinsam die extreme Rechte zu besiegen".

Bislang ist völlig offen, wer von beiden Kandidaten die Wahl gewinnen wird. Beide werben um die Stimmen der politischen Mitte. Eine weitere Unsicherheit ist die **Wahlbeteiligung**. Obwohl Chile derzeit tiefgreifende Änderungen durchlebt, ist die Hälfte der Wahlberechtigten den Wahlen ferngeblieben – und es ist nicht zu erwarten, dass sich dies in der kommenden Stichwahl ändern wird.

[Amerika21](#), 23.11.2021

Siehe auch: [Amerika21](#), 4.12.2021

Laury-Anne Cholez (Reporterre) Lokale Kämpfe in Frankreich: Wer tritt da als David gegen Goliath an?

Aufgabe des Flughafens Notre-Dame-des-Landes, von Center Parcs de Roybon in der Isère. von Europacity im Norden von Paris. Aber auch von einem riesigen Schweinestall in Ossun in den Pyrenäen; von einem Surfpark in der Nähe von Saint-Jean-de-Luz; von einem Zementsteinbruch in den Yvelines... Ob berühmt oder nicht, in Frankreich häufen sich die Siege gegen unnötige und aufgezwungene Projekte. *"Es gibt heute viel Optimismus im Vergleich zur gleichen Situation vor zehn Jahren. Die Tatsache, dass Institutionen oder Großkonzerne zurückweichen, ist ein sehr gutes Zeichen"*, sagt Sylvaine Bulle, Professorin für Soziologie an der ENSA Paris-Val de Seine und Autorin des Buches *Irréductibles: enquête sur des milieux de vie. Von Bure bis Notre-Dame-des-Landes' (= ,Unbezwingbar: Untersuchung von Lebensräumen. Von Bure bis Notre-Dame-des-Landes')* – *"Weder hier noch anderswo"*: Die Aktivisten lehnen diese Symbole einer räuberischen, herrschsüchtigen und kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Nähe, aber auch im ganzen Land ab. Daher der ständige Eindruck eines Teilsiegs. ([Reporterre](#), 4.1.2021)

Welche Initiativen wehren sich gegen umweltschädliche und aufgezwungene Projekte? Was sind ihre Aktionsformen und ihre Siege? Ein Soziologe hat die *„Karte der Kämpfe“* von Reporterre unter die Lupe genommen und skizziert ein Porträt derjenigen, die diese Kämpfe führen.

Seit nunmehr zwei Jahren [erfasst Reporterre](#) die Initiativen, die gegen umweltschädliche und aufgezwungene Projekte kämpfen. Von Amazon-Lagerhäusern über Hühnerfabriken bis hin zu Flughafenerweiterungen oder den Bau neuer Umgehungsstraßen: Unsere *„Karte der Kämpfe“* umfasst 370 Punkte, die als Grundlage für eine neuartige soziologische Untersuchung dienen. Der Soziologe Kevin Vacher wählte 68 lokale Mobilisierungen aus und führte 41 halbgeleitete Interviews. Das Ergebnis ist eine [Studie](#), die ein nuancenreiches Porträt dieser Männer und Frauen zeichnet, die gegen die übermäßige Urbanisierung, gegen die Straffreiheit der multinationalen Konzerne und den unstillbaren Drang einiger Lokalpolitiker nach der Betonierung von Land kämpfen. Eine Arbeit, die in Partnerschaft mit den Vereinigungen [ZEA](#), [Notre affaire à tous](#) und [Terres de luttés](#) durchgeführt wurde.

Die Studie bricht mit den Klischees, die den Aktivisten anhaften. Das des Zadisten-Hippie-Anarchisten am Rande der Gesellschaft oder des Bobo-Amisch-Ökologen, der *„den Planeten retten“* will. Dieses Bild wird allzu oft von den Mainstream-Medien und den Regierenden benutzt, um diese Bewegungen zu diskreditieren. Im Gegensatz dazu zeigt die Studie vielfältige Profile von Personen, die nicht immer ursprünglich Umweltschützer waren. Die Initiativen setzen sich vorwiegend aus Mittelschichtangehörigen, Kulturschaffenden oder Personen in Führungspositionen zusammen, jedoch fehlen auch die unteren Bevölkerungsschichten nicht bei diesen Mobilisierungen. Bemerkenswert ist auch die Teilnahme von Landwirten, die häufig von der Enteignung ihres Landes bedroht sind. Im Allgemeinen leben die Aktivisten in der Nähe des beanstandeten Projekts und sind empört über den *„Auswuchs der Maßlosigkeit“* der Umbaumaßnahmen, die bei einem Viertel der Kämpfe oft eine Fläche von 100 Hektar überschreiten. Sie sprechen von einer

„ausgehebelten, zeitraubenden, undurchsichtigen lokalen Demokratie, die sogar aus illegalen Operationen besteht, die noch dazu von den Institutionen durchgeführt werden, deren Aufgabe es wäre, sie am Leben zu erhalten“, schreibt Kevin Vacher. Die Begriffe *„Korruption“*, *„Lüge“* und *„Geheimnis“* tauchen in den Interviews mit den Aktivisten immer wieder auf. Die öffentlichen Abstimmungsprozesse werden durchweg als unzureichend oder sogar als *„Masquerade“* bezeichnet.

Ein gemeinsamer Feind, ohne gemeinsame Identität

Nach der Empörung schreiten die Initiativen zur Tat und beginnen oft mit klassischen Petitionen und Mobilisierungen, wobei sie es sich nicht nehmen lassen, gewählte Vertreter und lokale Behörden anzusprechen. Sie leiten auch rechtliche Schritte ein (in 77 % der untersuchten Fälle). Diese Vorgehensweise wird als *„entscheidend“* angesehen, auch wenn sie sehr zeitaufwendig und teuer ist. Indem sie sich in Folgenabschätzungen, Gesetzestexte und andere wissenschaftliche Berichte vertiefen, entwickeln die Aktivisten auch ein echtes Laienwissen zu ihrem Thema und können dann alternative Projekte vorschlagen.

Wenn schließlich das gesamte Aktionsrepertoire ergebnislos eingesetzt wurde, überschreiten einige eine Grenze und radikalieren sich *„manchmal an den Rändern oder übertreten friedlich das Gesetz“*, bemerkt Kevin Vacher. Diese anfangs sehr gesetzestreuen Aktivisten kommen dann auch zu Demontageaktionen – wie kürzlich die [Initiative Bassines non merci!](#) – oder zur Einrichtung von *„Zones à défendre“* (ZAD = *„zu verteidigende Zonen“*), um sich bei den Entscheidern Gehör zu verschaffen.

Kevin Vacher räumt jedoch mit dem Gespenst des gewalttätigen Zadisten auf: *„Die Bürger*innen benutzen das Label ‚ZAD‘, um sich einer bestimmten Vorstellung zu bemächtigen, aber diese Besetzungen dauern manchmal nur ein paar Tage und sind sehr oft friedlich. Sie sind wütende Reaktionen auf die legalistischen Lösungen, die nicht funktionieren. Und vor allem sind sie weit weniger zahlreich, als man denken könnte.“*

All diese Initiativen sprechen nicht von unnötigen und aufgezwungenen Großprojekten, ein Begriff, der 2013 auf dem Weltsozialforum in Tunis geprägt wurde. „Dieses Label wird nie verwendet. Dennoch handelt es sich um eine echte soziale Bewegung, die sich ihrer selbst bewusst wird und sich thematisch koordiniert. Die Initiativen haben ähnliche Diskurse und teilen eine gemeinsame Weltanschauung, aber sie haben noch keine gemeinsame Identität auf nationaler Ebene“, fährt Kevin Vacher fort. Der Soziologe spricht von einer spontanen, territorial verankerten, das Geerbte schützenden Ökologie, die die Landschaftsfrage, den Schutz der natürlichen Ressourcen oder auch den Fortbestand von Arbeitsplätzen thematisiert.

Die Zutaten für den Sieg

Letztendlich treten diese Initiativen gegen einen gemeinsamen Feind an: den Raubtierkapitalismus, der die nährenden Böden vernichtet, Wälder abholzt, Flüsse austrocknet und die Luft verschmutzt. Dieser Kapitalismus wird manchmal von multinationalen Konzernen wie Amazon verkörpert oder nimmt in gewählten Vertretern auf lokaler und regionaler Ebene Gestalt an, die oft schnell dabei sind, den Bau einer neuen Straße oder eines Flughafens in die Wege zu lei-

ten. Eine Vorstellung von Raumplanung, die als „rückwärtsgerichtet“ gilt, als Überbleibsel aus einem Jahrhundert, in dem man betonieren musste, um eine Spur seiner Amtszeit zu hinterlassen.

Wie kann man solche Dampfwalzen stoppen? Die Studie liefert kein Patentrezept, aber sie nennt einige Zutaten. Gründlichkeit, harte Arbeit und Heranziehen von Rechtsmitteln. Inklusivität und Respekt für alle Kampfaktiken. Radikalität in den Aktionsformen. Vor allem aber Einfallsreichtum, Humor und Freude, gespickt mit einer gehörigen Portion Geduld und Aufopferung. Und wenn der Sieg kommt – 37 Erfolge sind auf der Karte eingetragen –, muss er gebührend gefeiert werden, um [dem vorherrschenden Pessimismus entgegenzuwirken](#). „Wir beobachten also eine soziale Bewegung in den Regionen, die sich zunehmend weniger verkennt und die sich strukturiert, indem sie einen ökologischen, demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegendiskurs anbietet. Die Frage ist, ob sie einen Schritt weitergehen und sich auf nationaler Ebene organisieren kann. Das werden die Initiativen entscheiden“, befindet Kevin Vacher.

Quelle: [Reporterre](#) - Die Studie: [terredeluttes](#)

[basta.mag](#): [Weltkarte der Alternativen](#)

Willi Hajek, Marseille Selbstverwaltung und wie sie entstehen kann

Vor zwei Jahren mit Beginn der Pandemie hier in den populären Nordvierteln von Marseille breitet sich die Armut und der Hunger aus. Die Erwerbslosenrate liegt bei 40 Prozent und viele BewohnerInnen haben prekäre Jobs in den Dienstleistungsbereichen, die zu schnellen Kündigungen führen. Die Versorgungslage in den Haushalten verschärft sich. Die staatlich bereitgestellten finanziellen Mittel reichen nicht aus. Aus dieser Situation heraus entstehen Initiativen in den Stadtteilen von einer Reihe von Menschen, die sich treffen und sich Gedanken machen wie gemeinsam diese Versorgungslage verbessert werden kann, eigenständig und mit viel kollektiver Intelligenz. Aufgerufen werden Bewohner der Stadt, Einzelhändler, Bäcker und andere Lebensmittelversorger, sich an dem Zusammentragen von notwendigen Lebensmitteln zu beteiligen. Der Aufruf wird von der Gewerkschaft fuer eine bäuerliche Landwirtschaft, der Confederation paysanne, und von der Solidaires - Gewerkschaft aufgegriffen und an ihre Mitgliedschaft weitergeleitet. Gleichzeitig beteiligen sich viele GewerkschafterInnen an den Aktionen. Am vereinbarten ersten Sammelort treffen sich BewohnerInnen und viele Menschen, die sich vorher nicht kannten und nichts voneinander wussten wie zum

Beispiel die Bauern der Region und die Bewohnerschaft der Nordquartiere.

Alle waren überrascht von der spontanen Hilfsbereitschaft, aber auch vor allem von der gemeinsamen kollektiven Intelligenz, wie diese Versorgungsaufgaben der Bevölkerung gemeinsam geplant und durchgeführt wurden. In den Versammlungen und den Aktionen ist es gelungen, kollektive und solidarische Momente zu erleben.

In den Nordvierteln von Marseille gibt es aber auch eine MC-Donalds Filiale, die kurz vor Beginn der Pandemie wegen Nicht-Rentabilität gegenüber den Filialen im Zentrum und im Hafengebiet geschlossen werden sollte. Die Belegschaft hatte schon in den den Vorjahren mit Streikaktionen soziale Verbesserungen durchgesetzt, die den Schließungsbeschluss zusätzlich beschleunigten. Die Filiale wurde besetzt, einer der streikenden Akteure war aus dem Management, kam aber aus den Nordquartieren und wusste genau, wie wichtig diese Filiale war als soziales Zentrum trotz des Malbouffe, des schlechten Essens, das dort angeboten wurde.

Die Pandemie kam und mit ihr die Idee, nicht nur die Filiale zu besetzen, sondern auch die verschiedenen Versorgungslager in der Nordstadt zusammenzuführen in der besetzten Mc DO-Filiale. Von da

an versammelten sich jeden Tag in der Woche Hunderte von Menschen, um ihr Versorgungspaket abzuholen. Gleichzeitig ging aber die Auseinandersetzung um die Zukunft der Mc DO Filiale weiter. In den gemeinsamen Versammlungen entstand die Idee die Filiale in ein selbstverwaltetes soziales Restaurant zu verwandeln mit Bio-Burgern und mit gestaffelten Preisen. Die linke Mehrheit in der Stadtversammlung machte Mc Do den Vorschlag, die Mauern zu kaufen. Die Gemeindeverwaltung von Marseille hat das Grundstück mit dem Mcdo gekauft und als ersten Schritt mit den Besitzern einen Vertrag von einem Jahr vereinbart.

Es gibt viel zu tun, um all die Pläne und Ideen, die entstanden sind und immer wieder neu entstehen, praktisch umzusetzen. Dennoch ist es beeindruckend, die Dynamik des Selbstverwaltungsprozesses der beteiligten Akteure zu verfolgen. Egal, wie die nächsten Monate weitergehen werden, die bisherige 2-jährige Erfahrung gelebter demokratischer Selbstbestimmung kann nicht mehr verschwinden.

Weitere Berichte:

<https://goodnews-magazin.de/wie-aus-einem-ehemaligen-mcdonalds-ein-solidarisches-essensprojekt-wird/>
<http://cqfd-journal.org/A-Marseille-un-McDo-devient>

Attac France, Les Amis de la Terre Abbruch des Amazon-Projekts im Département Gard (Südfrankreich): neuer Rückschlag für den Riesen aus Seattle

Dienstag, 9. November 2021 – Das Verwaltungsgericht von Nîmes hat die Umweltgenehmigung für das 38.000 Quadratmeter große Sortierzentrum, das auf landwirtschaftlichen Flächen in der Nähe des Pont du Gard errichtet werden sollte, aufgehoben. Grund dafür war das Vorkommen einer geschützten Art – des Südlichen Raubwürgers – in dem Gebiet, deren Lebensraum nur unter der Voraussetzung des öffentlichen Interesses zerstört werden darf. Das Gericht war jedoch der Ansicht, dass in diesem Fall trotz der versprochenen Arbeitsplätze das öffentliche Interesse für das Projekt in dem Gebiet nicht nachgewiesen werden konnte.

Dies ist ein wichtiger Sieg für die lokalen Gegner. Nicht weniger als 38.000 Quadratmeter Landwirtschaftsfläche sollten zubetoniert werden, mit einem Verkehrsaufkommen von 1000 LKWs und 4000 Nutzfahrzeugen pro Tag. Eine Betonierung, die nunmehr für Gewerbegebiete verboten ist, während sie für E-Commerce-Lager weiterhin erlaubt ist. Das Projekt beunruhigte auch wegen seiner Auswirkungen auf lokale Geschäfte und Arbeitsplätze, da die Städte Arles und Nîmes bereits unter erheblichen Leerständen in ihren Innenstädten leiden.

Dies ist der dritte große Rückschlag in der Expansionsstrategie von Amazon in

Frankreich. Vor einem Jahr hatte Amazon sein Megaprojekt von 189.000 Quadratmetern auf landwirtschaftlichen Flächen in Ensisheim im Elsass aufgegeben und gerade auf ein ähnliches Projekt in Montbert (Westfrankreich) verzichtet.

Raphael Pradeau, Sprecher von Attac, sagt: „Das ist ein großer Sieg für die ‚Stop Amazon‘-Kampagne! Überall in Frankreich stoßen die Lagerhausprojekte von Amazon auf starken Widerstand von Anwohnern, Landwirten, Händlern, Globalisierungsgegnern, Umweltschützern ... und diese Kämpfe lassen den Riesen Amazon scheitern. Zwei Wochen nach der Aufgabe des Lagerhausprojekts in Montbert freuen wir uns über diese Gerichtsentscheidung, die das Projekt in Fournès begräbt, aber wir bleiben wachsam, denn wir wissen, dass der multinationale Konzern noch andere Pläne hat.“

Abgesehen von diesen Siegen wirft die Entscheidung des Gerichts Fragen zur Rechtmäßigkeit der forcierten Ansiedlung von Amazon in Frankreich auf. Alma Dufour, Kampagnenleiterin bei Friends of the Earth, erklärt: „Die Unterstützung der Regierung für die Expansion von Amazon in Frankreich ist so groß, dass die Genehmigungsverfahren immer lockerer werden. E-Commerce-Lagerhäuser sind vom Moratorium für die Bodenversiegelung im Rahmen des

Klimagesetzes ausgenommen. Sie sind auch von der Gewerbebegünstigung und damit von der Bewertung ihrer Auswirkungen auf lokale Geschäfte ausgenommen. Die Regierung denkt sogar darüber nach, die Fristen für die Entscheidung über Klagen gegen die Projekte zu verkürzen! Diese Entscheidung des Gerichts in Nîmes zeigt, dass man das Gesetz nicht mit Füßen treten kann, um Amazon eine Freude zu machen. Wir fordern, dass alle Projekte gestoppt werden, da weitgehend bewiesen ist, dass Amazon dem Klima und den Arbeitsplätzen schadet und auf jede erdenkliche Weise Steuern vermeidet.“ [1]

[1] Die Organisation Attac hat nachgewiesen, dass Amazon die Hälfte seines Umsatzes in Steuerparadiesen versteckt. Der Guardian enthüllte, dass Amazon 2020 keine Körperschaftssteuer in Luxemburg gezahlt hat, obwohl alle seine europäischen Geschäfte in diesem Land registriert sind. Aber das ist nicht das einzige Problem! Amazon unterstützt auch ein massives Mehrwertsteuerbetrugssystem auf seiner Plattform, das Frankreich 2019 eine Milliarde Euro gekostet hat. Schließlich beschwerten sich nun auch Kommunalpolitiker, dass Amazon lokale Steuern auf die gleiche Weise umgeht wie die Körperschaftssteuer!

Quelle: [Attac Frankreich](#)

Kampagne von Attac Frankreich



[Material](#) - Infos von [Mediapart](#)
Aktionstag „Quellensteuer für die Steuerflüchtigen

« [Prélevons à la source les évadés fiscaux](#) »

*Bild: „Ich zahle meine Steuern
Du zahlst deine Steuern
Wir zahlen unsere Steuern
Amazon zahlt NULL Steuern!*

Keine soziale Gerechtigkeit ohne Steuergerechtigkeit“



Bauern in Indien erringen die Rücknahme der „Reform“ der Landwirtschaft

Sie hatten ein Jahr lang protestiert. Die indischen Bauern haben endlich erreicht, dass die drei Gesetze zur Agrarreform aufgehoben wurden. Sie hatten seit November 2020 mit Massendemonstrationen und Zeltlagern vor den Toren Neu-Delhis gegen die Gesetze protestiert.

„Wir werden den verfassungsmäßigen Prozess zur Aufhebung dieser drei Gesetze während der Parlamentssitzung, die Ende des Monats beginnt, einleiten“, sagte Premierminister Narendra Modi am Freitag, den 19. November 2021.

Aus [Bonnes Nouvelles](#)

[SiG 141](#) – Brennglas Indien / [Labournet-Dossier](#)

Serbiens Regierung macht einen Rückzieher bei ihrem Lithiumminenprojekt

In Serbien zog die Regierung das Enteignungsgesetz zurück, das den Betrieb einer großen Lithiummine in Loznica ermöglichen sollte.

„Verpiss dich von der Drina“ – das wird seit zwei Wochenenden von Tausenden von Gegnern des Lithiumabbauprojekts des Unternehmens Rio Tinto im Jadartal in Westserbien skandiert. Blockierte Straßen und Brücken, Märsche in rund 40 Städten, eine stürmische Demonstration im Herzen Belgrads ... Der Wind der Revolte, der von einer Allianz aus Umweltorganisationen und der Zivilgesellschaft mit dem Namen Ökologischer Aufstand angeblasen wurde, hat teilweise Früchte getragen: Die Regierung kündigte am 8. Dezember die vorläufige Rücknahme des Enteignungsgesetzes an, das den Aufruhr ausgelöst hatte. Dieses war Ende November im Parlament verabschiedet worden und sollte die Zwangsenteignung von Personen für jedes Projekt, das als von nationalem Interesse eingestuft wurde, auch für private Projekte, innerhalb von fünf Tagen erlauben.[...]

„Zum ersten Mal diktiert Vucic nicht die politische Agenda“, stellt Igor Stiks, Schriftsteller und Politologe sowie Mitautor von The New Balkan Left, fest. „Während die Anprangerung der Autokratie, des Klientelismus und der Korruption seit Jahren keine Mobilisierung zustande brachte, aus Müdigkeit, Apathie, Desillusionierung angesichts der Wiederholung der Skandale, hat es das Lithium hingegen geschafft, die Opposition zu vereinen.“

Quelle: [Reporterre](#)



Die grünen Hügel und fruchtbaren Felder von Loznica werden in eine gigantische Mine verwandelt: Die Erfordernisse der Energiewende haben für einige Bewohner einen bitteren Beigeschmack. „Es ist das erste Mal, dass Rio Tinto Lithium ab-

bauen wird, und wir haben keine Garantien für ihre Produktionsmethoden“, befürchtet Nebojsa Petkovic.

In einem Brief an die Ministerin für Bergbau und Energie sprachen sich Professoren der Akademie der Wissenschaften und Künste in Belgrad gegen das Projekt aus und warnten vor „irreversiblen Schäden“ für das Land. Die Bedenken betrafen insbesondere die Lagerung der rund 57 Millionen Tonnen Abfall, die das Bergwerk in den 40 Jahren seines Bestehens voraussichtlich produzieren wird, in der Nähe des Jadar.

„Der Jadar, die Drina, die Save und die Donau – alle Flüsse in der Region sind in Gefahr. Die Leute von Rio Tinto geben zu, dass es zu Verschmutzungen kommen wird, sagen aber nur, dass diese begrenzt sein werden. Aber wo liegen die Grenzen für Rio Tinto? Wir haben gesehen, was sie in Papua-Neuguinea und Madagaskar getan haben: Sie haben alles zerstört und alles vergiftet! Wir dürfen uns nicht wie Marionetten manipulieren lassen, sie lügen mit ihren Analysen“.

Der australische Konzern Rio Tinto will hier rund zweieinhalb Milliarden US-Dollar in die Lithiumförderung investieren. Der Bergbaukonzern hat zu diesem Zweck bereits Teile einer Fläche von mehr als 300 Hektar gekauft. Einige Anwohner sollen enteignet werden – dazu dient das neue Enteignungsgesetz.

Umweltaktivisten und Bürgergruppen aus der Region befürchten, dass Rio Tinto nicht nur jene Fläche zerstört, sondern die ganze Umgebung. Denn bei der Lithiumförderung und -produktion fallen hohe Mengen an Arsen an, das auf Abraumhalden gelagert werden soll. Umweltschützer befürchten, dass dabei das Grundwasser, die Flüsse und der Boden vergiftet werden. Landwirtschaft und Tourismus wären dann in der Gegend kaum mehr möglich, viele Menschen müssten wegziehen oder umgesiedelt werden.

Seine Goldminen in Papua-Neuguinea trugen zum Ausbruch eines Bürgerkriegs bei, der mehr als 15.000 Todesopfer forderte. In Madagaskar wird Rio Tinto beschuldigt, die Wasserressourcen mit seinen Bergbauabfällen zu verseuchen. In Australien hat der Konzern eine 46.000 Jahre alte heilige Stätte der Aborigines in Staub verwandelt, um immer mehr Eisen abzubauen. Der französische CEO wurde zum Rücktritt gezwungen und erhielt einen goldenen Fallschirm.

In der Region Loznica taucht an den Straßenrändern immer wieder ein Transparent auf, dessen Slogan wie ein Schrei des Widerstands gegen die drohende Enteignung klingt: „Nein zur Mine, ja zum Leben“.

Zusammengestellt aus [Reporterre](#), 9.11.2021, und [dw](#), 6.12.2021

[Arte-Reportage](#) vom 11.12.2021: Proteste gegen die Mine von Rio Tinto



DIE 1,5°-GRENZE VERLÄUFT VOR LÜTZERATH

#GARZWEILERSTOPP

Grafik: DIW Berlin: Politikberatung kompakt 169

Raus aus der Kohle! Alle Dörfer bleiben!

Der kleine Ort Lützerath ist der aktuelle Brennpunkt bzw. Kristallisationspunkt der Klimagerechtigkeits-Bewegung. Hier müssen die Braunkohle-Bagger gestoppt werden.

Video „LütziNews EXTRA vom 30.11.21“

<https://www.youtube.com/watch?v=cenbt5gWthg>

Obwohl Kohleverstromung einer der größten Klimakiller ist, holt der **Energiekonzern RWE** weiterhin gegen alle Widerstände Kohle aus dem Boden. Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur fressen sich die Bagger des **Braunkohleabbaus** weiter voran, und Häuser, Kirchen, Wälder und fruchtbares Ackerland, die ihnen im Weg stehen, werden einfach weggebaggert. Dabei ist klar: die Energieerzeugung ist auch erneuerbar möglich und **ein sofortiger Kohleausstieg unbedingt notwendig, um die 1,5°-Grenze noch einzuhalten.**

Platz Nehmen für Lützerath!

Infos über den Widerstand: <http://luetzerathlebt.info/>

<https://www.alle-doerfer-bleiben.de> #ZADRheinland

Mobi-Video - Kommt nach Lützerath – Jetzt!

Eckardt Heukamp, der letzte Landwirt von Lützerath, kämpft gegen den Braunkohle-Tagebau Garzweiler II und seine Enteignung durch RWE und die Landesregierung. Spätestens bis zum 7.1.2022 will das Oberverwaltungsgericht Münster entscheiden, ob er im Schnell-verfahren nach dem Bergrecht von seinem Hof vertrieben werden darf.

Großdemonstration am Tag nach der Urteilsfrist: 8.1.22 um 12 Uhr in Lützerath!

<https://www.alle-doerfer-bleiben.de/aktionen/>

Weitere Infos: <https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>

Powershift

Der Energiecharta-Vertrag hat den deutschen Kohleausstieg erschwert und verteuert

In einer internen E-Mail, die den Organisationen [über eine Informationsfreiheitsanfrage vorliegt](#), hat das Bundeswirtschaftsministerium bereits am 31. Oktober 2019 vor dem Bundeskanzleramt eingeräumt, dass es bei einem ordnungsrechtlichen Kohleausstieg Klagen unter dem Energiecharta-Vertrag erwartet. Vor den „zeit- und kostenintensiven“ Schiedsverfahren warnte das BMWi in dem Schreiben ausdrücklich.

Auch deshalb verhandelte die Bundesregierung einen Vertrag mit den Braunkohleunternehmen, der diesen äußerst hohe Entschädigungen und besonders vorteilhafte Bedingungen beim Kohleausstieg einräumt. So wurden die Risiken und Unwägbarkeiten des Braunkohleausstiegs einseitig zu Lasten der Öffentlichkeit geregelt. Gleichzeitig erhalten die Braunkohlebetreiber RWE und LEAG Entschädigungen in Höhe von 4,35 Milliarden Euro, was [unabhängige Expert*innen als unangemessen hoch einschätzen](#). Aufgrund von Zweifeln an der Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht hat die EU-Kommission ein [Prüfverfahren eingeleitet](#). Inzwischen hat die Bundesregierung eingestanden, dass der Verzicht der Braunkohlebetreiber auf Klagen unter dem Energiecharta-Vertrag die Entschädigungen in die Höhe getrieben hat.

<https://power-shift.de/ect-erhoeht-kosten-kohleausstieg/>

RWE_Tribunal

<https://www.rwe-tribunal.org/>

Die zivilgesellschaftliche Initiative »RWE-Tribunal« in der Tradition der »Russell-Tribunale« hatte im Juni in Lützerath das erste von vier Tribunalen veranstaltet. Zahlreiche Zeug*innen, Betroffene aus dem Revier, auch Sachverständige schilderten die traumatisierende Wirkung von Zwangsumsiedlungen, die gesundheitsschädlichen Folgen der Braunkohle-Verstromung und die Polizeigewalt gegenüber den Menschen, die sich dagegen zu Wehr setzen.

18. - 20. Juni 2021: Erster Teil des RWE-Tribunals in Lützerath - [Weitere Infos](#)

18.- 19. September 2021 : Zweiter Teil des [RWE-Tribunals in Essen](#), Livestream [18.09.21](#); [19.09.21](#)

Zeug*innen und Sachverständige wurden zu **zwei Themenkomplexen** angehört:

- RWE und die „verdeckte“ **Korruption am Beispiel von Essen** (s. den Bericht der Kritischen Aktionären: [RWE und die verdeckte Korruption am Beispiel der Stadt Essen](#))
- **Extremwetter und Mitverursacher RWE, der größte CO2-Emittent Europas**

WDR Lokalzeit Ruhr, 17.09.2021, mit [Bericht über RWE-Tribunal](#)

Nick Reimer, Toralf Staud Wie Wasser in Deutschland zum umkämpften Gut wird

Auszüge aus: »Blätter« 7/2021, S. 69-76 - Der Beitrag basiert auf „Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Land verändern wird“, dem neuen Buch der beiden Autoren, das im Mai 2021 erschienen ist.

[...] Klimawandel bedeutet nicht nur höhere Temperaturen, sondern auch andere Regenverhältnisse – mit verheerenden Folgen für Wälder, Landwirtschaft, Städte oder die Wasserversorgung.

Mehr Niederschläge

Seit 1881 ist es in Deutschland bereits rund 1,6 Grad Celsius wärmer geworden, bis 2050 wird ein Anstieg um mehr als zwei Grad erwartet. Wärmere Luft kann aber auch mehr Wasser aufnehmen – was in der Wissenschaft mit der Gleichung von Clausius-Clapeyron beschrieben wird: Pro Grad zusätzlich speichert Luft demzufolge sieben Prozent mehr Wasserdampf. Das bedeutet: Regenwolken könnten Mitte des Jahrhunderts schon rund 15 Prozent mehr Wasser transportieren als früher. „Mehr Wasser bedeutet auch mehr Energie“, erklärt Andreas Becker vom Deutschen Wetterdienst (DWD). Fällt ein Millimeter Regen auf einen Quadratmeter Boden, bedeutet das – wenn nichts versickert oder verdunstet – einen Liter Wasser, der anschließend irgendwo hin muss.

Klimamodelle ergeben, dass Deutschland insgesamt feuchter wird. In den kommenden Jahrzehnten wird demnach die Jahressumme der Niederschläge um rund fünf Prozent zunehmen.[1]

Mehr Starkregen

Die Klimamodelle erwarten zudem viel mehr Starkregen – auf den Regenradars zeichnet sich der Trend bereits ab 25 Millimetern Regen pro Stunde, das entspricht pro Quadratmeter 25 Litern, also zweieinhalb Wassereimern – sie gilt den Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes daher als Starkregenereignis.

Doch in den einzelnen Jahreszeiten klappt die Entwicklung auseinander: Die Winter werden nasser, die Sommer trockener. Und wenn es im Sommer künftig mal Niederschlag gibt, dann wird das immer öfter ein heftiger Wolkenbruch. Dazwischen jedoch – das ist die Kehrseite der Entwicklung – wird es häufigere und längere Trockenphasen geben.

„Normaler Landregen, so, wie wir ihn heute noch kennen, das wird in Zukunft die Ausnahme sein“, sagt DWD-Experte Becker. Offenbar läuft diese Entwicklung längst. Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung hat nachgewiesen, dass **extreme Niederschläge** weltweit in den vergangenen Jahrzehnten bereits häufiger geworden sind.[2]



Für Deutschland ist die Datenlage auf den ersten Blick weniger klar, aber auf den zweiten Blick doch deutlich. Seit Beginn der Aufzeichnungen 1881 hat die Summe der Jahresniederschläge um neun Prozent zugenommen. Und während der Wetterdienst Anfang der 2000er Jahre in Deutschland 500 bis 700 Starkregen jährlich registrierte, stieg die Zahl zuletzt auf mehr als 1000 pro Jahr – besonders viele davon in den Sommermonaten.

Dabei kann es jeden Ort treffen, und das meist unverhofft. So fiel im Juni 2017 an einem Dreivierteltag so viel Wasser vom Himmel wie sonst im ganzen Quartal.

Im Jahr darauf – 2018 ist eigentlich als Trockenjahr in Erinnerung – sorgte ein Platzregen in der Hauptstadt für ein derartiges Chaos, dass die Berliner Feuerwehr den Ausnahmezustand ausrufen musste.

2019 wiederholte sich das, innerhalb einer Stunde prasselten im Stadtteil Wedding 61 Millimeter Regen nieder. Starkregen können beschauliche Bäche in reißende Ströme verwandeln – und ganze Ortschaften verwüsten. Im sächsischen Zinnwald auf dem Kamm des Ost-Erzgebirges gingen am 12. und 13. August 2002 binnen 24 Stunden 312 Millimeter Regen nieder, also fast ein Drittelmeter – bislang der höchste je in Deutschland gemessene Wert.

Im Laufe eines Tages fiel damit auf rund drei Quadratmetern ein Kubikmeter Wasser – der eine Tonne wiegt. Zinnwald liegt auf 800 Höhenmetern, von hier musste das ganze Wasser ins Tal abfließen. Mit einer Wucht, die kaum vorstellbar ist: Wenn 50 Kubikmeter Wasser ungebremst zehn Meter einen Abhang hinunterstürzen, haben sie – energetisch umgerechnet – dieselbe Wirkung wie ein 20 Tonnen schwerer Lastwagen, der mit 80 Stundenkilometern in ein Haus kracht.[3]

„Jahrhunderthochwasser“

Es gibt aber auch Wetterlagen, bei denen ganze Bundesländer dunkelrot bis violett eingefärbt werden: also großflächige langanhaltende Regenfälle. 2002 war das an der Elbe der Fall: Eine sogenannte Fünf-b-Wetterlage über dem Erzgebirge sorgte für den Regenrekord an der Messstation in Zinnwald. Flüsschen mit sanften Namen wie Müglitz, Weißeritz, Bobritzsch, Gottleuba oder Mulde verwandelten sich in gurgelnde Ströme, die Brücken, Hausgiebel und Ortszentren mit sich rissen. Und weil all diese Bäche in die Elbe mündeten, stieg der Fluss am Pegel Dresden auf 9,40 Meter. „HQ 100“: Nie zuvor seit 1776, dem Aufzeichnungsbeginn des Pegelstandes der Elbe, stieg das Wasser hier so hoch. Von „einem Jahrhunderthochwasser“ war damals die Rede. Aber schon vier Jahre später wurde Elbflorenz wieder überschwemmt, flussab der Pegelstand des Jahrhundertereignisses sogar übertroffen, in Hitzacker im nördlichen Lüchow-

Dannenberg zum Beispiel oder in Lauenburg, der südlichsten Stadt Schleswig-Holsteins. Und als 2013 der Pegel in Dresden neuerlich auf 8,76 Meter answoll, in Meißen und Schöna sogar auf über zehn Meter, nahmen die Sachsen das dritte „Jahrhunderthochwasser“ in nur elf Jahren fast schon routiniert.

Mehr Regen und trotzdem mehr Dürre

Meteorologen haben für solche Phänomene inzwischen einen festen Namen etabliert. Sie nennen die Großwetterlage „Tief Mitteleuropa“ – ein in der Regel sehr stationäres Tiefdruckgebiet, also eines, das sich kaum bewegt. „Die Wetterlage ist häufig mit sehr starken Niederschlägen verbunden“, erklärt Thomas Deuschländer, Hydrometeorologe beim DWD: ein ortsfestes Tief, „das feucht-warme Luftmassen aus dem Mittelmeerbereich nach Mitteleuropa führt“. Hier treffen diese Luftmassen dann auf kältere Strömungen aus dem Norden. „Und das führt dann eben dazu, dass es zu diesen heftigen Starkniederschlägen kommt.“[4] Und zwar immer häufiger. [...]

Leider führt mehr Regen nicht dazu, dass uns künftig Dürren erspart bleiben. Im Gegenteil: Mehr Starkniederschläge bedeuten paradoxerweise, dass auch die Trockenheit in Zukunft zunimmt. Die Rechnung ist ganz simpel: Fällt immer mehr Regen in kurzer Zeit, muss – selbst bei leicht höherer Jahresgesamtmenge – die Zahl jener Tage steigen, an denen gar kein Tropfen niedergeht. Mehr Wasser an einzelnen Tagen bedeutet demnach trotzdem – und gerade deshalb – mehr Dürre insgesamt. Denn Dürre ist jedenfalls mehr als die Regenmenge. „Dürre ist kein absoluter Zustand“, erklärt Andreas Marx. „Als Dürremonat wird ein Monat beschrieben, der 80 Prozent weniger Bodenfeuchte aufweist als im Mittel der Jahre 1951 bis 2015.“

Dürre ist also auch eine Frage der Bodenbeschaffenheit, der hydraulischen Leitfähigkeit, der Verdunstung – und der Regelmäßigkeit des Niederschlags. Denn ist ein Boden erst ausgetrocknet, nimmt er kein Wasser mehr auf – egal, wie viel es regnet. Man spricht daher auch von selbstverstärkender Dürre. Anfang Februar 2020 zum Beispiel waren weite Flächen der Deutschlandkarte tiefrot, die Signalfarbe für die höchste von fünf Trockenstufen. In einer Bodentiefe bis zu 1,80 Metern war praktisch kein Wasser mehr vorhanden. Und das nach einem Winter – also jener Jahreszeit, während der hierzulande üblicherweise viel Niederschlag fällt und die Böden gründlich durchfeuchtet. Fast ganz Sachsen war betroffen, der Süden Brandenburgs, die Altmark, Niederbayern von Passau bis nach Ingolstadt, die Schwäbische Alb, das Weserbergland und die Ostseeküste rund um Usedom.

Der Boden ist eine zentrale Komponente in der Dürrewissenschaft: Sandige Böden nehmen Wasser zwar schneller auf als schwere, tonhaltige; sie speichern Feuchtigkeit aber wesentlich schlechter. Hitzewellen verstärken die Dürrefahr wiederum in allen Böden, denn Hitze trocknet die Erde aus, wodurch sich ihre hydraulische Leitfähigkeit minimiert. „Der Boden ist dann wie imprägniert, ausgedörrte Böden sind in der Regel selbst nach einem starken Regen-

guss staubtrocken“, sagt Andreas Marx. Zwar sehe die Oberschicht nach einem Platzregen oft nass aus, und sie fühle sich manchmal auch so an. Doch bis in die tieferen Schichten dringt der Regen nicht mehr vor. Der Grund dafür: Ausgedörrte Tiefenschichten können Wasser nicht mehr aufnehmen, es perlt an ihnen ab, verbleibt in den höheren Bodenschichten oder fließt gleich an der Erdoberfläche ab.

Laut dem Dürremonitor, der auf den Daten von ungefähr 2000 Wetterstationen des Deutschen Wetterdienstes basiert, ist Deutschland seit den 1950er Jahren bereits deutlich trockener geworden.[...] Speziell 2018 und 2019 seien wirklich extrem gewesen: Gleich zwei Jahre hintereinander so großflächig so wenig Wasser – das gab es in Europa seit 250 Jahren nicht. Oder, wie Marx es ausdrückt: „seit der Französischen Revolution nicht mehr“.

Modellrechnungen zeigen, wie sich das Problem in Zukunft weiter verschärfen wird. Eine so extreme Trockenheit wie 2018/19, ermittelten Kollegen von Marx, wird bei ungebremstem Klimawandel bis Ende des Jahrhunderts etwa sieben Mal häufiger auftreten als bisher. Erwärmt sich die Erde um drei Grad, was angesichts des laschen Klimaschutzes derzeit ein wahrscheinliches Szenario ist, wären in Mitteleuropa 40 Prozent mehr Gebiete von Dürre betroffenen als bei 1,5 Grad Erwärmung. Auch die Zahl der Dürremonate würde steigen, hierzulande wären besonders Ost- und Süddeutschland betroffen.[7]

Jahre mit zu wenig Niederschlag können die langfristige Bilanz dramatisch verschlechtern. So registrierten die Radargeräte des Deutschen Wetterdienstes zwischen April und Oktober 2018 vom Schwarzwald bis zur Ostsee beispielsweise 40 Prozent weniger Regen als im langjährigen Mittel. Auch mehr als zwei Jahre später hat sich Deutschland davon nicht erholt. [...] Zwar hat es 2020 mehr geregnet als 2018 oder 2019, aber die Niederschläge waren regional sehr ungleich verteilt. „Mancherorts hatten wir deshalb jetzt schon das dritte Trockenjahr in Folge.“ Und insgesamt waren die Niederschläge bei Weitem nicht genug.

Ein Blick in eine düstere Zukunft

Wie extrem der Wassermangel ist, haben Wissenschaftler des Geoforschungszentrums in Potsdam mit Satelliten ermittelt: Stark vereinfacht gesagt, können sie die Gewichtsänderungen der Erde unter ihnen messen. In Mitteleuropa, so das Ergebnis, fehlte 2019 die gewaltige Menge von 145 Milliarden Tonnen Wasser.[8] „Es gibt Gegenden in Deutschland, da müsste es über Wochen oder gar Monate ununterbrochen regnen, um das wieder aufzuholen“, so Andreas Marx. Die Folgen sind dramatisch: „Wenn wenig Wasser im Boden ist, steht auch wenig zur Grundwasserneubildung bereit.“

Grundwasserneubildung: Dieser eher technologisch daherkommende Begriff könnte schnell existenziell werden. Denn die Wasserversorgung in Deutschland basiert zu 70 Prozent auf Grundwasser, also Vorkommen, die in bestimmten Tiefenschichten oder Gesteinsformationen lagern. Wasserwerke dürfen nur so viel davon fördern, wie sich auf

Dauer neu bildet. Und da haben uns die jüngsten Sommer eine Gewissheit geraubt, die jahrzehntelang galt: dass es genügend Wasser für alle gebe. Gegenüber den 1960er Jahren sind an vielen Orten die Grundwasserstände bereits erheblich gesunken.[9] Das hat nichts mit hohem Verbrauch zu tun – im Gegenteil, unter anderem wegen sparsamer Haushaltsgeräte, sanierter Leitungsnetze und effizienter Fabriken wird heute sogar weniger Wasser entnommen als früher.

Wird dagegen während einer Dürre zu viel Grundwasser abgepumpt, kann das dauerhafte Probleme nach sich ziehen. Dann steigt aus tieferen Schichten Salzwasser nach, das sich vor allem in Küstenregionen oft unter den Grundwasserleitern befindet. Es steigt die Gefahr, dass Trinkwasserreservoirs versalzen – und dadurch unbrauchbar werden.

Wenn es heiß wird, erhöht sich der Wasserverbrauch massiv. 2018 war auch in Freiburg das wärmste je gemessene Jahr – und auch jenes mit dem höchsten Wasserverbrauch. Täglich schossen 63 000 Kubikmeter durch die Leitungen, „absoluter Rekord“, sagt Frank Bartmann vom örtlichen Versorger Badenova: „Die Leute haben zwei- oder dreimal am Tag geduscht.“ Andere Wasserwerke berichteten dasselbe. Schwere Hitzewellen schlugen sogar bis in die Jahrestatistik durch: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser, eigentlich langfristig sinkend, springt in Jahren mit Hitzesommern um mehrere Liter hoch. Und in Zukunft wird es immer neue Hitzerekorde geben: Ohne radikalen Klimaschutz wird in Europa ein Sommer der Jahre 2061 bis 2081 mit 90prozentiger Wahrscheinlichkeit heißer sein als die heißesten, die bisher hier auftraten, ermittelten US-Forscher. In anderen Worten: Nahezu jedes Jahr wird es dann einen „Jahrhundertsommer“ geben.[10]

Die vergangenen Sommer erlauben deshalb einen Blick in die Zukunft – und der ist, was die Wasserversorgung angeht, alles andere als beruhigend. Anzahl der Brunnen, Förderkapazitäten, Querschnitte von Rohrleitungen – die Wasserversorgung ist stets nur für eine bestimmte Kapazität ausgelegt. Ein Ausbau ist nicht beliebig möglich, in jedem Falle ist er langwierig und teuer. Also kommt es immer öfter zu Engpässen: Im Sommer 2018 zum Beispiel schlugen viele Versorger in Bayern Alarm, etwa in Aitrang nahe Kempten oder in Hallstadt (Landkreis Bamberg). In Kelkheim im Taunus legte die Feuerwehr Notschläuche, weil die öffentlichen Brunnen fast erschöpft waren. Im Sommer 2019 wurden in westfälischen Städten wie Bad Oeynhausen oder Löhne Rasensprengen und Autowaschen verboten. Im Kreis Siegen-Wittgenstein (Nordrhein-Westfalen) starteten Angler bereits Kontrollgänge, um zu sehen, ob irgendjemand illegal Wasser aus Bächen und Seen abzapft. Und im niedersächsischen Lauenau im Landkreis Schaumburg brach im Sommer 2020 die Wasserversorgung zeitweise zusammen. [...] Fachbehörden aus Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben durchgerechnet, was der Klimawandel dort bis 2050 bringt: Die Zahl der Tage mit problematischer Trockenheit wird von bisher 11 bis 14 pro Jahr auf 43 bis 75 zunehmen.[11] Weite Teile Brandenburgs und Sachsen-Anhalts weisen schon heute eine sogenannte

negative klimatische Wasserbilanz auf – und die wird sich bis Mitte des Jahrhunderts drastisch verschärfen. Im nördlichen Teil Sachsen-Anhalts, in der Altmark, haben die Grundwasserpegel bereits einen historischen Tiefstand erreicht.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe warnt in einer Risikoanalyse, „lange Dürreperioden (insbesondere verbunden mit Hitzewellen) können zu Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser führen“. Gefährdet seien insbesondere „die östliche Lüneburger Heide und zentrale Bereiche Ostdeutschlands“; eine „erhöhte Betroffenheit“ gebe es zudem „im süddeutschen Moränenland, im Südschwarzwald, im Rheinischen Schiefergebirge und im ostbayerischen Grundgebirge“.[12]

Dabei gibt es Regionen in Deutschland, in denen es ohnehin überhaupt kein nutzbares Grundwasser gibt. Rund 30 Prozent der deutschen Wasserversorgung werden aus Talsperren, Seen und Flüssen gespeist – im Ruhrgebiet zum Beispiel, im Thüringer Becken, auf der Schwäbischen Alb, in Sachsen oder im Saarland. Wasser aus den Harz-Talsperren wird über Fernleitungen bis ins nördliche Niedersachsen und nach Bremen geliefert. Und diese Talsperren machten Ende 2020 die Dramatik besonders sichtbar: Nach einem nicht einmal besonders trockenen Jahr war etwa die Oker-Talsperre, die größte Talsperre im Westharz, nur zu weniger als einem Drittel gefüllt. In anderen Wasserspeichern im Harz, der Grane-, Ecker- oder Sösetalsperre etwa, betrug die Füllhöhe höchstens zwei Drittel.

Alle wollen und alle brauchen Wasser

Was der akute Wassermangel konkret bedeutet, bekommen Berlin und Brandenburg bereits zu spüren. In den Jahren 2018 bis 2020 gab es viel weniger Niederschlag im Einzugsgebiet der Spree, auch die Speicherbecken in Sachsen und Südbrandenburg gaben immer weniger zur Regulierung her. Eigentlich sind die abzugebenden Wassermengen in Verträgen fixiert, doch in den zurückliegenden drei Jahren hatten die Sachsen selbst zu wenig. Zeitweise trafen sich Vertreter der Länder im Zwei-Wochen-Rhythmus, um jeweils kurzfristig neu zu entscheiden, wer wie viel von dem kostbaren Nass bekommt. 2020 zum Beispiel stand für Brandenburg gerade noch ein Drittel der eigentlich vereinbarten Menge zur Verfügung. In den kommenden Jahrzehnten werde sich die Situation weiter verschärfen, warnten 16 Wasserversorger aus der Region Ende 2020 in einem Brandbrief an die Politik. Während die Trockenheit wegen des Klimawandels zunehme, steige zugleich der Wasserbedarf in und um Berlin durch Bevölkerungszuwachs und Wirtschaftsansiedlungen teils um die Hälfte.

„Wir müssen uns wahrscheinlich auf regional harte Nutzungskonflikte einrichten“, fürchtet Michael Ebling, Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU). Bisher, sagt Ebling, gab es hierzulande eigentlich genügend Wasser für alle. Allenfalls über die Qualität habe man gestritten, etwa mit den Bauern, deren Düngepraxis gefährliche Nitratrückstände im Grundwasser verursachte. Jetzt aber käme die Quantitätsdiskussion obendrauf. „Alle soll-

ten wissen“, so Ebling, „dass wir im Umgang mit der Resource Wasser umdenken müssen.“

Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat schon zwei Jahre lang mit Betroffenen und Akteuren einen „Nationalen Wasserdialo“ abgehalten, im Sommer 2020 forderte sie eine „Nationale Wasserstrategie“. Da wir es in Deutschland nicht gewohnt sind, dass Trinkwasser knapp werden kann, sei es wichtig, dass Politik und Gesellschaft frühzeitig darüber reden, wessen Ansprüche wie wichtig sind. „Die höchste Priorität hat die Versorgung der Menschen mit Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen“, so Schulze. Das sei ein Menschenrecht. Doch danach wird es spannend: „Muss zuerst das Schwimmbad dichtmachen? Oder bekommt zum Beispiel ein Lebensmittelhersteller oder der Landwirt kein Wasser mehr?“[13]

Mancherorts deuten sich die Konflikte bereits an. In Lohne im Oldenburger Land zum Beispiel betreibt der **Wiesenhof-Konzern** einen riesigen Geflügel-Schlachthof. Pro Tag werden dort bis zu 250 000 Tiere geschlachtet, für die Produktion und das Reinigen der Hallen verbraucht der Konzern viel Wasser. Zugleich saß während der Hitzewelle im Sommer 2019 ein Teil der Bevölkerung auf dem Trockenen, musste sich Trinkwasser im Supermarkt kaufen, weil das öffentliche Versorgungsnetz nichts mehr hergab. Oder der Autokonzern **Tesla**: Als der Elektropionier 2020 ankündigte, in Grünheide östlich von Berlin eine Gigafabrik zu errichten und dafür auch – ausgerechnet im trockenen Brandenburg – gigantische Mengen an Wasser zu brauchen, gingen Anwohner dagegen auf die Straße.

Weitgehend neu in diesem Verteilungskampf ist die **Landwirtschaft**. In der Vergangenheit mussten Bauern in Deutschland ihre Felder kaum bewässern, weil der Regen ausreichte. Nicht einmal drei Prozent der hiesigen Äcker wurden bisher bewässert, vor allem Felder mit Kartoffeln, Mais oder Zuckerrüben, mit Spargel oder Erdbeeren. Doch die künstlich berechnete Fläche wird in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Schon in den drei zurückliegenden Trockenjahren haben Bauern mancherorts viermal so viel Grundwasser auf ihre Felder gepumpt wie zuvor. Bis Ende des Jahrhunderts wird beispielsweise in Nordrhein-Westfalen laut Studien zwanzig Mal so viel Wasser zum Beregnen gebraucht wie bisher. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Teilen Niedersachsens und Sachsen-Anhalts müsste Modellberechnungen zufolge schon bis 2040 Winterweizen viel mehr gewässert werden – allerdings ist völlig unklar, ob der Anbau mit diesen zusätzlichen Kosten überhaupt noch rentabel ist.[14]

Wann genau die nächste große Trockenzeit kommt, kann auch der Hüter des Dürremonitors, Andreas Marx, nicht genau vorhersagen. „Was wir aber sicher wissen, ist die Entwicklung in einer sich immer stärker aufheizenden Welt.“ Klar sei, dass Dürren häufiger werden, außerdem länger andauern und mehr Menschen betreffen werden. „Unsere Modelle zeigen aber eine Spannweite“, sagt der Hydrologe, „noch haben wir die Wahl, wie stark die Dürren in

Deutschland zunehmen.“ Erwärmt sich die Erde global um bis zu zwei Grad durchschnittlich, wird es in Deutschland 30 Prozent mehr Dürren geben, steigt die Globaltemperatur um mehr als drei Grad, kommen 50 Prozent mehr Dürren auf uns zu, „regional natürlich unterschiedlich ausgeprägt“.

Eine Jahreszahl nennt Marx nicht, denn es sei letztlich egal, wann die zwei Grad oder die drei Grad erreicht sein werden: erst Ende des Jahrhunderts, oder doch schon 2050. Denn eines steht heute bereits fest: Die Folgen werden in jedem Fall verheerend sein.

- [1] DWD, Nationaler Klimareport, 42020, S. 23 f. Für den Zeitraum 2021–2050 wird demnach ein Plus der mittleren Jahressumme des Niederschlags von vier Prozent erwartet, bis Ende des Jahrhunderts (2071–2100) sechs Prozent.
- [2] Jascha Lehmann, Dim Coumou und Katja Frieler, Increased record-breaking precipitation events under global warming, in: „Climatic Change“, 10/2015, S. 501–515; vgl. auch Hayley J. Fowler u.a., Anthropogenic intensification of short-duration rainfall extremes, in: „Nature Reviews Earth & Environment“, 2/2021, S. 107–122.
- [3] Nick Reimer, Als der Regen kam, Dresden 2002, S. 12.
- [4] „Deutschlandfunk“, 7.6.2016; Starkniederschläge in Sachsen im August 2002, www.dwd.de, Oktober 2002.
- [5] Pressemitteilung des DWD vom 7.8.2014; Markus Ziese u.a., Andauernde Großwetterlage Tief Mitteleuropa entfaltet ihr Unwetterpotential, DWD (Hg.), 3.6.2016, S. 11.
- [6] Jean-Luc Martel u.a., Global and Regional Projected Changes in 100-yr Subdaily, Daily, and Multiday Precipitation Extremes Estimated from Three Large Ensembles of Climate Simulations, in: „Journal of Climate“, 3/2020, S. 1089–1103; Climate Service Center, Machbarkeitsstudie „Starkregenrisiko 2050“. Abschlussbericht, Hamburg 2012, S. 50.
- [7] Vittal Hari u.a., Increased future occurrences of the exceptional 2018–2019 Central European drought under global warming, www.scientific reports, 6.8.2020; Luis Samaniego u.a., Anthropogenic warming exacerbates European soil moisture droughts, in: „Nature Climate Change“, 8/2018, S. 421–426.
- [8] Eva Börgens u.a., Quantifying the Central European Droughts in 2018 and 2019 With GRACE Follow-On, in: „Geophysical Research Letters“, 14/2020.
- [9] UBA, Monitoringbericht 2019, S. 48 f.
- [10] „Badische Zeitung“, 29.9.2019; Flavio Lehner, Clara Deser und Benjamin M. Sanderson, Future risk of record-breaking summer temperatures and its mitigation, in: „Climatic Change“ 146, 2018, S. 363–375.
- [11] KLIWA-Berichte, Heft 17 (2012), S. 8.
- [12] BT-Ds 19/9521, S. 10 f.
- [13] „Rheinische Post“, 17.8.2020.
- [14] Jano Anter u.a., Entwicklung des regionalen Bewässerungsbedarfs, Thünen Working Paper 58, 2018, S. 125 ff.

In **Sig 140**: Latifa Madani:

Wasser: fürs Leben... oder für die Börse?

Wasser ist Leben, heißt es. Es ist aber auch und vor allem ein unschätzbare finanzieller Geldsegen für skrupellose Geschäftsleute, die in den Durst der Menschheit investieren. Am 27. Oktober 2020 kündigten die Betreiber der Chicago Mercantile Exchange (CME) und der Nasdaq die Einführung von Futures-Kontrakten auf kalifornisches Wasser zum Ende des Jahres an. Dies ist ein neuer Schritt in der Finanzialisierung von Wasser.

Das Wasser – ein Gemeingut, das von Finanzmärkten angeeignet wird – Reporterre, 9.12.2021

Rationalisierung des Wassers in Brandenburg... wegen der Tesla-Fabrik??? - Die Zeit - Gräbt Tesla Berlin das Wasser ab? <https://berliner-wassertisch.net/> Pläne des **US-Unternehmen Google, ein Rechenzentrums in Neuenhagen (Märkisch-Oderland) zu bauen, sind gescheitert. Grund dafür ist, dass das Rechenzentrum nicht mit ausreichend Wasser hätte versorgt werden können. Das haben Recherchen des rbb ergeben. - [rbb24](https://www.rbb24.de)**

German Foreign Policy

Die Humanität der EU

In den Grenzfluss gestoßen

Völkerrechtswidrige Pushbacks aus Griechenland in die Türkei werden seit Jahren regelmäßig durchgeführt. Bereits 2014 veröffentlichte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl einen detaillierten Bericht, in dem sie Pushbacks sowohl an der Land- wie auch an der Seegrenze zwischen den zwei Staaten dokumentierte. Sie schätzte die Zahl der betroffenen Flüchtlinge damals auf 2.000.[1]

Pushbacks an der Landgrenze, die über weite Strecken durch den Grenzfluss Evros festgelegt ist, hat zuletzt Amnesty International umfassend untersucht. Demnach konnten allein von Juni bis Dezember 2020 zahlreiche Fälle belegt werden, von denen laut Schätzung der Organisation rund 1.000 Menschen betroffen waren. Griechische Grenzbeamte, aber auch nicht identifizierbare Personen in ziviler Kleidung misshandelten Flüchtlinge dabei mit Tritten sowie Faust- und Stockschlägen; in einigen Fällen müsse ihr Vorgehen gar als Folter klassifiziert werden, berichtet Amnesty. [2] Mindestens ein Flüchtling, der nicht schwimmen konnte, wurde in den Grenzfluss gestoßen und trieb flussabwärts; ob er überlebt hat, ist unbekannt.

Abgeschoben wurden sogar offiziell registrierte Asylbewerber, die von 700 Kilometer entfernten Orten an die Grenze verschleppt, ihrer Papiere beraubt und über den Grenzfluss gezwungen wurden.

Auf einem Schlauchboot ausgesetzt

Pushbacks werden seit geraumer Zeit auch an der griechisch-türkischen Seegrenze dokumentiert - teils sogar von der EU-Grenzbehörde **Frontex**. So hielten Frontex-Beamte bereits im vergangenen Jahr fest, wie die griechische Küstenwache in der Nacht vom 18. auf den 19. April 2020 rund 30 Flüchtlinge auf einem Schlauchboot vor Lesbos aufgriff, sie dann zunächst auf ein Schiff der Küstenwache, anschließend auf ein anderes Schlauchboot ohne Motor verfrachtete - und dieses in türkische Gewässer schleppte, wo die Flüchtlinge schließlich hilflos im Meer trieben, bis sie die türkische Küstenwache aufnahm. Gelegentlich sind Frontex-Beamte auch selbst in Pushbacks involviert (*german-foreign-policy.com berichtete* [3]).

Erst vor kurzem wurde der bisher wohl größte Versuch eines völkerrechtswidrigen Pushbacks dokumentiert. Dabei griff die griechische Küstenwache südlich von Kreta - in Sichtweite der Küste - ein in Seenot geratenes Schiff mit 328 Flüchtlingen auf, schleppte es aber nicht auf die griechische Mittelmeerinsel, sondern in Richtung Türkei. Der Versuch, die türkische Küstenwache zu einer Übernahme des Schiffs zu veranlassen, scheiterte jedoch; die Flüchtlinge wurden daher in ein stacheldrahtumzäuntes Lager auf der griechischen Insel Kos gebracht.[4]

Die Türkei als "sicherer Drittstaat"

Die Mehrzahl von ihnen könnte allerdings umgehend ohne weitere Prüfung ihres Asylbegehrens in die Türkei abgeschoben werden oder schon dorthin abgeschoben worden

sein. Wie berichtet wird, stammten allein 252 der 328 Flüchtlinge aus Pakistan und aus Bangladesch.[5] Für Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern sowie aus Afghanistan, Syrien und Somalia wird die Türkei laut einem Beschluss der griechischen Regierung vom 7. Juni 2021 offiziell als "*sicherer Drittstaat*" eingestuft.

Das wird nicht nur deswegen scharf kritisiert, weil sich die Menschenrechtslage in der Türkei seit Jahren dramatisch verschlechtert, sondern auch, weil Ankara die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit Bezug auf Flüchtlinge aus Europa unterzeichnet hat. Gut zwei Drittel aller Asylsuchenden in Griechenland kommen aus einem der fünf genannten Staaten. Der rückwirkend geltende Beschluss vom 7. Juni gestattet es den griechischen Behörden daher prinzipiell, den überwiegenden Teil der Flüchtlinge aus dem Land zu werfen. Dabei seien die EU und ihre anderen Mitgliedsstaaten faktisch Komplizen, urteilt die Anwältin Yiota Masouridou von der Hilfsorganisation Refugee Support Aegean: "*Griechenland nimmt die heiße Kartoffel, die alle anderen fallen lassen, in die Hand - und die EU und ihre Mitglieder sind froh darüber.*"[6]

Ein Vierteljahrhundert Haft

Die eklatanten Menschenrechtsverletzungen – nicht nur [7], aber auch – an der griechischen EU-Außengrenze gehen mit zunehmender **Repression gegen Einzelpersonen und Hilfsorganisationen** einher, die Flüchtlingen humanitäre Hilfe leisten.

Am 18.11.2021 beginnt auf der griechischen Insel Lesbos ein Prozess gegen den 27-jährigen Seán Binder und die 26-jährige Sarah Mardini, die ab 2017 ehrenamtlich für eine Hilfsorganisation auf Lesbos tätig waren. Sie hielten dort, teilt Amnesty International mit, "*Ausschau nach Flüchtlingsbooten und halfen den Menschen, sicher an Land zu kommen.*"[8] Für ihre lebensrettenden Aktivitäten wurden sie unter anderem wegen "*Menschenschmuggels*", "*Betrugs*" sowie "*Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung*" angeklagt. Im Fall einer Verurteilung drohen ihnen bis zu 25 Jahren Haft. Juristen stufen den Prozess als Farce ein und weisen darauf hin, dass sich die griechischen Behörden mindestens im Fall von Seán Binder gravierender Verstöße gegen internationale Menschenrechtsnormen schuldig gemacht haben. Beobachter urteilen, das Gerichtsverfahren solle vor allem abschreckend wirken; tatsächlich hätten mittlerweile "*hunderte Freiwillige*" Griechenland verlassen - aus Furcht, sie könnten ebenfalls mit Prozessen überzogen werden.[9]

Eine Bedrohung der "Nationalen Sicherheit"

Amnesty International hat bereits im vergangenen Jahr eine Untersuchung vorgelegt, die belegt, dass der aktuelle Prozess kein Einzelfall ist - im Gegenteil. Demnach wurden Einzelpersonen und Organisationen, "*die Flüchtlingen und Migranten halfen*", mit ungerechtfertigten polizeilichen Untersuchungen überzogen, eingeschüchert, belästigt und in ihren Aktivitäten eingeschränkt.[10] Als Beispiele listet

Amnesty **Fälle in Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kroatien, Malta, der Schweiz und Spanien** auf. Einer Studie zufolge seien für Flüchtlingshilfe in Europa allein von 2015 bis 2018 mindestens 16 Hilfsorganisationen und 158 Einzelpersonen juristisch belangt worden, teilt Amnesty mit; es komme eine erhebliche Dunkelziffer hinzu. Die staatliche Repression richte sich dabei gegen Personen, die mit der Rettung und der Versorgung von Flüchtlingen und mit der Dokumentation staatlicher Menschenrechtsverletzungen wie Pushbacks *"die Grausamkeit der Migrationspolitik offengelegt haben"*. *"Akte der Humanität"* würden dabei *"als Bedrohung der nationalen Sicherheit"* eingestuft.

Bewährungsstrafe für Kirchenasyl

Das trifft auch auf Deutschland zu, wenngleich die Bundesrepublik aufgrund ihrer geografischen Lage in der Mitte des Kontinents bei der Flüchtlingsabwehr nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Erst vor wenigen Tagen wurde der Pfarrer der evangelisch-methodistischen Kirche im bayerischen Pegnitz, Stefan Schörk, zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren und zur Zahlung von 1.500 Euro verurteilt, weil er einem jungen Iraner zehn Tage lang Kirchenasyl gewährt hatte, um ihn vor einer Abschiebung nach Griechenland zu schützen. Dort sind Flüchtlinge nicht nur von will-

kürlichen Pushbacks bedroht; sie müssen auch unter katastrophalen Bedingungen leben. So haben in Griechenland, wie die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl konstatiert, *"in den vergangenen Monaten tausende Geflüchtete ihr Obdach verloren"* und sind *"auf Almosen angewiesen"*. [11]

[1] Pro Asyl: Pushed Back. Systematische Menschenrechtsverletzungen an den griechisch-türkischen See- und Landgrenzen. Frankfurt am Main, August 2014. S. auch [Der Tod der Genfer Flüchtlingskonvention](#).

[2] Greece: Pushbacks and violence against refugees and migrants are de facto border policy. amnesty.org 23.06.2021.

[3] S. dazu [Der permanente Völkerrechtsbruch](#).

[4], [5] Helena Smith: Greece accused of 'biggest pushback in years' of stricken refugee ship. theguardian.com 05.11.2021.

[6] "Brandgefährlich für die Rechtsstaatlichkeit in Europa". proasyl.de 22.10.2021.

[7] S. dazu [Flüchtlingssterben im Niemandsland \(III\)](#).

[8] Prozessbeginn in Griechenland: Sarahardini und Seán Binder sind angeklagt, weil sie Leben retteten. amnesty.at 15.11.2021.

[9] Helena Smith: On trial for saving lives: the young refugee activist facing a Greek court. theguardian.com 14.11.2021.

[10] Amnesty International: Punishing Compassion. Solidarity on Trial in Fortress Europe. London 2020.

[11] Kirchenasyl: Solidarität mit Pfarrer Schörk - PRO ASYL fordert: Humanitäre Handlungen nicht länger kriminalisieren. proasyl.de 12.11.2021.

18.11.2021

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8767/>

Pro Asyl: Koalitionsvertrag Wichtige Erfolge, aber auch gravierende Lücken

Neben wichtigen Verbesserungen beim Familiennachzug und Bleiberecht wird von den Koalitionspartnern aber auch einmal mehr auf eine »Rückkehrroffensive« und Kooperationen mit Drittstaaten gesetzt.

Die Erstanalyse zum Fluchtbereich zeigt: Für viele Menschen in Deutschland kann es jetzt zu konkreten Verbesserungen kommen, weil der Familiennachzug verbessert, Arbeitsverbote abgeschafft und Bleiberechtsregelungen vereinfacht werden sollen.

Doch gleichzeitig weist der Koalitionsvertrag an einigen Punkten bedenkliche Leerstellen auf.

So wird zwar das Konzept der AnKER-Zentren aufgegeben, aber eine entsprechend notwendige Absenkung der maximalen Aufenthaltszeit in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde nicht fest vereinbart. Auch beim Thema Abschiebungen wird keine der vielen Verschärfungen und Entwicklungen der letzten Jahre auch nur kritisch erwähnt, etwa die erhöhten Anforderungen an Atteste, die die Abschiebung von kranken und traumatisierten Menschen ermöglichen oder die immer stärker ausgeweitete Abschiebungshaft [Analyse](#)

Aufruf: Stoppt Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen!

(...) An der polnisch-belarussischen Grenze, aber auch an der bosnisch-kroatischen Grenze, reagieren die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Abweisung, illegalen Pushbacks und dem Bau neuer Zäune.

Kinder und Familien dürfen nicht zum Opfer regionaler Macht- und europäischer Abschottungspolitik werden.

(...) Die Spirale der Gewalt sowie die lebensgefährliche Kälte und Unterversorgung, denen die Kinder insbesondere in Belarus ausgesetzt sind, dürfen nicht ignoriert, ihre Rechte nicht für Machtpolitik kompromittiert werden.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Bundesregierung auf:

1. Sofortige Evakuierung - legale Zugangswege schaffen
2. Stopp der Push-Backs - Zugang zum Asylverfahren
3. Unterstützung der Menschen vor Ort - Zugang von Hilfsorganisationen

Unterschrieben u.a. von Amnesty International Deutschland e.V., Brot für die Welt (e.V.), Der Paritätische Gesamtverband, Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Diakonie Deutschland, PRO ASYL, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV), Seebrücke - Schafft Sichere Häfen!

Julian Assange freilassen!

Reporter ohne Grenzen (RSF) verurteilt die Entscheidung des britischen High Court, die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange an die USA zu erlauben. „Wir sind der festen Überzeugung, dass Julian Assange wegen seines Beitrags zum Journalismus ins Visier genommen wurde. Sein Prozess wird gefährliche Auswirkungen auf die Pressefreiheit auf der ganzen Welt haben. Es ist an der Zeit, dieser mehr als zehn Jahre andauernden Verfolgung ein für alle Male ein Ende zu setzen. Es ist an der Zeit, Julian Assange freizulassen.“

Zeit-Fragen – E.-M. Föllmer-Müller

Noch im Jahr 2010 hatten sich die Mainstream-Medien auf die Veröffentlichungen der Dokumente über Kriegsverbrechen im Irak (Collateral Murder) und in Afghanistan (Afghan War Diary) gestürzt; bald danach begann die Verfolgungsjagd auf Julian Assange: Flucht in die ecuadorianische Botschaft in London im Jahr 2012, ständige heimliche Überwachung durch die CIA, seine Entführung aus der Botschaft 2019, Isolationshaft, psychische Folter, Vergewaltigungsvorwürfe (zurückgenommen) und vieles mehr. [\(Zeit-Fragen\)](#)

Serge Halimi & Pierre Rimbart in [Le Monde Diplomatique 11/21:](#)

Si Assange s'appelait Navalny
(Wenn Assange Navalny heißen würde)

German Foreign Policy

Mehr Kalten Krieg wagen

Die künftige Berliner Regierungskoalition setzt auf weitere Aufrüstung, eine teilweise Verschärfung der Machtkämpfe gegen Russland und China und eine Abschiebeoffensive.

"International handlungsfähiger werden"

Die künftige Bundesregierung wird die Außen- und Militärpolitik der scheidenden Koalition von CDU/CSU und SPD im Wesentlichen weiterführen. Dies geht aus dem neuen Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hervor, der gestern öffentlich vorgestellt wurde. "Ein zentraler Pfeiler" der deutschen Außenpolitik bleibt demnach "die transatlantische Partnerschaft und die Freundschaft mit den USA"; in Verbindung damit soll die NATO weiterhin "unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit" sein.[1] Zugleich strebt die künftige Bundesregierung jedoch ein größeres weltpolitisches Gewicht der EU an. "Unser Ziel ist eine souveräne EU als starker Akteur in einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt", heißt es im Koalitionsvertrag: "Wir setzen uns für eine echte Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa ein. Die EU muss international handlungsfähiger und einiger auftreten." Man wolle perspektivisch "zu einer aktiven europäischen Außenpolitik" gelangen, teilte die künftige Außenministerin Annalena Baerbock gestern mit.[2]

Zur Konflikteskalation bereit

Um dies zu erreichen, wollen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum einen die Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU straffen, zum anderen die Union aus äußeren Abhängigkeiten lösen, um sie für globale Machtkämpfe fit zu machen. So wollen sie in der EU "die Einstimmigkeitsregel im EU-Ministerrat" in Fragen der Außen- und Militärpolitik "durch Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit ersetzen"; faktisch kann damit eine gewisse Zahl an Mitgliedstaaten auf eine außenpolitische Linie festgelegt werden, die ihrer Interessenlage widerspricht. Kleineren Mitgliedstaaten, die eine faktisch vollständige Entmachtung fürchten, stellt die neue Regierungskoalition in Aussicht, sie würden an der Entscheidungsfindung "angemessen" beteiligt werden. Was als "angemessen" gelten soll, wird nicht definiert. Zugleich heißt es, die EU solle "in wichtigen strategischen Bereichen, wie Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte und digitale Technologie, weniger abhängig und verwundbar" sein; dazu seien "gemeinsame Beschaffung, Koordinierung der Produktion kritischer Güter sowie die Reduktion kritischer Importprodukte" notwendig. Damit solle die "eigene Handlungsfähigkeit im globalen Kontext" hergestellt werden. Faktisch geht es darum, dank reduzierter Abhängigkeiten bereit zu beliebiger Konflikteskalation zu sein.

Bewaffnete Drohnen und ein EU-Hauptquartier

In diesem Kontext kündigt die künftige Regierungskoalition die weitere Aufrüstung und die beschleunigte "Modernisierung der Infrastruktur" der Bundeswehr an. Konkret soll etwa "die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr" realisiert werden. Bewaffnete Drohnen sollen demnach auch "verstärkt in internationale Kontrollregime" einbezogen

werden. Welche "Kontrollregime" konkret gemeint sind, bleibt unklar. Die Bundeswehr wird ihre Aufrüstung weiterhin im NATO-Rahmen vollziehen, zugleich aber auf eine EU-Streitmacht orientieren: SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen treten "für eine verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen integrationsbereiter EU-Mitglieder ein" und wollen dafür "gemeinsame Kommandostrukturen und ein gemeinsames zivil-militärisches Hauptquartier schaffen". "Bei all diesen Schritten" müsse allerdings "die Interoperabilität und die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben", heißt es mit Blick darauf, dass die Hochrüstung der EU wohl längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die nukleare Teilhabe

Dabei bekennt sich die künftige Regierungskoalition auch dazu, an der Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland und ihrem etwaigen Einsatz durch Militärjets der Bundeswehr festzuhalten. Man werde "ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen", das im Kriegsfall US-Atombomben aus Büchel (Eifel) zu ihrem Einsatzziel fliegen soll, und nicht nur "den Beschaffungs-", sondern auch den "Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands ... sachlich und gewissenhaft begleiten", heißt es im Koalitionsvertrag.

Gegen Russland, gegen China

Die Machtkämpfe gegen Russland und China sollen nach dem Willen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fortgesetzt und zumindest teilweise verschärft werden. Zu Russland heißt es zwar unverbindlich, "die deutsch-russischen Beziehungen" seien "tief und vielfältig"; man sei "zu einem konstruktiven Dialog bereit". Im Detail schreibt der Koalitionsvertrag jedoch die zentralen Konfliktpunkte fest. So heißt es mit Blick auf Belarus und die Ukraine, "die russische Einmischung zugunsten Lukaschenkos" wie auch die "völkerrechtswidrige[...] Annexion der Krim" müssten umgehend beendet werden; eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland hänge "von der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ab". Letztere kann jederzeit von Kiew sabotiert werden. Gegenüber China kündigt die künftige Regierungskoalition zwar an, "wo immer möglich" die "Kooperation" zu suchen; das hält die Tür für das Chinageschäft einer starken Fraktion der deutschen Industrie offen. Gleichzeitig heißt es jedoch, man werde nicht nur "Chinas Menschenrechtsverletzungen" weiterhin "thematisieren", "besonders in Xinjiang", sondern auch "die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen" unterstützen. Damit schließt sich die künftige Regierungskoalition einer US-Kampagne gegen die UN-Resolution 2758 an (german-foreign-policy.com berichtete [3]).

Die rot-grün-gelbe Abschiebeoffensive

Nicht zuletzt kündigt der Koalitionsvertrag Kontinuität im Streit um die Freigabe von Covid-19-Impfstoffpatenten und harte Maßnahmen in der Flüchtlingsabwehr an. Zu den Impfstoffen heißt es, man unterstütze "freiwillige Partnerschaften"; das ist die Linie der scheidenden Bundesregierung, die die zeitweilige Aussetzung der Patente verhindert hat. Zur Flüchtlingsthematik heißt es: "Wir werden irreguläre Migration reduzieren". So wollen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen "eine Rückführungsoffensive" starten; zudem soll "der Bund ... die Länder bei Abschiebungen künftig stärker unterstützen". Es soll geprüft werden, ob die Bearbeitung von Asylanträgen "in Ausnahmefäl-

len ... in Drittstaaten möglich ist". Die neue Koalition will schließlich "Asylanträge aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten ... zur Verfahrensbeschleunigung priorisieren". Das ermöglicht es, Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik nicht anerkannt werden, schneller abzuschicken.

[1] Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP).

[2] Volker Petersen, Hubertus Volmer: Das hat sich die Ampel vorgenommen. n-tv.de 24.11.2021.

[3] S. dazu [Der Konflikt um Taiwan \(I\)](#).

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8775/>

Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zum Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP

[...] Nach diesem Koalitionsvertrag soll die Aggression und Einkreisung Russlands und Chinas verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden – trotz der Afghanistan-Erfahrungen – fortgesetzt. Unter der Losung „Durchsetzung der regelbasierten internationalen Ordnung“ droht die Ausweitung der Kriegseinsätze besonders in Afrika und im Osten und Südosten Europas. Die Charta der Vereinten Nationen wird weiter demoliert.

Beim Thema Frieden haben SPD und Bündnis90/Die Grünen offensichtlich frühere Prinzipien über Bord geworfen. Atomwaffen werden in Deutschland weiterhin einsatzbereit gelagert, die „atomare Teilhabe“ bleibt Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie. Es wird keinen Beitritt zum Atomwaffenverbots-

vertrag geben und auch Rüstungsexporten wird kein klarer Riegel vorgeschoben. Mit diesem Vertrag sollen die Aufrüstungspolitik und die 2-Prozent-Forderung der NATO, die weitere EU-Militarisierung und die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr realisiert werden. Die Einigung auf Anschaffung bewaffneter Drohnen ist eine friedenspolitische Katastrophe. Klimaschutz spielt beim Militär keine Rolle.

Dass nach dem Koalitionsvertrag Deutschland „künftig für einen „vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert“, und „so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt“, signalisiert, dass

mit allen Mitteln eine militarisierte Globalstrategie betrieben werden soll.

Die Friedensbewegung fordert erneut einen wirklichen Politikwechsel:

--Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.

--Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden; die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze beenden.

--Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheit.

Dafür werden wir weiter eintreten und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.

Frankfurt, den 27.11.2021



Schaubild: <https://sipri.org/>

IPPNW warnt vor akuter Kriegsgefahr zwischen Russland und der NATO

[Erklärung](#), 2.12.2021

Für eine Wiederbelebung der Entspannungspolitik, Referat von Werner Ruf beim 28. bundesweiten Friedensratschlag am 4.12.2021

Ukraine-Konflikt: Erler (SPD) für Dialog mit Russland

Interview mit Gernot Erler [hier](#).

Friedensorganisationen und -bündnisse in Deutschland:

<https://abruesten.jetzt/>

<https://friedensratschlag.de>

<https://www.imi-online.de>

<https://www.friedenskooperative.de>

u.a.m.

Scientists4future in Österreich:

Die Staaten der Welt geben sechs Mal so viel für Militär aus wie für Klimaschutz

Dieser [Beitrag](#) von Martin Auer ist der erste Teil einer [Serie zum Thema Klima und Friedenspolitik](#).

Sozial-ökologische Konversion statt Globalisierung und Krieg - [Friedensjournal](#) 6/21

Erklärung des Europäischen Attac-Netzwerks Die Impfstoff-Apartheid zeigt, dass wir jetzt eine neue Wirtschaft brauchen

12. Oktober 2021 - **Wir verpflichten uns, gegen die beschämende Politik der europäischen Regierungen Widerstand zu leisten.** Es gibt kein größeres Symbol für die Spaltung, die unsere Welt heute heimsucht, als die obszöne Ungleichheit beim Zugang zu Covid-19-Impfstoffen.

Bislang wurden 75 % der Impfstoffe in nur 10 Ländern verabreicht. Während die wohlhabendsten europäischen Regierungen Impfstoffe weit über ihren Bedarf hinaus beschafft haben, sind in vielen Ländern die schwächsten Mitglieder der Bevölkerung noch immer nicht geimpft worden. In Ländern mit niedrigem Einkommen konnten bisher nur 0,5 % der Bevölkerung geimpft werden.

Während Pharmakonzerne damit prahlen, bis 2021 12 Milliarden Dosen zu produzieren, und die europäischen Länder Auffrischungsimpfungen kaufen, fehlt dem internationalen Verteilungsmechanismus Covax in diesem Jahr eine halbe Milliarde Dosen. Diese Ungleichheit lässt sich nicht durch Wohltätigkeitsveranstaltungen beseitigen. **Wir brauchen politische Maßnahmen, um diesen Skandal zu beenden.**

Obwohl der größte Teil der bestehenden Impfstoffe mit öffentlichen Geldern entwickelt wurde, ist das daraus resultierende Wissen privatisiert, und die **Pharmakonzerne** und ihre Geldgeber können jahrzehntelang von den daraus resultierenden Produkten **profitieren**. Länder und Fabriken, die Impfstoffe sicher herstellen wollen, werden daran gehindert, dies zu tun. Zusammenarbeit und Transparenz, welches medizinisches Wissen kennzeichnen sollten, werden durch Geheimhaltung und Verdrängungswettbewerb ersetzt.

Seit einem Jahr **fordern die Länder des globalen Südens eine Aussetzung der globalen Patentregeln** für Covid-Impfstoffe, Arzneimittel und medizinische Geräte, den TRIPS-Waiver. Beschämenderweise hat eine Gruppe reicher europäischer Länder - allen voran Deutschland, Großbritannien die Schweiz aber auch Österreich - diesen Vorschlag blockiert. Mit anderen Worten, genau die Länder, die die Impfstoffvorräte gehortet haben, hindern Länder, die praktisch keine Vorräte haben, daran, ihre eigenen zu produzieren. Ihre Argumentation? Die Gewinne einiger der reichsten Unternehmen der Welt sind in unserer globalen Wirtschaft wichtiger als das Recht auf Leben der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Wenn die Ungleichheit im Bereich der Impfstoffe fortbesteht, wird sie nicht nur weitere Millionen Menschenleben fordern und unser aller Gesundheit gefährden, sondern auch die Ungleichheit für eine ganze Generation verfestigen.

Die Monopole, die durch das globale Handelssystem entstanden sind, haben die großen Pharmakonzerne zu den stärksten finanzialisierten Unternehmen unserer Wirtschaft gemacht. Anstatt Anreize für Innovationen zu schaffen, hat es diese Unternehmen dazu gebracht, **mehr für Aktienrückkäufe und Dividendenzahlungen als für Forschung und Entwicklung** auszugeben. Antibiotika, auf die die moderne Medizin angewiesen ist, gehen daher zur Neige, und die Erforschung vieler Krankheiten, von denen die Ärmsten betroffen sind, wird behindert. Die Vorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums bringen auch unser Lebensmittel-

system unter die Kontrolle einer Handvoll Konzerne, deren Macht unsere Demokratie aushöhlt. Und sie werden die Bewältigung des Klimawandels erheblich erschweren, da neue Technologien aus Profitgründen monopolisiert werden, anstatt sie zum Wohle der Allgemeinheit zu nutzen.

Attac wurde gegründet, um die **wachsende Macht des Finanzkapitals und der Großkonzerne über unsere Gesellschaft zu bekämpfen**. In unserem aktuellen Wirtschaftssystem haben Profite und Ausbeutung Vorrang vor dem Leben und dem Wohlergehen der Menschen und unseres Planeten. Das Ergebnis ist ein erschütterndes Ausmaß an Ungleichheit, ein **Nebeneinander von tiefem Elend und nie dagewesenem Reichtum**. Dies wiederum hat zu einer schweren sozialen, politischen und ökologischen Krise geführt. Die Regeln über das geistige Eigentum verstärken das ungerechte Finanzsystem, das wir seit jeher bekämpfen, und schaffen eine Form des Monopolkapitalismus, der mit Demokratie unvereinbar ist.

Wir können nicht zulassen, dass die globale Gesundheitsversorgung von den Profitinteressen der Märkte dominiert wird. Wir brauchen Veränderung!

Wir setzen uns dafür ein, dass die Patentrechte auf Medikamente und Technologien im Zusammenhang mit Covid-19 aufgehoben werden. Zusätzlich fordern wir weitreichendere **Veränderungen in der Weltwirtschaft**. Dazu gehören:

- eine radikale Reform des Systems des geistigen Eigentums, um der gemeinsamen Nutzung von Wissen und der Zusammenarbeit zur Förderung des Gemeinwohls Vorrang zu geben. Kurzfristig bedeutet dies auch die Unterstützung von Technologietransferprogrammen, die es den Ländern ermöglichen, sich aus der Abhängigkeit vom Großkapital zu befreien; dauerhafte Ausnahmen von den Regeln für geistiges Eigentum für Technologien, die für die Verwirklichung der Menschenrechte unerlässlich sind; und die Erteilung von Zwangslizenzen, um Patente auf bilateraler Basis außer Kraft zu setzen
- die Schaffung öffentlicher und staatlicher Forschungs- und Produktionskapazitäten auf der ganzen Welt, um das globale Gesundheitswesen aus dem Würgegriff von Pharmakonzernen zu befreien
- die angemessene Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation, um die Zusammenarbeit und Kooperation in der globalen Gesundheitspolitik zu fördern, die sich ausdrücklich für die Gesundheitsversorgung als Recht einsetzt und der Schaffung einer menschenwürdigen, öffentlichen und universellen Gesundheitsversorgung für alle Vorrang einräumt.

Als Europäer*innen sind wir der Ansicht, dass unsere Regierungen bei der Ausweitung der Ungleichheit während dieser Pandemie eine beschämende Rolle gespielt haben, die **an eine koloniale und rassistische Politik erinnert**, die viele unserer Länder seit Jahrhunderten betreiben.

Wir sind fest entschlossen, Widerstand gegen diese Politik zu leisten und in Solidarität und Kooperation mit unseren Verbündeten in der ganzen Welt eine Wirtschaft zu schaffen, die allen Menschen dient.

Attac Österreich WTO-Gipfel zu Patentfreigabe wegen neuer Variante verschoben

EU muss Patentfreigabe unverzüglich im Generalrat der WTO unterstützen

Wie am 26.11.2021 [bekanntgegeben](#), ist die 12. Minister*innenkonferenz der Welthandelsorganisation WTO von 30. November bis 3. Dezember in Genf auf unbestimmte Zeit verschoben. Zahlreiche Delegierte aus dem Globalen Süden können wegen der Einreisebeschränkungen aufgrund der neuen Corona-Variante Omikron nicht nach Genf reisen. Auf der Konferenz hätte unter anderem erneut über den [Antrag Südafrikas und Indiens](#) beraten werden sollen, die Patente für Covid-Impfstoffe und Medikamente freizugeben (TRIPS-Waiver).

„Die seit über einem Jahr andauernde EU-Blockade des TRIPS-Waiver ist verantwortlich für den mangelnden Zugang zahlreicher Länder zu Impfstoffen und damit auch für die Entstehung neuer Varianten wie Omikron. Dass sich die WTO durch diese tödliche Blockade nun sogar selbst lahmlegt, muss die EU-Staaten inklusive Österreich endlich zu einem Umdenken bewegen“, erklärt David Walch von Attac Österreich. Attac fordert die blockierenden EU-Staaten und insbesondere Wirtschaftsministerin Schramböck auf, dem TRIPS-Waiver ohne Verzögerung zuzustimmen. Eine Ent-

scheidung darüber ist jederzeit im Generalrat der WTO möglich. Dieser hat für einen entsprechenden Beschluss die Befugnis, kann jederzeit zusammentreten und Beschlüsse auch in Online-Meetings fassen.

„Die neue Variante ist der eindringliche Beleg, dass die Pandemie nur global besiegt werden kann. Wann, wenn nicht jetzt ist der Zeitpunkt, endlich Patente und geistige Eigentumsrechte freizugeben und Menschenleben zu retten, wie dies über 100 Staaten in der WTO, die [Weltgesundheitsorganisation](#), das [EU-Parlament](#), [140 ehemalige Regierungschefs und Nobelpreisträger*innen](#), der [Papst](#), [hunderte internationale NGOs und Gewerkschaften](#), [hunderttausende Menschen in Europa](#), [zahlreiche österreichische Gesundheitsexpert*innen](#) und ehemalige Gesundheitsminister*innen sowie Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein fordern“, erklärt Walch.

Quelle: [Attac Österreich, News](#), 27.11.2021

In Deutschland: Bündnis <https://makethesign.eu/>

Nick Dearden, Global Justice Now Der Markt kann die Krise nicht lösen

Die WTO steht an der Spitze eines Handelssystems, das vorschreibt, dass dem "Markt" nichts in die Quere kommen darf.

Covid-19 ist der Beweis dafür, dass dies ein Trugschluss ist. Es hat uns gezeigt, dass der Markt eine Krise nicht lösen kann. Vielmehr hat der Markt dafür gesorgt, dass die Reichen und Mächtigen ein Vielfaches dessen bekommen, was sie brauchen, während die Ärmsten praktisch nichts bekommen. Inzwischen machen allein zwei Medikamente - die Impfstoffe von Pfizer und Moderna - den Unternehmen, die dahinter stehen, **1.000 Dollar Gewinn pro Sekunde**. (1) [...] Wenn die Regeln des Systems so sehr versagt haben, brauchen die Länder mehr Handlungsspielraum, nicht weniger. Und obwohl niemand behauptet, dass Exportverbote die Lösung für eine Pandemie sind, können sie in einem Kontext, in dem reiche Länder versuchen, Impfstoffe aus

Ländern mit viel geringerem Schutzniveau zu beschaffen, leider notwendig sein. Fragen Sie nur das schlecht geimpfte [Südafrika](#), das gezwungen war, Impfdosen von Johnson & Johnson in ein stark geimpftes Europa zu exportieren. Oder [Indien](#), das Millionen von AstraZeneca-Dosen nach Großbritannien schickte, obwohl es selbst mit einem katastrophalen Anstieg der Fälle zu kämpfen hatte.

Für viele ist die Legitimität der WTO seit langem erloschen. Aber die Tatsache, dass in den letzten 12 Monaten keine Einigung über eine Ausnahmeregelung für Trips erzielt werden konnte, gibt für viele afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Regierungen den letzten Anstoß. Wenn die WTO sich nicht reformiert, werden sie einfach anfangen müssen, die Dinge anders zu machen.

Auszüge aus dem [Guardian](#), 29.11.2021

(1) – SiG-Redaktion s. auch dazu [Oxfam](#), [reliefweb](#)

Corporate Europe Observatory: Covid-Medikamente? Bitter Pill!



Pfizer, BioNTech und Moderna machen mit dem Verkauf ihrer COVID-19-Impfstoffe an reiche Länder jede Sekunde einen Gewinn von über 880 €, während der Rest der Welt immer noch auf den Zugang zu Impfstoffen wartet. Was werden wir also alle dagegen tun?

Wenn Sie es noch nicht getan haben, **unterzeichnen Sie bitte die Europäische Bürgerinitiative "Recht auf Heilung/No Profit on Pandemic"**, die die EU auffordert, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, um COVID-19-Behandlungen zu einem globalen öffentlichen Gut zu machen. (<https://noprofitonpandemic.eu/>)

Es geht nicht nur um Impfstoffe, sondern auch um COVID-19-Medikamente.

Es gibt zwar einige vielversprechende neue Medikamente, aber unser **Bericht Bitter Pill** zeigt, wie die EU bei der Welthandelsorganisation einen Verzicht auf geistige Eigentumsrechte für neue COVID-19-Medikamente blockiert. <https://corporateeurope.org/en/topics/health>

Patente töten

Mehr als zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten

Der Grund: explodierende Medikamentenpreise, insbesondere für Krebsmedikamente. Dank dem Monopol durch Patente können Pharmafirmen die Preise fast nach Belieben festsetzen. Die Regierungen sind sowohl Geiseln als auch Komplizen der allmächtigen Pharmaindustrie. *Ausführliche Analyse:* <https://www.publiceye.ch/de/themen/medikamente>

Unni Karunakara: Eine Frage von Leben und Tod

Die Länder, die den TRIPS-Waiver verhindert haben, reden nun freiwilligen Leistungen der Pharmaindustrie das Wort, um universellen Zugang zu essenziellen Covid-Medikamenten zu gewährleisten. Sie behandeln also Big Pharma mit Samthandschuhen, während sie in dem Vertragsentwurf eine ganz andere Tonart gegenüber dem Globalen Süden anschlagen. Hier insis-

tieren sie darauf, dass das Teilen von Informationen mit anderen Regierungen und der WHO verpflichtend ist. Sie verlangen per Vertrag, dass der Globale Süden unabhängige Überprüfungen bezüglich Gesundheitsdaten zulassen müsse. (...) Wir reden auch nicht darüber, welchen Druck Bill Gates auf die Forschung und Produktion der Oxford-Universität ausgeübt hat, um deren ursprüngliche Idee eines frei zugänglichen Wissens und des Technologietransfers beim Astra-Zeneca-Impfstoff zu verhindern. Eines der Argumente von Bill Gates bestand darin, dass im Süden keine Fabriken vorhanden wären, die auf dem erforderlichen technologischen Niveau Impfstoffe produzieren könnten. Gerade erst in der New York Times veröffentlichte Recherchen haben nachgewiesen, dass das komplett falsch ist. Es ist also klar, dass man mit weltweit vergebene Lizenzproduktionen sehr wohl die Engpässe bei der Produktion von Impfstoffen schnell hätte überwinden könnte.

Aus einem Beitrag im [medico-Blog](#)

Mehr Armut in der Corona-Pandemie

UNICEF zur Corona-Pandemie: Weitere 100 Millionen Kinder in Armut

Schon vor der Pandemie hatten eine Milliarde Kinder weltweit nicht ausreichend Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Unterkünften, Ernährung, sanitären Einrichtungen oder sauberem Wasser gehabt.

Zeitweise seien in der Corona-Zeit wegen Lockdowns weltweit 1,6 Milliarden Kinder nicht zur Schule gegangen. Fast 80 Prozent des Präsenzunterrichts sei im vergangenen Jahr ausgefallen.

Nach neuesten Schätzungen müssten 160 Millionen Minderjährige arbeiten, ein Anstieg von 8,4 Millionen innerhalb von vier Jahren. Bis Ende 2022 bestehe die Gefahr, dass weitere neun Millionen Minderjährige in die Kinderarbeit geraten, weil sie zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen müssen.

[Tagesschau](#) 9.12.2021

WHO und Weltbank: Mehr als eine halbe Milliarde Menschen in die Armut gedrängt

Zwei sich ergänzende Berichte, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank anlässlich des Welttages der allgemeinen Gesundheitsversorgung am 12. Dezember

2021, veröffentlicht wurden, stellen fest, dass im Jahr 2020 weltweit mehr als eine halbe Milliarde Menschen in die Armut gedrängt werden, "weil sie die Gesundheitsdienste aus eigener Tasche bezahlen müssen".

Berichte zeigen die verheerenden Auswirkungen von COVID-19 auf die Fähigkeit der Menschen, Gesundheitsversorgung zu erhalten und zu bezahlen, in einem Jahr, das als das schlimmste seit der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren bezeichnet wurde. Aufgrund von COVID-19 und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen sind die in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Fortschritte auf dem Weg zu einer weltweiten flächendeckenden Gesundheitsversorgung ebenfalls zum Stillstand gekommen oder haben sich mancherorts ins Gegenteil verkehrt. In den Berichten wird hervorgehoben, dass die bestehende Gesundheitsinfrastruktur der Länder bis an ihre Grenzen belastet wurde, was zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt zu einem Rückgang des Impfschutzes geführt hat, so dass im Jahr 2020 mehr als 23 Millionen Kinder nicht mit lebensrettenden Impfstoffen versorgt werden können.

In dem Bericht wird auch festgestellt, dass aufgrund der Umleitung von Ressourcen zur Bekämpfung von COVID-19 die Zahl der Todesfälle durch Krankheiten wie Tuberkulose und Malaria weltweit gestiegen ist. [People dispatch](#)

Katja Maurer, Medico: Rückfall in den Nationalismus?

Auszug aus dem [medico-Rundschreiben](#) 04/2021

[...] Was für die Flucht gilt, gilt – wie alle wissen – für die Klimakatastrophe und die globale Gesundheitskrise gleichermaßen. Nationales Denken bietet hier keinerlei Zukunftsentwurf. Gerade in der Covid-Krise lassen sich einige Phänomene ausmachen, die Parallelen mit der Fluchtfrage aufweisen. So wie der Staat sich nationaler denkt, so denkt er sich offenbar auch autoritärer.

An dieser Stelle wurde schon einmal bemängelt, wie wenig demokratische Ideen in der Covid-Bewältigung vorliegen, die sonst doch das A und O einer nicht kontrollierend gedachten Präventionsstrategie darstellen.

Die offizielle Covid-Strategie ist hingegen zugleich autoritär und neoliberal, überlässt alles dem und der Einzelnen und lässt sie so im Stich. Statt Räume der Vernetzung und des Austausches zu schaffen, in denen von unten gemeinsam über Stra-

tegien nachgedacht wird, wie Gesundheitsschutz und öffentliches wie kulturelles Leben stattfinden kann, setzt man auf ökonomischen Druck.

Dass es keine demokratische, auf vielfältige Formen setzende Strategie des Gesundheitsschutzes möglichst für alle gibt, sondern nur eine biomedizinische Variante, an der ungeheuer viel Geld verdient wird, schürt das Misstrauen verständlicherweise. Das aber ist keine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Einschränkung der Pandemie.

Dass die deutsche Politik die Interessen der Pharmaindustrie weltweit vor den Gesundheitsschutz der Menschen setzt, erhöht dieses Misstrauen noch.

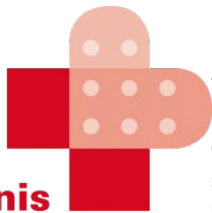
Ob eine neue deutsche Regierung aus diesem fundamentalen Scheitern lernen wird? Zweifel sind mehr als angebracht. Stattdessen legen sich die Pandemie, ihre Debatten und Spaltungen auf alle Räume des Politischen wie Mehltau.

Pflegenotstand

34 Krankenhäuser werden mit Mitteln aus Strukturfonds geschlossen

Mit dem Geld aus dem ersten Krankenhausstrukturfonds (KHSF) wurden beziehungsweise werden 34 Krankenhäuser und Krankenhausstandorte in Deutschland geschlossen. Dazu gehören sowohl „reine“ Schließungen, bei denen ein Standort komplett vom Versorgungsnetz genommen wird, als auch Konzentrations- und Umwandlungsvorhaben. An weiteren 24 Standorten wurden 36 Abteilungen geschlossen. Bei fast der Hälfte dieser Abteilungen handelte es sich um Gynäkologien und Geburtshilfen. Das geht aus dem Abschlussbericht des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor – Quelle: [Ärzteblatt](#), 10.12.2021

Bündnis Klinikrettung



Bündnis Klinikrettung

Zu den Impulsgebern aktueller Schließungen gehört die Bertelsmann Stiftung, die mit einer Studie im Juli 2019 die Ausdünnung der Krankenhauslandschaft empfohlen hat. Extrem Szenarien von beauftragten Gutachtern legen die Reduktion von 1400 Krankenhäusern auf nur noch 330 Super-Kliniken nahe. Der Rückzug von Krankenhausversorgung aus der Fläche wird für Akutkranke das Sterblichkeitsrisiko erhöhen. **Bund und Länder müssen sicherstellen, dass**

- kein Krankenhaus mehr geschlossen wird
- insolvente oder von der Insolvenz bedrohte private Krankenhäuser von der öffentlichen Hand übernommen und betrieben werden, von der Insolvenz bedrohte kommunale oder Kreis-Krankenhäuser vom jeweiligen Bundesland übernommen und betrieben werden.
- das Fallpauschalensystem abgeschafft wird.

<https://www.gemeingut.org/krankenhausschliessungen/>

Lukas Schmolzi, JungeWelt

Arbeitskämpfe bei der Charité Berlin erfolgreich

Kämpfen lohnt sich: Nachdem vor einigen Wochen die Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes Eckpunkte für einen Tarifvertrag Entlastung errungen haben, konnten nun nach hartem Kampf und sechs Wochen Erzwingungsstreik die Beschäftigten der Vivantes-Töchter eine Einigung erreichen. Bei zwei der fünf betroffenen Tochtergesellschaften steht rückwirkend zum 1. Juli eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent an. Sämtliche Beschäftigte erhalten zudem eine Coronasonderzahlung von 1.500 Euro. Die wichtigste Forderung der Beschäftigten, die Annäherung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), wurde nur teilweise erreicht. [...]

Ausführliche Berichte bei [Labournet](#) -

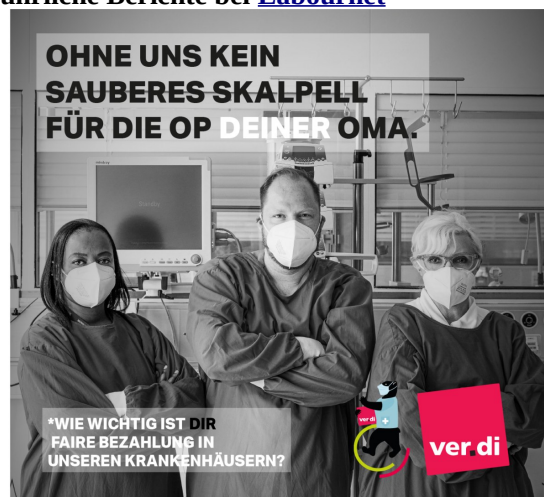


Foto: <https://berliner-krankenhausbewegung.de/>

Das sagen Beschäftigte - Videoserie von Verdi-TV

(Wer Maskenpauste fordert, wird versetzt / Psychiatrie in Duisburg: keine Coronatests / Altenpflege und Corona: 14 Tage 14 Stunden am Tag / und v. m.)

Kontroversen um das Impfen

WHO-Chef Tedros Ghebreyesus

sieht Booster-Impfungen für Gesunde äußerst kritisch. „Täglich werden weltweit sechs Mal mehr Auffrischimpfungen verabreicht als erste Impfdosen in Ländern mit niedrigen Einkommen. Das ist ein Skandal, der jetzt gestoppt werden muss“, so Ghebreyesus. „Mit der richtigen Mischung können Länder sowohl die Übertragung von Covid-19 niedrig halten als auch ihre Gesellschaften und Wirtschaft offenhalten“, sagte Tedros. „Kein Land kann sich einfach aus der Covid-19-Pandemie herausimpfen.“ aus: Jens Berger: [Deutschland im Booster-Wahn](#)

Impfpflicht für die Pflegeberufe?

15-seitige [Stellungnahme von Ver.di, 6.12.2021](#): Bevor die Einführung jedweder Art einer Impfpflicht geprüft werden kann, sind zunächst weitreichende Fra-

gen zu klären und Unsicherheiten im Zusammenhang zu beseitigen. Zum einen ist die Frage der Verfassungsgemäßheit zu klären, die Einführung einer Impfpflicht muss verhältnismäßig und angemessen sein, mildere und gleich effektive Mittel müssen dafür fehlen; auch gilt zu bedenken, dass bei einer Impfpflicht die Impfung dann regelmäßig wiederholt werden muss (ca. alle 6 Monate) und wir uns hinsichtlich der Zulassung des Coronaimpfstoffes nach wie vor in der Phase einer nur bedingten Marktzulassung befinden. Zum anderen muss eine Klärung arbeitsrechtlicher Folgen für die Beschäftigten erfolgen. (...) Wie soll beispielsweise bei einer notorische zu dünnen Personaldecke im Falle eines mehrfach angeordneten Betretungsverbots in Einrichtungen oder Unternehmen die Versorgung von Patient*innen und Bewohner*innen sichergestellt werden?

Debatte um Impfpflicht: [Ver.di](#)-Seite

Ungeimpfte sollen als Sündenbock für die Versäumnisse der Politik herhalten - Leo Mayer, [ISW-München](#)

Sind die Ungeimpften schuld? - Ein Essay von Daniela Dahn

Offener Brief von 390 Ärzten: Geringer Nutzen und noch unklare Risiken durch die COVID-Impfungen

Kinderimpfung? (...) Die allermeisten Infektionen in der Altersgruppe verlaufen symptomlos. Für gesunde Kinder ohne Vorerkrankungen sei daher von einer Impfpflicht abgesehen worden, zumal das Risiko von seltenen Nebenwirkungen aufgrund der eingeschränkten Datenlage "derzeit nicht eingeschätzt werden kann", wie das Gremium erklärte. - [Tagesschau](#) 9.12.2021

Impf-Druck: Jetzt auch auf die Kinder, [NachDenkSeiten](#)

Das Programm der Ampel-Koalition: Kein Fortschritt in Sicht

(Aus einem [JW-Artikel](#) vom 30.11.2021)

Schon der Titel des Koalitionsvertrages weist in die falsche Richtung, denn wirklichen Fortschritt muss niemand wagen, weil er keine Furcht einflößt, sondern allgemein Freude auslöst. Zwar inszeniert sich die »rot-grün-gelbe« Koalition als Hort des Fortschritts, sie wirkt aber eher als Bastion der technologischen Fortschrittsgläubigkeit. So enthält der [Koalitionsvertrag](#) das Modewort »Digitalisierung/digital« 226mal, wohingegen der Begriff »Armut« nur 15mal und der Terminus »Reichtum« nur einmal (Ankündigung des 7. Armuts- und Reichtumsberichts) vorkommt.

Die wachsende Ungleichheit ist das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, weil sie sozialen Sprengstoff erzeugt, ökonomische Krisentendenzen verschärft und ökologische Nachhaltigkeit verhindert. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt kann man bloß stärken, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen wird. Zu befürchten ist allerdings, dass SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP der Armut nur zögerlich entgegenzutreten und den sich immer stärker bei wenigen Familien konzentrierenden Reichtum gar nicht antasten.

Ähnlich wie »Rot-Grün« zur Jahrtausendwende ermöglicht die Ampel gesellschaftspolitische Fortschritte – etwa die Legalisierung der öffentlichen Informationen über ärztliche Schwangerschaftsabbrüche (Streichung von Paragraph 219 a StGB), die Legalisierung des Cannabisgenusses und die Ermöglichung der Mehrfachstaatsangehörigkeit –, die Kluft zwischen Arm und Reich wird sie jedoch eher vertiefen.

Wie es scheint, versteht die Ampelkoalition unter der Zauberformel »Digitalisierung« nicht zuletzt betriebliche Rationalisierung, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Intensivierung der Arbeit. Dafür spricht die Absicht der Koalitionäre, das **Arbeitszeitgesetz** zu ändern, welches bisher eine Tageshöchst Arbeitszeit von acht Stunden (bei einer

Sechstageswoche) bzw. zehn Stunden einschließlich Überstunden festlegt. Arbeitgeber sollen diese Grenze künftig überschreiten dürfen, wenn Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge dies vorsehen.

Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte bereits unmittelbar nach der für seine Partei desaströsen Bundestagswahl 2017 die Erhöhung des **Mindestlohns** auf zwölf Euro pro Stunde gefordert. Das soll »im ersten Jahr« der Regierung geschehen, wie es im Sondierungspapier heißt. Weder dort noch im Koalitionsvertrag wird aber festgelegt, ab wann der neue Mindestlohn gilt.

Zwar dürften mehrere Millionen abhängig Beschäftigte von der Anhebung des Mindestlohns profitieren, man überschätzt seine Wirkung jedoch, wenn sie mit dem Ende des Niedriglohnssektors gleichgesetzt wird.

Folglich ist mehr **Altersarmut** programmiert, obwohl das Rentenniveau nicht weiter gesenkt und das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht noch mehr erhöht werden soll. Bei dem geplanten Einstieg in eine **Teilkapitaldeckung** der gesetzlichen Rentenversicherung handelt es sich nach der Riester-Reform um eine weitere öffentliche Anschubfinanzierung für die Börse und eine Förderung der Gewinne auf den Finanzmärkten tätiger Unternehmen.

Bürgergeld wäre ein Kombilohn, der es Unternehmen erleichtern würde, frühere Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher für wenig Geld anzuheuern. Sozial ist jedoch längst nicht alles, was Arbeit schafft. Sozial ist vielmehr nur, was Armut abschafft.

Etwas mehr Verhandlungsdruck der SPD und der Bündnisgrünen auf die FDP hätte nicht bloß der **Steuergerechtigkeit** gedient, sondern auch entscheidend dazu beitragen können, die Länder und die Kommunen in Haushaltsnotlagen finanziell handlungsfähiger zu machen.

(Im Artikel noch behandelt: Bürgergeld statt Bürgerversicherung / Kindergrundsicherung / Bonbons fürs Kapital)

Weitere Stimmen zu den sozialen Themen im Koalitionsvertrag

Guillaume Paoli: Es fällt auf, dass die Wirtschaftspolitik im Programm vorwiegend unter einer bekannten Prämisse steht: Nein – keineswegs sozialökologischer Umbau, keineswegs Sicherung der Lebensgrundlagen – sondern **„Stärkung des Standorts Deutschland“** und seiner Wettbewerbsfähigkeit. [ISW](#)

Eva Roth: Die Erhöhung der Minijobgrenze sichert faktisch eine Option, den höheren Mindestlohn zu umgehen

Thomas Sablowski, Fanny Zeise: Hartz IV heißt jetzt Bürgergeld. Zur Arbeitsmarktpolitik der Ampel

Harald Thomé: Bürgergeld bleibt Hartz IV.

Weitere Sargnägel für die umlagefinanzierte Rente / Ampel-Sondierer stellen die Aktienrente auf grün <http://www.seniorenaufstand.de/>

Albrecht Müller: „Mehr Fortschritt wagen“ : Zumindest in zwei zentralen Bereichen sind die Koalitionäre nicht fortschrittlich, sondern reaktionär. Reaktionär ist I. die Vorstellung zur Reform der Altersvorsorge, reaktionär sind II. zentrale Aussagen oder das Fehlen von notwendigen Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik – [NDS](#)

BUND und Paritätischer Gesamtverband: **Soziale und ökologische Vorhaben gemeinsam anpacken** „Im Koalitionsvertrag ist sozialpolitisch einiges vereinbart, was zum dringend nötigen sozialen Fortschritt beitragen kann, [...] Dass es zu keiner nennenswerten finanziellen Entlastung für Millionen Menschen in Hartz IV und der Altersgrundsicherung kommen soll, ist jedoch eine armutspolitische Enttäu-

schung. Gerade angesichts steigender Lebenshaltungs- und Energiekosten darf hier das letzte Wort noch nicht gesprochen sein“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND: „Der Koalitionsvertrag gibt wichtige Impulse für Klimapolitik und Naturschutz.[...] Der Vertrag ist aber nicht auf dem 1,5-Grad-Pfad: Zu fern das Ziel der Klimaneutralität, zu gefährlich der Ausbau von fossiler Gasinfrastruktur ohne Ausstiegsdatum, keine Ambitionen zur Energieeinsparung. Auch bei der Mobilitätswende erlauben die ökologischen Krisen keinen Stillstand. [...]“

Als großes Versäumnis bezeichnen BUND und Paritätischer den Verzicht auf Steuererhöhungen.[...]

Ulrich Schneider und Hans-Peter Urban

Ampelkoalition: Völlig falsche Weichenstellungen

Auf dem sozialpolitischen Forum der IG Metall am 7. November 2021 diskutierten Ulrich Schneider vom Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall über die sozialpolitische Entschlusslosigkeit der künftigen Koalition und die massiven Herausforderungen bei der sozial-ökologischen Transformation. JACOBIN hat eine gekürzte und aktualisierte Fassung dieser Diskussion veröffentlicht. (Das Interview wurde von Maike Rademaker geführt – hier nur Auszüge; in [JACOBIN](#) der gesamte Text)

Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte einmal: »Sozialpolitisch keine Kompromisse!« Müsstent Sie jetzt nicht für Neuwahlen plädieren?

US: Nein, aber ich glaube wir müssen ab dem ersten Tag nach der Regierungsbildung für das Thema Umverteilung auf der Straße sein. Denn klar ist, wenn wir gute Renten, eine gute Alterssicherung und endlich die fehlenden 150.000 Pflegekräfte und 100.000 Erzieherinnen einstellen wollen, wenn wir den Kommunen helfen wollen, ihre 140 Milliarden Investitionsstau aufzuholen, wenn wir den ökologischen Umbau wuppen wollen, dann brauchen wir richtig Geld. Solange diese Ampelregierung die Steuerpolitik zum Tabu erklärt, wird sie zwangsläufig gegen die Wand fahren.

Es geht gar nicht anders – außer man glaubt dem neoliberalen Heilsversprechen, eine wie auch immer entfesselte Wirtschaft würde dazu führen, dass wir sozusagen in Geld eraufen. Ich glaube da nicht dran. Denn die Empirie der letzten zwanzig Jahre widerlegt diese Hoffnung. Wir haben sehr viel Reichtum erwirtschaftet, aber dieser Reichtum ist immer in die Taschen weniger Leute geflossen. Und an diesem System soll sich jetzt steuerpolitisch nichts ändern. Mit anderen Worten: Wenn wir sagen »keine Kompromisse«, dann tun wir das nicht aus irgendeiner ideologischen Haltung heraus. Wir sagen es, weil wir diese Umverteilung und diese andere Steuerpolitik als Grundlage für alles, was getan werden muss, brauchen. Anders können wir diese Gesellschaft nicht zusammenhalten und ökologisch neu ausrichten.

Müssen nicht auch die Gewerkschaften auf die Straße gehen?

HJU: Wir waren am 29. Oktober auf der Straße. Da haben etwa 50.000 Kolleginnen und Kollegen bundesweit demonstriert. Wir haben insbesondere versucht, das Thema der dringend notwendigen öffentlichen Finanzmittel zu thematisieren. Wir haben gesagt: Unterhalb von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre wird es nicht reichen. Wir haben auch die Verteilungsfrage gestellt, indem wir gefordert haben, dass diese Finanzmittel gerecht beschafft werden müssen, um sie dann in die Gesellschaft zurückfließen zu lassen.

Aber ich befürchte: Verteilungspolitisch ist von der neuen Ampelkoalition wenig zu erwarten. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein Paradigmenwechsel stattfindet. Die Koalition wird möglichst schnell zur Schuldenbremse zurückkehren und maximal über den einen oder anderen Schattenhaushalt oder die Kreditaufnahme des ein oder anderen öffentlichen Unternehmens diskutieren, über die man dann doch ein bisschen Geld rekurrieren und dann investieren kann.

US: [...] In den kommenden Wochen müssen wir Druck aufbauen. Und dieser Druck muss sich in gesellschaftlichen Bewegungen wiederfinden. Zusammen mit ökologischen Verbänden, Sozialverbänden und Gewerkschaften müssen wir den Regierenden deutlich machen: »Freunde, wir brauchen eine Kursänderung. So geht das nicht«. Und das wird unsere Aufgabe sein.

Was genau geht nicht?

US: Die Koalition versucht die Quadratur des Kreises. Wenn am Sozialstaat gespart wird und gleichzeitig ökologische Investitionen fehlen, dann wird es in dieser Gesellschaft keine Mehrheit für ökologische Reformen geben. Das wird nur funktionieren, wenn die Menschen spüren, dass sie sozial abgesichert sind. Und das wiederum hängt sehr stark mit dem Zustand unserer sozialen Sicherungssysteme zusammen, insbesondere unserem Sozialversicherungssystem. Und das Herzstück dieses Sozialversicherungssystems ist zum Beispiel die Rente.

Welche Interessenkonflikte ergeben sich zum Beispiel aus der Kapitalisierung der Rente?

HJU: Ich stelle mir gerade vor, wie die Anlage-Richtlinie der Rentenversicherung aussehen sollte, die über die Anlage von 10 Milliarden Euro entscheiden soll. Zu fragen ist: Worin soll die Rentenversicherung denn investieren und mit welcher ethischen Begründung soll sie das tun? Ich glaube, wenn man die sozialstaatliche Rolle der Rentenversicherung ernst nimmt, dann bleiben nicht viele renditeträchtige Anlagemöglichkeiten. Bei der Deutsche Wohnen oder bei Monsanto sollte sie doch lieber nicht einsteigen.

Das Problem liegt doch auf der Hand: Als sozialstaatliche Institution ist die gesetzliche Rentenversicherung ethischen Mindeststandards verpflichtet. Die würden es ihr verbieten, in rentable, aber fragwürdige Produkte, Unternehmen oder Sektoren zu investieren. Damit wird sie aber gegenüber Konkurrenten, die »freier« anlegen können, einen strukturellen Wettbewerbsnachteil haben.

Und daraus folgt ein Dilemma: Entweder die Anlagestrategien der gesetzlichen Rentenversicherung umgehen den Ethik-Kodex, um rentierlicher anzulegen und wettbewerbsfähiger zu sein. Doch damit handeln sie moralische inakzeptabel. Oder sie laufen den Renditen der Konkurrenz hinterher, verspielen ihren Ruf als kompetente Verwalter der Beitragsgelder und werden früher oder später aus dem Markt gedrängt. Zwei schlechte Alternativen. Das sollten wir der Rentenversicherung als einer zentralen Stütze des Sozialstaates ersparen. Also: Finger weg von der Kapitaldeckung in der Alterssicherung.

Und was ist mit dem Bürgergeld?

US: Vonseiten des Paritätischen ist völlig klar, dass Hartz IV erst dann überwunden ist, wenn die Sanktionen weg sind

– und zwar vollständig weg sind. Und Hartz IV ist erst dann überwunden, wenn die Menschen mehr Geld erhalten. Und wenn diese beiden wichtigen Kriterien in einem Koalitionsvertrag nicht erfüllt sind, dann sollte man auch den Etikettenschwindel lassen und Hartz IV nicht in Bürgergeld umbenennen.

Für die Gewerkschaft wird das Thema Arbeitszeit wichtig sein. Die Ampelkoalition spricht von »Experimentierräumen«.

HJU: Damit sollen vor allem die Grenzen, die das Arbeitszeitgesetz setzt, ausgehebelt werden – und zwar über den Weg tariflicher Regelungen und mit Zustimmung der Gewerkschaften. Auch das ist eine falsche Weichenstellung. Die Festsetzung des Achtstundentags als Regelarbeitszeit beruht nicht zuletzt auf der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass ab der neunten Stunde Unfälle statistisch nachweislich zunehmen. Eine dauerhafte Überschreitung dieser Grenze liefe absehbar auf ein umfassenderes Unfallgeschehen heraus. Man muss das Kind beim Namen nennen: Man will Flexibilisierungsspielräume schaffen, von denen man weiß, dass sie die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn diese Möglichkeiten durch Tarifregelungen ermöglicht würden.

Eine noch größere Herausforderung steht mit der sozial-ökologischen Transformation bevor. Was ist in Bezug darauf zu erwarten?

HJU: Zur ökologischen Transformation, vor allem zur De-Karbonisieren der industriellen Wertschöpfung, gibt es keine sinnvolle Alternative. Aber wie kann aus der ökologischen eine sozial-ökologische Transformation werden? Das wird auf keinen Fall ohne Akzeptanz, ja Beteiligung der Betroffenen an diesen Prozessen gelingen. Und das erfordert, ihnen eine akzeptable soziale Perspektive in den anstehenden Veränderungen zu eröffnen – eine Perspektive auf andere, aber ebenfalls gute Jobs, auf akzeptable Einkommen und soziale Sicherheit.

Mit anderen Worten: Wenn die De-Karbonisierung der Industrie für die Industriebeschäftigte vor allem Arbeitsplatz-, Einkommens- und Sicherheitsverluste bedeuten, werden sie sich dieser Gefährdung ihrer sozialen Existenz entgegenstellen. Und dann werden sie von ihrer Gewerkschaft die Organisierung des Widerstandes erwarten.

Um ein Beispiel zu nennen: Die Automobilindustrie wird wahrscheinlich zukünftig nicht mehr mit den gewohnten Raten wachsen können, schon aus ökologischen Gründen. Vor allen Dingen muss sie anders wachsen, zum Beispiel mit anderen Produkten. Die Kollegen sind dabei, diesen Umstellungsprozess interessenpolitisch zu begleiten. Ich glaube, viele machen sich kein Bild davon, was Betriebsräte, Vertrauensleute und Kolleginnen und Kollegen hier leisten, um diesen Transformationsprozess im Betrieb so abzusichern, dass die Beschäftigten nicht auf der Strecke bleiben. Das ist eine wahnsinnig schwierige Aufgabe.

Wir haben das öffentlich durch Forderungen nach staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Kurzarbeitergeld unterstützt. Und wie reagieren einige Konzerne, etwa der Vorstand von VW? Der lässt durchsickern, dass 30.000 Arbeitsplätze dem Umbauprozess zum Opfer fallen sollen. Das ist genau der falsche Weg. Wenn der Betriebsrat dagegen hält und sagt: »So geht es nicht«, dann macht er einfach seinen

Job. Das ist keine Blockade der ökologischen Transformation, das ist ein Plädoyer für eine sozial-ökologische Transformation, die nicht auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die heute die Wertschöpfung erzeugen und das auch in Zukunft tun wollen.

Wäre der ökologische Umbau nicht schon viel weiter, wenn man die Mitsprache und Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten viel weiter ausgebaut hätte.

HJU: Ja, man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Der Ausbau der Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene ist ein absolutes Muss, wenn man diesen Wandel sozial, fair und vor allen Dingen auch demokratisch stemmen will. Was wir gegenwärtig in der Stahlindustrie mit der Montanmitbestimmung (1) beobachten können, halte ich für ein gutes Beispiel. Hier werden nicht nur soziale Aspekte anvisiert, auch Entscheidungen über Investitionen werden zum Gegenstand der betrieblichen Mitbestimmung. Man kann hier wirklich nachweisen, dass so einige Fehlentscheidungen verhindert und strategisch notwendige Investitionen befördert wurden. Außerdem haben wir als IG Metall die Idee regionaler Transformationsräte in die Transformationsdebatte eingebracht. Hierbei sollen über die Betriebe hinaus Menschen an den Entscheidungen beteiligt werden, weil sie vielfach vom Strukturwandel betroffen sind. Das weist in die Richtung einer investiven Industriepolitik auf Grundlage regionaler Entwicklungspläne und knüpft an die Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie an, die in der Gewerkschaftsbewegung eine lange Tradition hat. Ich denke: Es ist an der Zeit, diese Traditionslinie wieder aufzunehmen und über die Konturen einer Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts zu diskutieren.

Die Aussichten auf diese große Transformation sind ja eher schlecht. Mit welchen Bündnissen könnte sie doch gelingen?

US: Erst einmal sollten diese neuen Bündnisse an Inhalten anknüpfen. Wir haben in der Vergangenheit mit den Gewerkschaften eine tolle Zusammenarbeit gehabt, etwa bei den Wahlen von 2010 oder bei den Kampagnen gegen TTIP. Da müssen wir ansetzen. Wie ich anfangs schon sagte, müssen wir im Zweifelsfalle nach der Regierungsbildung öffentlich auch gemeinsam für eine soziale und ökologische Wende streiten. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, denn die Einhaltung aller sozial-ökologischen Versprechungen entscheidet sich an der Verteilungsfrage.

Was sind in den nächsten Jahren die drei wichtigsten sozialpolitischen Projekte für Sie beide?

US: Die Überwindung von Hartz IV, die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und Sicherstellung der Finanzkraft der Kommunen zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur.

HJU: Zentral ist erstens, hinreichende öffentliche Mittel zu aktivieren, um die Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie sowie der Stahlindustrie während der Transformation zu sichern. Zweitens ist das Thema einer solidarischen und nachhaltigen Altersversorgung wichtig, ohne den Irrweg der Kapitaldeckung einzuschlagen. Und drittens müssen wir den Arbeits- und Gesundheitsschutz als zentrales Politikfeld in der Transformation neu entdecken. Hier warten Konflikte auf uns, die viele bisher kaum auf der Agenda haben.

Attac France Hommage à Alo Noël LEMOU, Attac Togo

Alo Noël LEMOU war seit einigen Jahren Generalsekretär von Attac Togo (CADTM/ATTAC-Zweig mit Sitz in Lomé) und engagierter Journalist, insbesondere gegen den Abbau von Phosphaten und Zement auf Kosten der Bevölkerung und des togoischen Staatshaushalts, die Einrichtung von Containerterminals in Lomé durch Bolloré und die Weltbank, gegen rechtsfreie Zonen, die schamhaft als Freihandelszonen bezeichnet werden, gegen die Steuerflucht ausländischer Großunternehmer in Togo etc. Er ist Autor zahlreicher Texte, von denen einige für Attac geteilt wurden (siehe unten), insbesondere in dem letzten Newsletter "[Lignes d'Attac](#)" vom Juli 2021, in denen er Attac Togo vorstellte, und hatte im Januar an dem Workshop "Plünderung Afrikas durch multinationale Konzerne und Entwicklungsbanken" auf dem virtuellen WSF und anschließend an dem [Workshop](#) "Plünderung im Süden, Verschwendung im Norden" per Videokonferenz während der Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Nantes teilgenommen.

Er wurde wegen seiner globalisierungskritischen Haltung vor einigen Monaten von seiner Zeitung entlassen und starb plötzlich, nachdem er am Donnerstag, den 18. November 2021 mit seiner Frau und seinem kleinen Sohn davor zu Abend gegessen hatte, offensichtlich an einer Art brutaler innerer Blutung, die Zweifel an den Ursachen seines Todes mit sich bringt, die unbeantwortet bleiben werden...

Er war 30 Jahre alt, hatte einen fünfjährigen Sohn und ein drei Monate altes Mädchen. Seine Entlassung hatte seine kleine Familie in noch größere Schwierigkeiten gebracht, aber er kämpfte trotzdem weiter, indem er Aufsätze schrieb und Treffen von Aktivisten organisierte, von denen das nächste für den 5. Dezember geplant war.

Alos Tod ist eine menschliche und politische Katastrophe. Der afrikanische Kontinent verliert einen seiner motiviertesten Aktivisten. Mögen Sankara, Ngouabi, Lumumba und all die anderen, die dafür kämpften, dass die Ausplünderung Afrikas endlich aufhört, ihn willkommen heißen.

Artikel von Alo Lemou (auf Französisch)

Willkommen in der Hölle des Krankenhauses von Bè (Lomé) - [Text](#)

Togo: Ein vampirisierendes Volk - [Text](#)

Nieder mit der französischen Einmischung (Attac Togo) - [Text](#)

Afrikanischer Widerstand gegen neokoloniale Herrschaft (Lektürehinweis). - [Text](#)

Vom Franc Cfa zu L'écò: Das Abkommen zwischen Macron und Ouattara wurde von Togo bestätigt. - [Text](#)

Ende des Doing Business Reports (Weltbank). - [Text](#)

Impfpflicht in Afrika? - [Text](#)

Attac Deutschland Solidarität mit Fatima Zahra Ould Belaid Freilassung der marokkanischen Attac Aktivistin gefordert

Attac Deutschland fordert die sofortige Freilassung von Fatima Zahra Ould Belaid, Mitglied von ATTAC / CADTM Maroc.

Fatima Zahra Ould Belaid, Aktivistin von ATTAC Marokko, wurde am 25. November 2021 in ihrer Wohnung in Tanger von Polizeibeamten festgenommen. Die Staatsanwaltschaft ordnete ihre Inhaftierung aufgrund einer Anzeige der Firma an (Association Hasnouna de soutien aux usagers de drogues: Vereinigung zur Unterstützung von Drogenabhängigen), in der sie arbeitete. Fatima Zahra war dort entlassen worden, weil sie sich für die Gewerkschaftsrechte und die Forderungen der Arbeitnehmer*innen einsetzte. Sie hatte ein Gerichtsverfahren gegen diese ungerechtfertigte Entscheidung und zur Einforderung ihrer Rechte eingeleitet. Die Verantwortlichen des Unternehmens, die eine Lösung des Arbeitskonflikts ablehnten, erfanden später eine Diebstahlsanklage, um Fatima Zahra ihr Recht auf Entschädigung zu verweigern.

Das Nationale Sekretariat von Attac Marokko erklärt dazu: „Die Verfolgung Fatima Zahras und ihr Arrest sind jedoch eher auf den Kontext der zunehmenden Kämpfe der Schuljugend zurückzuführen. Als arbeitslose Absolventin schloss sie sich nämlich sehr schnell der breiten Protestbewegung gegen die Entscheidung des Bildungsministeriums an, diejenigen, die älter als 30 Jahre waren, vom Auswahlverfahren für die Zulassung zum Lehramt auszuschließen. Sie war

aktiv daran beteiligt, der Bewegung junger Schulabgänger, die gegen die Arbeitslosigkeit kämpften, neuen Schwung zu verleihen.

Wir von ATTAC CADTM Marokko begrüßen die Kämpfe der arbeitslosen jungen Studierenden und Hochschulabsolventen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Bestrebungen der großen Mehrheit der Bevölkerung feindlich gegenübersteht;

Wir verurteilen die Verhaftung unserer Genossin Fatima Zahra Ould Belaid und fordern ihre sofortige und bedingungslose Freilassung;

Wir verurteilen alle Formen von Verboten und Repressionen, die die gewerkschaftlichen Freiheiten und das Demonstrationsrecht untergraben ;

Wir bekräftigen unsere Forderung nach Freilassung unseres Journalistenkollegen Omar Radi und aller Gefangenen aus Gewissensgründen;

Wir erneuern unsere Entschlossenheit, uns an den Kämpfen und dem Widerstand unseres Volkes zu beteiligen.“

([attac Marokko](#))

[Attac Deutschland](#), 2.12.2021

Omar Aziki, Attac Marokko, beschreibt die politischen Tätigkeiten von Fatima Zahra Ould Belaid, dazu gehören ihr Kampf gegen Mikrokredite und ihre Unterstützung der langanhaltenden Revolten in der Region Riff – [Text](#)